C21734 E



Arbeiterkampf

Jg. 2 Nr.23 Nov.72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50Pf.

Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Metalltarifrunde 72/73



Demonstration der Krupp-Arbeiter zum Bochumer Verwaltungshochhaus am 15. August 72.

Der Lohn – und Gehalt-tarifvertrag für die Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie ist nach 15-monatiger Laufzeit von der IG Metall zum 31.12.72 gekündigt worden. Die Diskussion um den anstehenden Lohnkampf ist bislang übertönt worden von dem lautstark geführten Wahlrummel der bürgerlichen Parteien. Der Arbeiterklasse soll vorgespiegelt werden, daß der Wahlkampf gegenwärtig die einzig wichtige politische Frage für sie ist, daß Politik eben nur von den bürgerlichen Parteien gemacht wird und daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung bei den Parteien im Parlament gut aufgehoben sind.

Die Gewerkschaftsführung unterstützt diese Illusionen. Sie macht gegenwärtig lieber Wahlkampfveranstaltungen, als daß sie die Vorbereitung der Tarifrunde organisiert: in Hamburg z.B. hat sie die für Oktober geplante Funktionärsversammlung auf den 6.11. verschoben.

Währenddessen rüsten sich die Kapitalisten, propagandistisch wie organisatorisch. Ihnen kommt die Ablenkung der Arbeiterklasse durch den Wahlkampf sehr gelegen. Es kommt ihnen darauf an die Niederlage der Metaller von 71 zu wiederholen und die Resignation und das mangelnde Vertrauen in die eigene Kraft zu vertiefen.

Gesamtmetall hat bereits angekündigt, daß wieder wie 71 eine zentrale Verhandlungs-Komission alle Verhandlungen führen wird.

In einigen wichtigen Metallbetrieben haben die Arbeiter erkannt, daß es nicht nützlich ist, sich bei der Organisierung des bevorstehenden Lohnkampfes auf die Gewerkschaftsführung zu verlassen. Sie haben die Sache in die eigene Hand genommen.

Sie haben sich auch nicht einreden lassen, daß Streik und Arbeitskampf „ihre" SPD/FDP-Regierung gefährde und daß man deswegen auf den Kampf gegen die Unternehmer verzichten müsse. Bei Thyssen, Teves, Maschinenfabrik Buckau-Wolf, Klöckner Hütte Bremen, Krupp und in anderen Betrieben organisierten die Metaller im Juli, August und September mehrere harte und zum Teil erfolgreiche Streiks gegen gesteigerte Arbeitshetze und Lohndrückerei. Bei Buckau-Wolf und Georgsmarien Hütte (Klöckner) streikten die Kollegen gegen die Entlassung von Hunderten von Kollegen aus „Rationalisierungsgründen". Vertrauensleute-Körper vieler Metall-Grossbetriebe haben – ohne auf die Initiativen der Gewerkschaftsführung zu warten – die Vorbereitung der Tarifrunde in die eigene Hand genommen: So verabschiedeten die Vertrauensleute bei Siemens Hamburg eine Resolution, in der sie ihre Forderungen aufstellten: 150,–DM linear für alle und eine Teuerungszulage ber einer Steigerung der Lebenshaltungskosten über 2,5%.

Um eine konkrete Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen vornehmen zu können, müssen wir uns noch einmal kurz die Entwicklung der Metallerkämpfe seit den erfolgreichen Septemberstreiks 69 vor Augen führen.

Die Septemberstreiks

Die Kapitalisten hatten während des neuen Aufschwungs nach der Krise 66/67 riesige Profite gemacht, gleichzeitig aber versucht, die Lohnkosten möglichst niedrig zu halten. In diesem Bestreben hatten sie den Bogen überspannt: zu offensichtlich wurde der Gegensatz von Hochkonjunktur, astronomischen Profiten, fetten Dividenden einerseits und gleichbleibenden Löhnen, aber gestiegenem Arbeitstempo andererseits. Im September 69 riß den Arbeitern in der Metallbranche die Geduld: Massenhafte „wilde" – also unabhängig von der Gewerkschaftsführung begonnene – Streiks für höhere Löhne waren die Folge. Zuerst traten die 30 000 Arbeiter der Hoesch AG in den 3 Dortmunder Stahlwerken in den Ausstand, dann Mannesmann und Rheinstahl; 4 Tage später die Kollegen der Neuenkirchener Eisenwerke und der Klöckner Hütte Bremen. Wiederum 3 Tage später war der Funke auf den Saarbergbau und die bayerischen Hüttenwerke übergesprungen!

Diese Septemberstreiks hatten darüberhinaus etwas Neues gezeigt:

In den Septemberstreiks wurden Kampfformen entwickelt, die jahrelang vergessen schienen: Demonstrationen über das Werksgelände von Abteilung zu Abteilung, von Werk zu Werk, um möglichst viele Kollegen in den Streik mit einzubeziehen. Das Besetzen von Werkstoren, um erstens das Werk unter Kontrolle zu haben und um zweitens die nachfolgende Schicht in den Kampf ein zu gliedern.

In der Rheinstahl Gießerei Meiderich besetzten die 1 300 Metaller ihren Betrieb und richteten Wachen an den Werkstoren ein. Eine Schicht löste die nächste mit der Werksbesetzung ab – wie bei regulärer Arbeit.

Aus der Belegschaft wurden Streikleitungen und Verhandlungskommissionen gewählt, die nur zum Teil identisch waren mit den bisherigen Vertretungskörperschaften Betriebsrat und VLK – ein Zeichen dafür, daß sich im Kampf erst die wahren Arbeitervertreter herausbilden.

Jeder Versuch der bürgerlichen Parteien, politisches Kapital aus dem Streik zu schlagen, wurde abgelehnt. „Es geht hier um Geld, nicht um eine Partei" hieß es und „Wir streiken nicht für eine Partei, sondern um unsere 30 Pfennig!"

Dies darf allerdings nicht als prinzipielle Ablehnung der Politik mißverstanden werden. Versuche der NPD z. B. die Streikenden zu provozieren (in einem von ihr verteilten Flugblatt heißt es: „Denkt an Deutschland! Streikt nicht um höhere Löhne !") wurden scharf zurückgewiesen. Auf der großen Demonstration der Metaller durch Dortmund wurde jedes am Straßenrand angestellte Wahlplakat der NPD zerstört.

Die Metallarbeiter und Bergarbeiter am Rhein und der Ruhr, im Saargebiet und in Bremen hatten zeitweilig die Kontrolle durch die Gewerkschaftsführung abgeschüttelt und die Führung des Lohnkampfes in die eigenen Hände genommen. Die beschwörenden Reden einiger Gewerkschaftsführer, „nicht noch mehr Schaden anzurichten" (Otto Brenner) und an die bevorstehenden Bundestagswahlen zu denken (die Streiks bei Hoesch hatten 26 Tage vor der Wahl begonnen!), zogen nicht mehr. Die Erfahrung war da, daß sich die Arbeiter in einer bestimmten ökonomischen und politischen Situation mehr geholt hatten, als die von der DGB-Führung praktizierte Tarifpolitik ihnen eingebracht hatte. Da war das triumphale Gefühl der eigenen Stärke, das die Hoesch-Arbeiter mit ihrem Lied „so ein Tag – so wunderschön wie heute" zwar weniger bewußt, aber genauso begeistert zum Ausdruck brachten wie z.B. die Fiat-Arbeiter mit ihrem „Cosa vogliamo: tutto!" (Was wir wollen: alles).

Die Kapitalisten reagierten auf die Septemberstreiks mit massivem Druck auf die Gewerkschaften. Der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) äußerte in der Konzertierten Aktion: „Die IG Metall wird versuchen müssen, ihre tarifpolitische Ordnungsfunktion (!) durch Vermeidung wilder Streiks und ähnlicher Alleingänge wieder in den Griff zu bekommen."

Die Kapitalisten stellten den Gewerkschaftsführern die Aufgabe, „einer Wiederholung der im Herbst 69 eingetretenen gefahrvollen (!) Entwicklung (gemeint ist die zeitweilige Lösung der Arbeiter aus den Fesseln der kapitalistischen Tarifpolitik) vorzubeugen." (Rundschreiben des BDA vom 8.8.70).

Metalltarifrunde 70

Noch unter dem Einfluß der erfolgreichen Septemberstreiks stellten die Metallarbeiter zur Metalltarifrunde 70 die Forderung nach 15 % mehr Lohn auf. Durchgesetzt werden konnten Lohnerhöhungen zwischen 10-12,2 %, also 3-5 % unter dem erfolgreichen Ergebnis von 69. Die Gewerkschaftsführung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, die von der Kapitalistenklasse gewollte niedrige Lohnmarke in der Metallarbeiterschaft durchzusetzen.

Forts. nächste Seite

Metalltarifrunde 71 – Kapitalisten setzen ihren Willen durch

Die Arbeiterklasse hatte in den Septemberstreiks gute hoffnungsvolle Erfahrungen mit ihrer eigenen Stärke gemacht. Die Kapitalisten setzten alles daran, diese Erfahrungen durch eine ökonomische, politische und ideologische Niederlage gründlich zu widerlegen. Sie setzten alle Hebel in Bewegung, um in der Metalltarifrunde 71 eine grundlegende Wende in der Tarifpolitik zu ihren Gunsten durchzusetzen:

- Sie ließ die 69 gewählte SPD-Regierung Lohnleitlinien von 7-8 % verkünden.
- Die Kapitalistenverbände entfalteten eine intensive Propagandatätigkeit, die einerseits ihre eigenen Klassenbrüder davon überzeugen sollte, daß es notwendig sei, „hart durchzugreifen."

Gleichzeitig beschlossen sie, sich gegenseitig zu helfen, falls einer von ihnen bestreikt würde: Durch Lieferverträge und Produktionsabsprachen sollten Streiks der Metaller unwirksam gemacht werden.

- Andererseits versuchten sie, bei den Arbeitern die Angst um die Arbeitsplätze zu schüren, indem sie das Schreckgespenst einer Wirtschaftskrise beschworen. In der Presse ließen sie demagogisch verbreiten, ob es Arbeitslosigkeit gebe oder nicht, hänge vom Arbeiter selbst ab. So sagte BDI (Bund deutscher Industrieller) – Chef Sohl zur „Bild am Sonntag" am 20.7.70: „Ob es im weiteren Verlauf der Entwicklung zur Arbeitslosigkeit kommt, hängt nahezu ausschließlich vom Verhalten der Tarifpartner ab. Die Bereitschaft in den Tarifverhandlungen nachhaltig und schnell auf die Linie der Stabilitätspolitik einzuschwenken, entscheidet über Wachstum und Beschäftigung zugleich."

Die Kapitalisten forderten den Kampf mit den Metallarbeitern durch dies provokatorische Lügengeschwätz in der bürgerlichen Presse und durch ihr unverschämtes Null-Prozent-„Angebot" zu Anfang der Tarifrunde regelrecht heraus. Ihr Ziel dabei war es, die Metallarbeiter nach erfolglosem Kampf in die Resignation zu treiben.

Die Gewerkschaftsführung kam den Unternehmern bei diesem Vorhaben zu Hilfe, sie kam der vom BDA ausgestellten Forderung nach, „ihre tarifpolitische Ordnungsfunktion . . . wieder . . . in den Griff zu bekommen.": Statt daß sie die vorhandene Kampfbereitschaft der Metaller in einem einheitlichen, national geführten Branchenstreik zusammenfaßte, praktizierte sie daß Konzept der „Schwerpunktstreiks". So wurden die streikenden Metaller in Nordbaden-Nordwürttemberg allein gelassen, obwohl die Mehrheit der Belegschaften in Hessen, Hamburg und Nordrheinwestfalen darauf wartete, in den Streik zu gehen.

Das Ergebnis der Metalltarifrunde 71 lag mit 7,5 % auf den Schiller'schen Lohnleitlinien – trotz gestiegener Preise also wesentlich unter dem 10-12,2 %-Ergebnis des Jahres 70. Ein zusätzlicher Schlag für die Metaller war es, daß die Gewerkschaftsführung mit einer Laufzeit von 15 Monaten abschloß, was eine weitere Senkung der 7,5 % bedeutete. Auf ein Jahr berechnet blieben nämlich von den 7,5 % nur 6,9 % übrig. Davon die Preissteigerung von 6 % abgezogen, bleiben nur noch 0,9 %! Durch die Erhöhung von Sozialabgaben und Lohnsteuerprogression bleibt nichts mehr nach – Im Gegenteil: das 7,5-Ergebnis bedeutet Lohnsenkung.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die IGM-Spitze nach den Septemberstreiks 69 die Entwicklung wieder recht gut in den Griff bekommen hat und in der Lage ist, der Bourgeoisie zu helfen, den Lohnabbau gegen die Arbeiter durchzusetzen. Die Demagogie von Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten erreicht bei der Masse der Arbeiter immer noch ihre Wirkung.

Die Erfahrungen, die die Metaller seit 69 mit ihrer Gewerkschaftsführung gemacht haben, zeigen deren arbeiterfeindliches Wesen sehr deutlich.

Karl Liebknecht, einer der Mitbegründer der KPD 1919, hat dieses Wesen der Gewerkschaftsbürokratie schon damals ausgezeichnet charakterisiert: „Deren Interesse ist durchaus (gestellt) auf Vermeidung jeder ernsthaften Auseinandersetzung, jedes entscheidenden Konflikts, . . . auf eine beschauliche Fortsetzung einer mäßig bewegten, von den herrschenden Klassenwohl geduldeten, ja gern gesehenen Arbeiterbewegung . . ., die die „Organisationen" und – ihre Stellungen, ihre Existenzen nicht aufs Spiel setzt. Die Organisation ist ihnen Selbstzweck, nicht Mittel zum revolutionären Zweck. Der Kampf ist ihnen nicht Zweck der Organisation, sondern die Organisation Zweck des „Kampfes"; die Erhaltung und Förderung der Organisation, d.h. ihrer Existenzquellen, ist der Zweck, zu dem sie – um der Organisation Zulauf zu verschaffen – überhaupt nur für Kämpfe zu haben sind; für Kämpfe in loyalen Grenzen über die sie nur widerstrebend von den Massen hinausgerissen werden können. Sie sind keine Revolutionäre, höchstens Reformisten; im tiefsten Sinn – objektiv – eine an der kapitalistische Gesellschaftsordnung in paradoxer Form schmarotzende Schicht."



Streikende Arbeiter der Klöckner Hütte Bremen im Herbst 69

Metalltarifrunde 72/73

Die Kapitalisten wollen auch in diesem Jahr eine Senkung des Reallohnes in der Metalltarifrunde durchsetzen.

Gesamtmetall (der Kapitalistenverband der Metallindustriellen) ließ im „Handelsblatt" verlauten, daß mit dem Tarifabschluß 71 zwar der „ungezügelten Lohnexplosion (!) Grenzen gesetzt wurden". Insgesamt aber hätte die Produktivitätsentwicklung in der Metallindustrie nicht mit den Löhnen mithalten können. Also: es soll für die Arbeiter noch weniger geben als im letzten Jahr. Das ist eine deutliche Sprache.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt über eine unglaublich demagogisch-zynische Argumentation der „Sozial"-Experte und stellvertretende Vorsitzende der CDU, Katzer: Scheinbar ehrlich um die Lage der Arbeiter besorgt, rechnet er vor: „Trotz durchschnittlicher Bruttolohnerhöhung von mehr als 9 Prozent (?) bleiben den Arbeitern in diesem Jahr nach Abzug der Preissteigerung, der höheren Steuern und der Sozialbeiträge nur wenige Mark mehr an realer Kaufkraft übrig." Das „Handelsblatt" schreibt weiter: „Für ihn (Katzer) haben die Arbeitnehmer trotz voller Rückzahlung des Konjunkturzuschlags eine reale Netto-Lohnminderung von 2 Prozent gegenüber dem vorangegangenen 2. Halbjahr 71 gehabt . . ." (27./28.10.72).

Soweit gekommen macht Katzer einen Salto mortale und erklärt, daß „jeder Versuch der Gewerkschaften auf höhere Preissteigerungen mit noch höheren Lohnforderungen zu reagieren, zu einem Weg in eine Sackgasse führen und den gefährlichen Prozeß zu Lasten der Arbeitnehmer verschärfen muß." Katzers Logik: Die hohen Lohnforderungen sind Schuld an der miserablen Lage der Arbeiter, deshalb sollten die Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter nicht weiter so hohe Lohnforderungen stellen! Ein Gipfel sozialer Demagogie!

Auftrag an die Regierung

Die Kapitalisten sagen klar, was sie von der Regierung erwarten: „Diese Regierung wird, sie kann an der Geldfront nicht kapitulieren, auch die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und ihren Ansprüchen an das Sozialprodukt wagen müssen. Und auch Schmidt wird nicht umhin können, etwa in der Konzertierten Aktion gegenüber den Tarifpartnern in aller Eindeutigkeit das öffentliche Interesse (!) und die daraus abzuleitenden vernünftigen (!) Daten der Lohnpolitik zu definieren. So ganz ohne Obligo (Verbindlichkeit) geht es nicht, wenn man Stabilität und innere Reformen will." (Handelsblatt 30.8.72)

Strauß wurde auf dem CSU-Parteitag in den ersten Novembertagen noch deutlicher; etwa wörtlich sagte er, wer etwas für stabile Preise tun wollte, könnte nicht umhin, den Gewerkschaften (!) klare Lohnorientierungsdaten zu geben, die diese dann auch einhalten müßten!

Und die SPD/FDP-Regierung folgt auch diesen Wünschen. In einem Spitzengespräch zwischen Kanzler Brandt, Wirtschaftsminister Schmidt und Vertretern der westdeutschen Unternehmer äußerte Schmidt, daß es die Aufgabe der Metallindustrie als „Lohnführer" sei, für das Jahr 73 „Orientierungsdaten zu setzen" und so für die „Disziplin der Tarifpartner" zu sorgen.

IGM-Spitze – gehorsamer „Tarifpartner"!

Die IGM-Spitze wird auch dieses Jahr keine Hilfe für die Metaller bei der Organisierung ihres Kampfes gegen die Unternehmer sein. Sie wird im Gegenteil alles daran setzen, die 71er Niederlage zu wiederholen. Wir müssen uns auf 2 Formen des Vorgehens von Seiten der IGM-Führung gefaßt machen:

1. Wahlkampf statt Lohnkampf

Die IGM-Führung wird die Vorbereitung der Belegschaften auf den Kampf solange wie irgendmöglich herausschieben. Statt dessen wird sie versuchen, die Bewegung unter den Kollegen auf das Gleis „Bundestagswahlen" umzulenken.

Typisch hierfür ist das Schreiben der Verwaltungsstelle Hamburg der IGM an die Funktionäre des Bereichs Metallindustrie zum Thema „Einleitung der Tarifbewegung 72/73". Zu diesem Punkt ist lediglich ein einziger Satz zu lesen: „Zum Jahresende werden wir voraussichtlich die Lohn- und Gehalts-tarifverträge kündigen, um die Einkommen unserer Kolleginnen und Kollegen weiter zu verbessern und den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen."

Ansonsten wird die Bundestagswahl in den Vordergrund gerückt und Illusionen über den Nutzen einer SPD-Regierung für die Arbeiterklasse verbreitet: „Der Ausgang der bevorstehenden Bundestagswahl wird entscheidend (!) für die Durchsetzung unserer gewerkschaftspolitischen Ziele sein. Die sozialliberale Koalition hat mit ihrer gezielten Reformpolitik (!) wichtige gewerkschaftliche Forderungen aufgegriffen und zum Teil schon erfüllt (?); Eine politische Veränderung, die zur Blockierung der eingeleiteten Reformen führen würde, kann nicht im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften sein. Wir meinen, daß sich unsere Funktionäre daher zur Reformpolitik bekennen und entsprechend auftreten sollten."

Hier wird die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten gleichgesetzt mit dem Sieg der SPD/FDP-Koalition bei der nächsten Bundestagswahl. Die einfache Schlußfolgerung aus dieser Gleichung ist: Alles dafür tun, daß die sozial-liberale Koalition schafft, alles andere ist dann gut bei ihr aufgehoben, darum brauchen wir uns dann nicht mehr zu sorgen.

Dazu ist dreierlei zu sagen:

- Wir wissen doch ganz genau, was die SPD als Regierungspartei alles an arbeiterfeindlichen Maßnahmen und Gesetzen durchgesetzt hat: Die Notstandsgesetze; das neue Betriebsverfassungsgesetz, das die Arbeit der Betriebsräte durch Friedens- und Schweigepflicht fesselt; die Lohnleitlinien, die uns Lohnminderungen eingebracht haben; die immer stärkere Militarisierung der Öffentlichkeit; das Berufsverbot für Kommunisten im öffentlichen Dienst usw . . .

Es ist doch glatter Zynismus, hier von „gezielter Reformpolitik" zu sprechen und von „Erfüllung wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen"!

- Darüberhinaus aber versucht die IGM-Führung hier den Metallern einzureden, sie sollten sich auch im weiteren auf die „sozialliberale Koalition" verlassen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung aber zeigt, daß jedes Vertrauen in eine bürgerliche Regierung die Arbeiterklasse immer wieder in schwere Niederlagen geführt hat. Nur dann sind die Kapitalisten und die in ihrem Auftrag stehende Regierung bereit, Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen, wenn die Arbeiterklasse selbst sie dazu zwingt. Jedes uns heute als selbstverständlich erscheinende Recht der Arbeiterklasse ist hart erkämpft worden:

1918: Erst nachdem die deutschen Arbeiter 1918 bewaffnet aufgestanden sind, wurden ihre Gewerkschaften anerkannt, der 8-Stundentag gesetzlich festgelegt, das Kaiserreich abgeschafft und die allgemeine parlamentarische Demokratie eingeführt.

1920: Nur die bewaffnet kämpfende Arbeiterklasse hat 1920 die Kapitalisten daran gehindert, alle diese Rechte mit einem Schlag durch den faschistischen Kapp-Putsch wieder zunichte zu machen.

1933: Eine rechte SPD-Politik, die die Arbeiter zu „Ruhe und Ordnung" ermahnte, hat mit dazu beigetragen, daß 1933 die Hitler-Faschisten im Auftrag der Kapitalisten ohne größeren Widerstand in der Arbeiterklasse ihre faschistische Diktatur errichten konnte.

1969: Nur der selbständig – gegen den Willen der Gewerkschaftsführung geführte Kampf der Metaller 69 zwang die Unternehmer zum Nachgeben.

Davon zu sprechen, daß der Sieg einer bürgerlichen Partei bei der Wahl „entscheidend" wäre für die „Durchsetzung" der Interessen der Arbeiter und Angestellten, schlägt den Erfahrungen der Arbeiterbewegung ins Gesicht. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit der Arbeiterklasse eine selbstständige nur an ihrem ureigensten Interesse orientierte Klassenpolitik zu entwickeln.

- Ganz offensichtlich versucht die Gewerkschftsführung, den Lohnkampf auf die Zeit nach dem 19. November zu verschieben. Durch den Ausgang der Wahl wird sich zwar der Charakter der Gewerkschaftsführung nicht grundsätzlich ändern – ob unter einer CDU/CSU – oder einer SPD/FDP–Regierung –die Gewerkschaftsführung bleibt im Kapitalismus eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterklasse. Bestimmte taktische Gesichtspunkte allerdings würden sich verschieben, wenn die CDU/CSU etwa die Mehrheit bekäme.

In diesem Fall wäre die SPD in der Opposition und die Gewerkschaftsspitze in der Lage, die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse mit einer radikaler und fortschrittlicher scheinenden „Oppositionspolitik" wieder in sozialdemokratische Bahnen zu lenken.

Bleibt die SPD auch nach dem 19. Nov. an der Regierung, so ist dies Manöver nicht möglich. Dann wird vermutlich mehr Betonung gelegt auf die nächst Regierungsperiode „unserer" Regierung, die uns „mehr Mitbestimmung" und „höheren Anteil am Sozialprodukt" usw. bringen wird und die man nicht durch zu hohe Forderungen und zu harte Kämpfe „gefährden" darf.

Es ist also zu erwarten, daß die Gewerkschaften die Entscheidun-

gen über ihr taktisch-konkretes Vorgehen in der Metalltarifrunde erst nach der Bundestagswahl endgültig festlegen wird.

2. Die Taktik der „Schwerpunktstreiks"

Dieser allgemeinen Linie der IGM-Politik, einen erfolgreichen Kampf zu verhindern, widerspricht durchaus nicht, daß die IGM-Führung möglicherweise die Kampfbereitschaft in einem oder zwei Tarifbezirken schüren wird. Letztes Jahr haben wir dies in Nordbaden/Nordwürttemberg erlebt. Dies tut sie nicht, weil sie wirklich an einem Kampf interessiert ist, sondern aus taktischen Überlegungen ihrer Mitgliedschaft gegenüber: Die Kollegen sollen ein bißchen „Dampf ablassen" können, mal hier, mal da – gerade soviel, daß es nicht zu einem „Flächenbrand" kommt; und gerade genug daß die Vermutung, die IGM Führung wolle Streiks verhindern, widerlegt zu sein scheint!

Nach Äußerungen maßgeblicher Hamburger IGM-Funktionäre soll in diesem Jahr Nordrheinwestfalen „drankommen". Das ist einleuchtend: Gerade in Nordrheinwestfalen ist die Unruhe unter den Kollegen besonders groß. Gerade dort fanden in den letzten Monaten die großen Streiks statt: Bei Hoesch (Dortmund), Teves (Frankfurt), Buckau (Grevenbroich), Mannesmann (Duisburg), Krupp (Bochum) usw.

Die spontanen Streiks in der nordrheinwestfälischen Metallindustrie in den vergangenen Monaten zeigen, daß einige Belegschaften wichtiger Großbetriebe nicht mehr gewillt sind, sich immer an „Friedenspflicht", an das Verbot „wilder Streiks" und an die Weisungen ihrer Gewerkschaftsführer zu halten.

Leider aber besteht gegenwärtig noch kein organisierter Zusammenhang zwischen den gewerkschaftsoppositionellen Kollegen dieser Betriebe, leider sind die Kommunisten noch nicht in der Lage, bei der Herstellung dieser Verbindungen wesentlich zu helfen. So ist es für Kapitalisten und Gewerkschaftsführer bisher relativ leicht gewesen, die Kämpfe betrieblich zu beschränken.

Auf der anderen Seite kommt aber alles darauf an, diesen spontanen Charakter der Bewegung und die betriebliche Beschränkung zu überwinden. Nur so wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, mit eigenständig organisierten Kämpfen erfolgreich gegen die Kapitalistenklasse anzugehen. ■

kam zu spontanen Arbeitsniederlegungen, wobei besonders die ausländischen Kollegen konsequent für ihre Rechte kämpften. Die Geschäftsleitung mußte zurückstecken.

- Im Sommer 72 ritt die Geschäftsleitung eine neue Attacke: Pro Fließband und Schicht wurde die Zahl der fertigzustellenden Bremsgeräte erheblich heraufgesetzt: von 120 auf 150 Stück. Gleichzeitig aber sollte der Lohn durch eine neue Abrechnungsmethode um durchschnittlich 80–90 DM gesenkt werden. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß die Schichtzulage, um die die Kollegen im Januar erfolgreich gekämpft hatten, ab August nun doch gestrichen werden soll! Als am 27. Juli während der Frühschicht die Lohnabrechnungen (nach der neuen Methode ausgefertigt) ausgegeben wurden, war die Empörung groß unter den Kollegen. Spontan stellten sie die Bänder ab.

Bis zu Schichtende wurde nicht mehr gearbeitet, die Spätschicht fing erst gar nicht an zu arbeiten.

Erst nachdem die Geschäftsleitung zugesichert hatte, daß sie mit dem Betriebsrat in Verhandlung treten würde, gingen die Kollegen wieder an die Arbeit.



Teves-Kollegen beim Streik im Januar 72

Krupp – Hüttenwerker für Teuerungszulage

Am 24.7. legten mehrere hundert Stahl- und Walzwerker der Fa. Krupp Hütte Bochum die Arbeit nieder.

Ein paar Tage später veranstalteten sie vor dem Verwaltungsgebäude einen Sitzstreik. Ihre Forderungen: 50 Pfennig Teuerungszulage pro Stunde für alle, 30,– DM Getränkezulage für die Sommermonate und alle 2 Stunden Ablösung an den heißen Arbeitsplätzen (die Hüttenwerker müssen zum Teil bei Temperaturen bis zu 70 Grad arbeiten).

Im Juli hatten bereits die Arbeiter der Krupp Hütte Rheinhausen mehrere Proteststreiks durchgeführt. Ihre Forderung: 40 Pfennig für alle.

Die Krupp-Arbeiter begründeten ihre Forderungen mit dem enormen Preisanstieg und dem unbefriedigenden Ergebnis der letzten Tarifrunde.

Die Geschäftsleitung hatte erst abgelehnt, überhaupt zu verhandeln. Als sie aber sah, daß sich die Kollegen nicht einschüchtern ließen, mußte sie nachgeben. Das erste Verhandlungsergebnis sah für die Stahlwerker eine Zulage von 20 Pfennig vor, für die Walzwerker 12,5 und für die übrige Belegschaft 10 Pfennig. Das war zwar ein Erfolg für die Krupp-Arbeiter – eine lineare Erhöhung aber, wie sie die Arbeiter gefordert hatten, um die starken Lohnunterschiede zu entschärfen, hatten sie nicht durchsetzen können.

Damit aber war der Kampf noch nicht beendet: bei der Auszahlung der Zulagen versuchte die Geschäftsleitung nämlich wieder die Kollegen übers Ohr zu hauen. Sie versuchte, statt der zugesagten 10 Pfennig, nur 8 Pfennig zu zahlen.

Aber sie hatte die Ausdauer der Arbeiter unterschätzt: Am 11.8. legte der gesamte mechanische Bereich (diese Kollegen betraf die Lohnsenkung) die Arbeit nieder.

Am 14.8. organisierten sie einen Demonstrationszug von 1000 Mann zum Krupp-Verwaltungsgebäude in der Bochumer Innenstadt. Jetzt forderten auch sie 50 Pfennig!

Am 15.8.: Ein zweiter Demonstrationszug führte zum Verwaltungsgebäude. Diesmal waren die Kollegen vom Höntroper Zweigwerk mit dabei.

Diese Kampfmaßnahmen beschlossen und organisierten die Krupp-Arbeiter ohne Unterstützung durch die IGM-Spitze. Im Gegenteil – die IGM-Spitze boykottierte die Kämpfe der Kollegen regelrecht: Erst am 10.8. gab sie überhaupt bekannt, daß bei Krupp im Juli gestreikt wurde! Ein weiterer Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen darf und diese voll einsetzen muß, wenn sie den Kapitalisten etwas abringen will!

Klöckner Hütte

Ende August streikten 250 Kranfahrer der Klöckner Hütte Bremen für eine Eingruppierung in höhere Lohngruppen. Schon seit 1970 ist der Lohnrahmentarifvertrag, der die Lohngruppen regelt, gekündigt, ohne daß bisher ein neuer abgeschlossen worden wäre. Die Geschäftsleitung reagierte auf den Streik mit der fristlosen Entlassung der Kranfahrer! Außerdem drohte sie der übrigen Belegschaft das gleiche an, falls sie sich dem Streik anschließen würde.

Aber die Klöckner-Kapitalisten mußten letztenendes nachgeben, weil die Kranfahrer sich nicht einschüchtern ließen: sie mußten verhandeln, die Entlassungen zurücknehmen und zusichern, daß keine Maßnahmen gegen die Streikenden eingeleitet würden.

Die einheitliche Anhebung aller Kranfahrer in Lohngruppe 7 allerdings konnten die Klöckner-Arbeiter nicht durchsetzen. Nur einige Kräne kamen in Lohngruppe 7, der Rest in die Lohngruppen 5 und 6, was die Unterschiedlichkeit der Lohnhöhe weiter verstärkt.

Maschinenfabrik Buckau-Wolf: am 14.8. streikten mehrere Hundert Arbeiter gegen die Entlassungspläne der Geschäftsleitung: von 1300 Kollegen sollen 630 auf die Straße gesetzt werden.

Schalker Verein (Rheinstahl): Am 28.8. führten 1000 Arbeiter einen 1-stündigen Warnstreik durch gegen die Streichung einer Prämie durch die Geschäftsleitung.

Kremer Werft Elmshorn: Mitte August streikten rund 100 Arbeiter zwei Tage lang. Der Grund war, daß die Betriebsleitung eine Betriebsvereinbarung über eine Lohnzulage nicht eingehalten hatte.

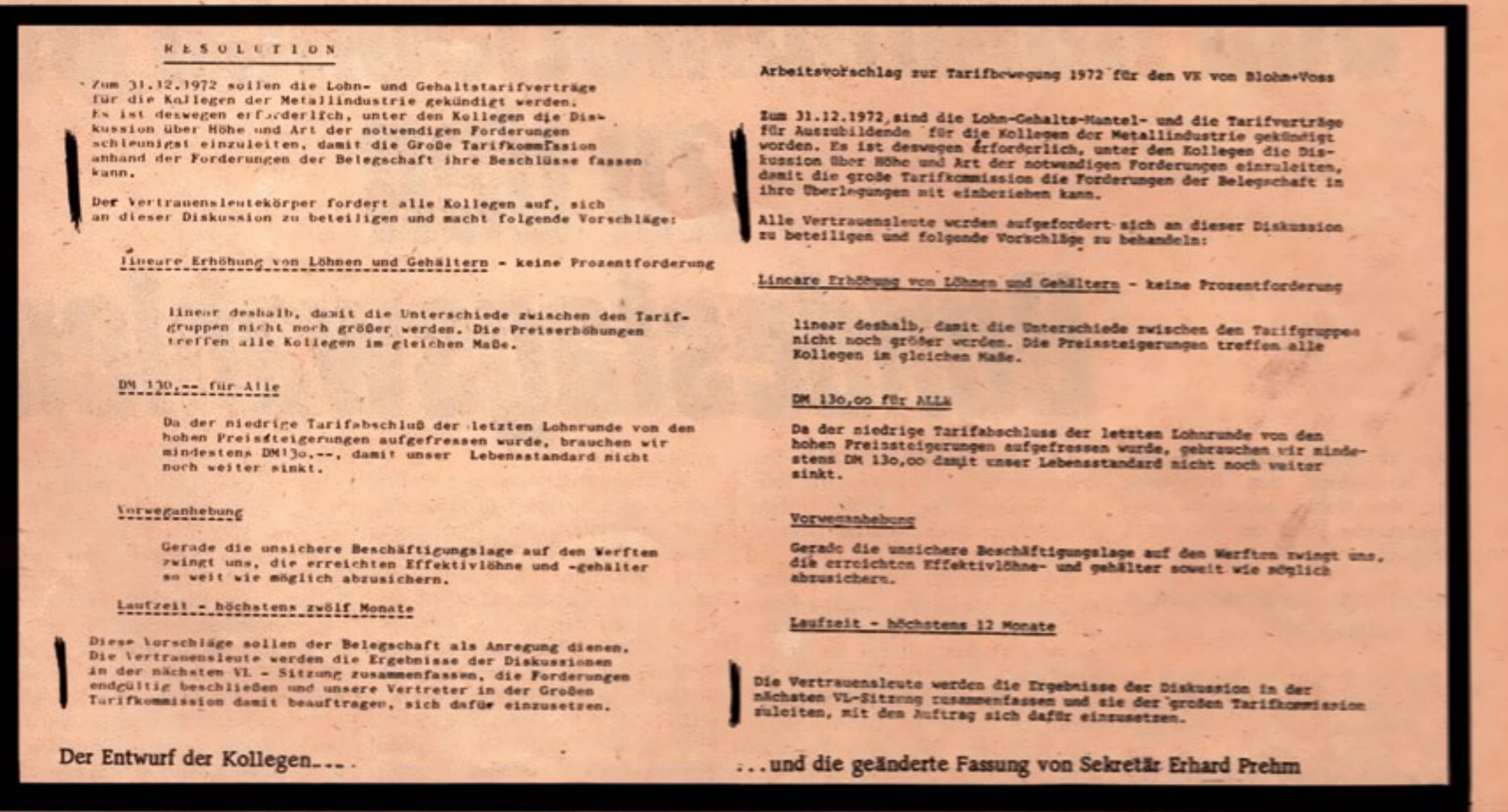
Hamburger Vertrauensleute fordern:

Gleiches Geld für alle!

In den Belegschaften der Hamburger Metallbetriebe hat die Diskussion um die Forderung für die kommende Tarifrunde längst begonnen. Die Initiative des Handelns liegt hier (wie auch in Großbetrieben anderer Tarifbezirke) bei Kernen fortgeschrittener Vertrauensleute. Während die Führer ihrer Gewerkschaft in Wahl„kampf" machen, sind die IGM-Vertrauensleute darangegangen, Forderungen zu entwickeln und sich zu überlegen, wie man diese durchsetzen kann.

Blohm & Voss

Am 4. 10. fand bei B & V eine Vertrauenleute-Sitzung statt. Da es die erste seit 4 Monaten (!) war, stand



RESOLUTION

Zum 31.12.1972 sollen die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Kollegen der Metallindustrie gekündigt werden. Es ist deswegen erforderlich, unter den Kollegen die Diskussion über Höhe und Art der notwendigen Forderungen schleunigst einzuleiten, damit die Große Tarifkommission anhand der Forderungen der Belegschaft ihre Beschlüsse fassen kann.

Der Vertrauensleutekörper fordert alle Kollegen auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und macht folgende Vorschläge:

Lineare Erhöhung von Löhnen und Gehältern - keine Prozentforderung

linear deshalb, damit die Unterschiede zwischen den Tarifgruppen nicht noch größer werden. Die Preiserhöhungen treffen alle Kollegen im gleichen Maße.

DM 130,-- für Alle

Da der niedrige Tarifabschluß der letzten Lohnrunde von den hohen Preissteigerungen aufgefressen wurde, brauchen wir mindestens DM13o,--, damit unser Lebensstandard nicht noch weiter sinkt.

Vorweganhebung

Gerade die unsichere Beschäftigungslage auf den Werften zwingt uns, die erreichten Effektivlöhne und -gehälter so weit wie möglich abzusichern.

Laufzeit - höchstens zwölf Monate

Diese Vorschläge sollen der Belegschaft als Anregung dienen. Die Vertrauensleute werden die Ergebnisse der Diskussionen in der nächsten VL - Sitzung zusammenfassen, die Forderungen endgültig beschließen und unsere Vertreter in der Großen Tarifkommission damit beauftragen, sich dafür einzusetzen.

Der Entwurf der Kollegen....

Arbeitsvorschlag zur Tarifbewegung 1972 für den VK von Blohm+Voss

Zum 31.12.1972, sind die Lohn-Gehalts-Mantel- und die Tarifverträge für Auszubildende für die Kollegen der Metallindustrie gekündigt worden. Es ist deswegen erforderlich, unter den Kollegen die Diskussion über Höhe und Art der notwendigen Forderungen einzuleiten, damit die große Tarifkommission die Forderungen der Belegschaft in ihre Überlegungen mit einbeziehen kann.

Alle Vertrauensleute werden aufgefordert sich an dieser Diskussion zu beteiligen und folgende Vorschläge zu behandeln:

Lineare Erhöhung von Löhnen und Gehältern - keine Prozentforderung

linear deshalb, damit die Unterschiede zwischen den Tarifgruppen nicht noch größer werden. Die Preissteigerungen treffen alle Kollegen im gleichen Maße.

DM 13o,oo für ALLE

Da der niedrige Tarifabschluss der letzten Lohnrunde von den hohen Preissteigerungen aufgefressen wurde, gebrauchen wir mindestens DM 13o,oo damit unser Lebensstandard nicht noch weiter sinkt.

Vorweganhebung

Gerade die unsichere Beschäftigungslage auf den Werften zwingt uns, die erreichten Effektivlöhne- und gehälter soweit wie möglich abzusichern.

Laufzeit - höchstens 12 Monate

Die Vertrauensleute werden die Ergebnisse der Diskussion in der nächsten VL-Sitzung zusammenfassen und sie der großen Tarifkommission zuleiten, mit dem Auftrag sich dafür einzusetzen.

...und die geänderte Fassung von Sekretär Erhard Prehm

Teves-Arbeiter gegen Arbeitshetze und Lohnkürzung

Die Alfred-Teves-GmbH wurde vor einiger Zeit von dem US-amerikanischen Konzern ITT geschluckt. Dieser Konzern ist vor kurzem durch eine Bestechungsaffaire in den USA weltweit bekannt geworden: Er hatte der Nixon-Partei eine halbe Million Dollar dafür gezahlt, daß ein Gerichtsverfahren gegen ihn eingestellt wurde. Im Aufsichtsrat sitzt der ehemalige CIA-Chef McCone, der dadurch bekannt geworden ist, daß er 1970 versucht hatte, die Allende-Regierung in Chile zu stürzen, weil diese große US-Firmen enteignet hatte.

Die Übernahme der Teves GmbH durch amerikanisches Management bekam die Belegschaft zu spüren: Arbeitshetze und Lohndrückerei in viel schärferem Maß als zuvor.

- Im Januar 72 versuchte die Geschäftsleitung die ohnehin niedrige Lohnerhöhung aus der Tarifrunde 71 durch Streichung der Schichtzulage unwirksam zu machen. Es

Forts. nächste Seite

natürlich allerlei auf dem Zettel, was unbedingt besprochen werden mußte. Die B & V-Vertrauensleute aber hatten die zentrale Bedeutung der MTR erkannt und setzten sie auf Punkt 1 der Tagesordnung. Während der Diskussion über die MTR wurde von einigen Kollegen eine Resolution eingebracht. In dieser Resolution werden Forderungsvorschläge gemacht (130,–DM linear, Vorweganhebung, 12 Monate Laufzeit). Nun ist es nichts ungewöhliches, wenn in einem Vertrauenskörper über Forderungen diskutiert wird. In der Resolution jedoch kam zum Ausdruck, daß <u>es nicht genügt, im VK zu diskutieren – die ganze Belegschaft muß diese Diskussionen führen!</u> Dann erst können die richtigen Ergebnisse im VK zusammengefaßt werden und eine entgültige Forderung beschlossen werden. Damit unsere Forderungen dann auch gehört werden, müssen wir unsere Vertreter in der Großen Tarifkommission <u>beauftragen, sich dafür einzusetzen.</u>

In der anschließenden Diskussion verstand BR–Mitglied Knödler es geschickt, von den eigentlichen Inhalten der Resolution abzulenken und über die partei-politische Zugehörigkeit der Verfasser zu spekulieren. Die Diskussion entfernte sich dadurch für lange Zeit von dem eigentlichen Thema, der Metalltarifrunde. Die Resolution hatte jedoch bei den Kollegen soviel Anklang gefunden, daß sie nicht ohne weiteres zu zerreden war. IGM-Sekretär Erhard Prehm setzte dennoch in einem günstigen Moment eine Änderung durch. Er erklärte sich „völlig einverstanden" mit den Forderungen, vielleicht seien die 130 DM sogar etwas zu wenig; es müßten nur ein paar Formulierungen geändert werden ... In unserem Abdruck läßt sich erkennen, wo E. Prehm „Formulierungen" geändert hat: er hat kurzerhand die Belegschaft und den Auftrag an die Tarifkommission „rausformuliert"! Der klare Auftrag an die Tarifkommission, aufgrund von Belegschaftsforderungen „einen Beschluß zu fassen", ist plötzlich dahin geändert, unsere Forderungen „in die Überlegungen einzubeziehen" – danach richten braucht sich nun keiner mehr.

Die Resolution wurde in einer Reihe von Abteilungen diskutiert, und es kamen von den Kollegen Alternativvorschläge (150,– statt 130,–). Trotz der Änderungen wurde die Resolution also von einigen Vertrauensleuten so benutzt, wie sie gedacht war, nämlich als Diskussionsgrundlage für die Belegschaft. Und nun entschloß sich auch die VK-Leitung, zur Diskussion aufzurufen. Im Betriebsratsbüro liegen Fragebögen aus, in denen die Diskussionsergebnisse von den Vertrauensleuten zusammengefaßt werden sollen.

Sogar Werner Knödler rief auf der letzten Betriebsversammlung zur breiten Diskussion über die Forderungen auf.

In diesem von vielen Kollegen nicht erwarteten Schritt muß jedoch ein taktisches Manöver gesehen werden,

+ Erst bremsen –wenn das versagt, dann an den handelnden Kollegen vorbeispurten – sich an die Spitze setzen – wieder bremsen ... solange bis die Niederlage organisiert ist.

Die Arbeiter und Angestellten von Blohm & Voss haben, ausgehend von der Initiative ihrer Vertrauensleute, einen Schritt in die richtige Richtung getan: darüber zu diskutieren, was sie brauchen. Sie werden lernen müssen, daß sie ihre Forderungen an den Kapitalisten nur im Kampf durchsetzen können.



1000 Stahlarbeiter demonstrieren Mitte Juli vor der Hauptverwaltung der Hoesch AG in Dortmund für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Nach der Fusion von Hoesch und dem holländischen Konzern Hoogovens bestehen Pläne über die Verlegung des Werkes an die holländische Küste.

Siemens

Am 26.9.72 hat der Vertrauenskörper der Siemens AG in Hamburg über die Tarifverhandlungen '72/73 diskutiert und ist bei 2 Stimmenthaltungen und keiner Gegenstimme zu folgendem Beschluß gekommen:

„Wir fordern eine lineare Lohnerhöhung von 150,– DM und eine entsprechende Angleichung bei einer Steigerung des Lebensindex über 2,5 %."

Das ist der Beginn einer Entschließung der Siemens-Vertrauensleute, die an die Vertrauenskörper aller großen Hamburger Metallbetriebe geschickt wurde. Um ihre Initiative zu verbreitern fordern die Siemens Kollegen die IGM-Funktionäre dazu auf,

„diese Forderung auch bei Euch zu diskutieren. Es wäre wichtig, noch in dieser Woche Vertrauensleuteversammlungen abzuhalten, denn die große Tarifkommission tagt schon am 8. Oktober. Wenn Ihr Euch unserer Forderung anschließen könntet, wäre es gut, wenn Eure Delegierten uns bei der Großen Tarifkommission unterstützen würden. Genauso wichtig ist es, Eure Kollegen auf die kommende Funktionärsversammlung vorzubereiten, denn dort wollen wir die Resolution vorlesen und abstimmen lassen!"

Diese Resolution faßt eine Diskussion zusammen, die die Kollegen auf der Grundlage eines Referates führten in dem ein Kollege seine Auffassungen zu den gewerkschaftlichen Aufgaben bei der kommenden Lohnrunde darlegte.

Bei der Diskussion ging es zunächst darum, „ob eine lineare oder prozentuale Lohnforderung zu stellen sei. Die Kollegen stimmten für eine lineare Forderung, mit der Begründung, daß eine gleichmäßige Forderung für alle einen größeren Zusammenhalt unter den Kollegen bewirken wird." (Flugblatt der VK-Leitung an die Siemens-Belegschaft). Zur Begründung der Forderungshöhe wurde angeführt: „Die Preise sind bis zu 6 % gestiegen und diese Entwicklung wird aller Wahrscheinlichkeit nach anhalten ..." Es wurde darauf verwiesen, daß die Profite der Siemens-Kapitalisten im 1. Halbjahr 1972 um 50 % zugenommen hätten. „Dieser Gewinnanstieg ist nicht von Peter von Siemens am Strand von Kampen erzielt worden, sondern durch unsere Leistung auf Baustellen, in Büros und Werkstätten" (s.o.). Lohnraub durch Preissteigerungen und verschärfte Ausbeutung haben insgesamt zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen bei den Arbeitern geführt. Darum sei eine Forderung in dieser Höhe zu stellen.

Der Vorstoß der Siemens-Vertrauensleute ist darum besonders positiv zu werten, weil er neben der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten bei Siemens, auf die überbetriebliche Vorbereitung zur Tarifauseinandersetzung und die Koordination während möglicher Kämpfe zielt.

Heidenreich & Harbeck

Die Vertrauensleute von Heidenreich & Harbeck stellten für die kommende Tarifrunde die Forderung nach 15 % Lohnerhöhung auf.

Der Vorschlag, lineare Forderungen zu stellen, fand bisher bei den Vertrauensleuten keine Mehrheit.

Der Vertrauenskörper beschloß, die Ergebnisse seiner Diskussion in die Belegschaft zu tragen und mit den Kollegen die anstehenden Fragen zu beraten.

Rheinstahl Eggers+Kehrhan

Wie unmittelbar vor Redaktionsschluß bekannt wurde, forderten die Arbeiter und Angestellten von Rheinstahl auf der Betriebsversammlung in der vergangenen Woche

1 DM pro Stunde mehr – für alle.

Die Belegschaft stimmte damit einem Vorschlag ihres Vertrauenskörpers zu. ■

Stellungnahme des Kommunistischen Bundes zu den Bundestagswahlen

Im November dieses Jahres finden Neuwahlen zum Bundestag statt. Diese Wahlen sollen das „parlamentarische Patt" im Bundestag aufheben.

Wie ist das „parlamentarische Patt" entstanden?

Seit der Errichtung der BRD bis hin in die 60er Jahre, in der Zeit des Wiederaufbaus des westdeutschen Kapitals, stützte sich die Bourgeoisie auf eine kontinuierliche und gleichbleibende Marschrichtung mit Hilfe einer CDU/CSU–Regierung.

Es gelang ihr, auf der Basis eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwungs, der Arbeiterklasse den Schein eines Wohlfahrtsstaates zu vermitteln.

Die CDU/CSU erlangt für ihre aggressive Politik des „Kalten Krieges", der Zurückdrängung des Kommunismus gekoppelt mit der Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte im Inneren, klare Mehrheiten im Parlament. In dieser Situation konnte sich Ende der 50er Jahre die SPD offen vom Marxismus lossagen und sich zur „Volkspartei" erklären.

Mitte der 60er Jahre war die Phase dieser Strategie für die Bourgeoisie vorbei.

Außenpolitisch war die Politik des „Kalten Krieges" in jeder Hinsicht gescheitert, eine Fortsetzung dieser Politik hätte weitere Isolierung bedeutet. Mit der ersten schwereren Wirtschaftskrise in der BRD brach der Mythos eines andauernden „Wirtschaftswunders" zusammen. Die wachsende Ablehnung der bisherigen Politik des Kapitals durch die Massen kam der SPD als kontinuierlicher Stimmenzuwachs zugute („Genosse Trend").

Wenngleich diese Krise noch relativ leicht überwunden werden konnte, zeichnete sich doch der verschärfte Konkurrenzkampf unter den imperialistischen Mächten ab und damit noch schwere Krisen als die von 1966/67. Somit zeichnete sich auch das Ende der Periode ab, wo es den Kapitalisten gelingen könnte, die Klassenkämpfe durch eine zumindest erträgliche Lage der Arbeiterklasse zu dämpfen. So wurde es für die Kapitalisten notwendig, auf die veränderte Situation neue kurz–und langfristige Antworten zu geben. In dieser Situation ist die „Große Koalition" als eine Phase des Übergangs zu verstehen.

Der westdeutsche Imperialismus ist immer noch weit davon entfernt, am Ende seiner Möglichkeiten angelangt zu sein; er konnte seine Position gegenüber seinen Konkurrenten seit der Krise 66/67 verbessern, ganz im Gegensatz zur Wirtschaftskrise 1929, wo die Kapitalisten in Deutschland sehr bald die Faschisten an die Macht brachten.

Gleichzeitig beginnen die westdeutschen Kapitalisten, sich systematisch Industriestützpunkte weltweit aufzubauen. In dieser Zeit werden die strategischen Pläne entwickelt, wie die BRD mit Hilfe der EWG wieder bald zur „Weltmacht" werden könne. D.h. es handelt sich um eine Übergangsphase ohne konti-

nuierliche Strategie der Kapitalisten, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist, den Aufbruch zu neuen Zielen.

Zur Überwindung der Krise bediente sich die Bourgeoisie der SPD. Mit der „Großen Koalition" gingen die Kapitalisten zunächst den Weg von „Zuckerbrot und Peitsche". Einerseits Aufweichung der Politik – in der Außenpolitik der Beginn der „Neuen Ostpolitik", d.h. mehr Verhandlungen auf diplomatischer Ebene, mehr Warenaustausch; innenpolitisch Zulassung der DKP, Lockerung des KPD–Verbotes – gleichzeitig aber beträchtliche Steigerung der Rüstungsausgaben und Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Insgesamt förderte der Eintritt der SPD in die Regierung die Linksentwicklung in der BRD, da viele Illusionen über die SPD abgebaut wurden.

Die SPD/FDP – Regierung

Nach den Bundestagswahlen 1969 befanden sich die Kapitalisten in der günstigen Situation, unter allen Regierunskoalitionen die für sie geeignetste aussuchen zu können. Die dann gebildete SPD/FDP – Regierung wurde mit gewissen kurzfristigen Aufgaben betraut, nämlich im wesentlichen die Korrektur der CDU – Politik nach innen und außen und die Vorbereitung eines Übergangs zu neuen Formen bürgerlicher Politik.

Die „Neue Ostpolitik" sollte zum Abschluß gebracht werden. Nachdem sie unter der „Großen Koalition" nur schleppend vorangging, kam sie unter der SPD/FDP–Regierung zu schnellen Erfolgen mit Vertragsabschlüssen. Gleichzeitig wurde die Ideologie von einem „neuen Deutschland" aufgebaut, selbst die DKP möchte uns heute die „Theorie" von einem friedlichen, „realistischen" Teil der Kapitalistenklasse, vertreten durch die SPD, verkaufen.

Innenpolitisch wurde von dieser Regierung die reibungslose Einleitung einer systematisch verschärften Faschisierung von Staat und Gesellschaft vorgenommen. Unter dem Motto der „inneren Sicherheit" und „Bekämpfung der Kriminalität" wurden die Ausgaben für den staatlichen Machtapparat verdoppelt. Der Löwenanteil davon geht an den Bundesgrenzschutz, dem gleichzeitig gesetzlich die Möglichkeit gegeben wurde, jederzeit als Bürgerkriegsarmee im Innern eingesetzt zu werden. Gleichzeitig soll die Bevölkerung zunehmend an den Einsatz dieser Instrumente gewöhnt werden.

Nachdem in den Septemberstreiks 1969 die Führung der Gewerkschaftsbürokratie zum erstenmal deutlich durchbrochen worden war, wurden die Lohnerhöhungen wieder auf die Lohnleitlinien gebracht, was heute bereits auf eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse hinausläuft.

Wie sehen die Kapitalisten heute ihre Lage?

Die Vertreter der Kapitalisten sprechen von einer „Welle der Kritik", die zwar „bisher noch keine revolutionäre Stimmung in der Arbeiterklasse ausgelöst" habe, es gebe aber bereits einen „gewissen Wandel".

Die „Auseinandersetzungen um die Zukunft des Unternehmers" seien in ihre „politische und damit entscheidende Phase getreten." Das widerspiegelt die Angst der Kapitalisten, ihre Ausbeuterordnung aufrechterhalten zu können, sie fürchten, daß die Kritik am Kapitalismus um sich greift und an Bewußtsein gewinnt.

Vor allem der französische Mai von 1968, die Klassenkämpfe in Italien, die Streiks in England und hier in der BRD die Septemberstreiks von 1969 sind ihnen in die Knochen gefahren. So blasen die Kapitalisten dazu, zum „Gegenangriff überzugehen", einen Kampf aufzunehmen, „über dessen Härte noch nicht überall klare Vorstellung besteht". Es geht ihnen um das „offensive Gegenprogramm" gegen den Sozialismus.

Dabei richten sich die Angriffe der Kapitalisten keineswegs nur gegen die Kommunisten, sondern selbst gegen die Jusos und Gewerkschaften, selbst gegen den allergemäßigtsten, sanftesten „Reformpolitiker". Hier wird die brutale Unterdrückung jeder demokratischen, antikapitalistischen Regung mit den Mitteln der Demagogie und des Terrors vorbereitet. Darin drückt sich ein Prozeß der Faschisierung von Staat und Gesellschaft aus.

Gegen die Angriffsfront der Kapitalisten ist die Arbeiterklasse, sind die Massen des arbeitenden Volkes heute noch immer unzureichend gerüstet. Die Kapitalisten scheinen fast alles auf ihrer Seite zu haben: die langfristige Planung, die Wahlen zwischen mehreren bürgerlichen Parteien, die Beeinflussung der Menschen durch das Trommelfeuer ihrer Presse, des Fernsehens usw. Im Gegensatz dazu ist die Arbeiterklasse noch entfernt von einer selbständigen Politik, verfügt noch nicht über ihre politische Partei, vermag noch nicht planvoll und einheitlich den Kampf Klasse gegen Klasse zu führen. Die Bindung der Massen an die kapitalistischen Verhältnisse und die auf diesem Hintergrund existierende bürgerliche Ideologie ist noch sehr stark. Das aktuelle Vorgehen der Borgeoisie stößt bei den Massen noch nicht auf Widerstand, sondern kann sich im Gegenteil auf ein im Kern berechtigtes Sicherheitsbedürfnis der Massen und schädliche Stimmungen wie z.B. den Nationalismus stützen.

Diese Einschätzung kann für uns nicht der Anlaß zur Verzweiflung, zu opportunistischem Abwarten oder zu abenteuerlichem Vorpreschen sein. Sie zeigt uns aber die ganze Schwere der noch vor der Arbeiterklasse liegenden Aufgaben; und sie zeigt das Verbrecherische solcher Gruppierungen wie der DKP oder der Super-„Linken", die sich auf einen Jubel- und Phrasen-„Sozialismus" verlegt haben und die den Massen leichte Erfolge vorgaukeln.

Zur Rolle der bürgerlichen Parteien

In der Zeit des Wahlkampfes sind die bürgerlichen Parteien wieder eifrig bemüht, sich zu „profilieren" und angeblich grundsätzliche Unterschiede zwischen sich auszuspielen. In Wahrheit gibt es solche grundsätzlichen Unterschiede nicht. Die SPD – weit davon entfernt die arbeitende Bevölkerung gegen die Kapitalisten zu verteidigen – erfüllt an der Regierung die Aufgaben jeder bürgerlichen Partei, betreibt die Kommunistenjagd in den staatlichen Institutionen und sogar schon in den Betrieben, betreibt den Ausbau des Polizei- und Militärapparats, die Durchsetzung der Verschlechterung des Lohnniveaus auf Basis der „Lohnleitlinien."

Dennoch wäre es falsch, die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien – in erster Linie CDU/CSU und SPD – auf die einfache Formel zu bringen, daß es bloß um ein „Gerangel um gut bezahlte Posten" geht. Es wäre falsch, bei den bürgerlichen Parteien n u r die Scheingefechte zu sehen, hinter denen die Jagd auf gutbezahlte Posten in Regierung und Verwaltung, auf „Beraterverträge" mit kapitalistischen Firmen, auf fette Schmiergelder geht.

Denn ebenso ist es eine Aufgabe der bürgerlichen Parteien, die Kapitalisten mit unterschiedlichen kurz- und langfristigen politischen Vorstellungen zu bedienen und gegebenenfalls deren Durchführung zu übernehmen. Das gilt besonders in der gegenwärtigen Situation eines taktischen strategischen Umdenkens und Umplanens der Bourgeoisie. SPD und CDU/CSU sind sich zwar einig in dem Bestreben, die jeweils beste Politik für die Bourgeoisie durchzusetzen. Wie das aber aussehen soll, darüber gehen die Vorstellungen auseinander. Hierbei vertritt die SPD stärker die Methode des politischen Betrugs und des „Reformen"-Schwindels, während die CDU/CSU stärker die Methode der Gewalt und Erpressung zur Geltung bringen möchte. Darin kommt auch die unterschiedliche Massenbasis der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck: während die SPD immer noch in erster Linie von den Arbeitern gewählt wird, stützt sich CDU/CSU stärker auf das Kleinbürgertum und auf rückständigere Teile der Arbeiterklasse.

Welchen Stellenwert hat die Stimmabgabe bei der Wahl?

Allerdings hat eine Stimmabgabe für die SPD, FDP oder gar DKP bei der Wahl einen sehr niedrigen Stellenwert. Eine Stimmabgabe wird keineswegs die Faschisierung stoppen. Es ist der reinste Betrug, wenn die SPD behauptet, zur Wahl stünde die Alternative Reaktion oder andererseits die „Erneuerung der Gesellschaft." Die Wahlen sind vielmehr für die Kapitalisten ein Test, wie weit sie ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse offen durchführen kann. Allenfalls kann durch die Wahl das Tempo und das detaillierte Vorgehen bei der Faschisierung beeinflußt werden. Gerade unter der SPD/FDP-Regierung wurde dieser Prozeß eingeleitet, eine keineswegs neue Aufgabe für die SPD, wie die Erfahrungen der Weimarer Zeit lehren.

Trotz alledem ist eine Stimmabgabe nicht völlig gleichgültig für die weitere Entwicklung, auch wenn sich für den übergroßen Teil der Arbeiterklasse heute noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien stellt.

Die CDU/CSU ist die Partei, die am aggresivsten und arbeiterfeindlichsten ist, die das offenste und brutalste Vorgehen gegen die Arbeiterklasse zur Anwendung bringen möchte. Ein Wahlsieg dieser Partei würde ein Mandat für die Reaktion bedeuten. Die SPD, die mit der Zielsetzung der CDU/CSU grundsätzlich übereinstimmt, besitzt nicht die Ellenbogenfreiheit beim Vorgehen, auf Grund ihrer Rolle als „bürgerliche Arbeiterpartei", deren Aufgabe es ist, gerade die Arbeiter an den Kapitalismus zu binden. An der Regierung muß die SPD gleichzeitig stärker „Farbe bekennen", sind ihre Möglichkeiten, Illusionen über ihre Zielsetzungen zu verbreiten, beschnitten.

Wahl der DKP?

Sollen wir DKP wählen, wie uns nahezu jeder Artikel in ihrer Zeitung UZ empfehlen möchte? Bei der DKP handelt es sich nicht um eine revolutionäre Partei, sie hat dieses Ziel durch eine Strategie der Reformen ersetzt. Doch nicht einmal ehrlich reformistisch verspricht sie der Arbeiterklasse alles mögliche, wenn nur die DKP gestärkt wird, die Ostverträge im Parlament durchkommen oder was es gerade sein mag. Daß die Arbeiterklasse die Durchsetzung ihrer Interessen nur selbst erkämpfen kann, wird dabei zwar in den Parolen bisweilen erwähnt, aber tatsächlich „vergessen." Das ist die Politik zum Selbstzweck, die Politik einer besseren Sozialdemokratischen Partei. Allerdings könnte bei entsprechendem Einfluß einer solchen Partei, die Wahl der DKP einen gewissen Fortschritt darstellen. Aber aller Erfahrung nach wird die DKP unter dem parlamentarischen „Strich", der 5 %-Klausel, bleiben.

Damit wäre die Stimmabgabe für die DKP ein bloß symbolischer Akt des individuellen Protestes, der im Grunde nur geeignet ist, die Ohnmacht der Arbeiterlinken für die Kapitalisten konkret und zahlenmäßig erfaßbar zu machen.

Wahlboykott?

Stimmungen, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen, weil ja doch alle bürgerlichen Parteien den „gleichen Mist" vertreten, und die Stimmabgabe sowieso an den Verhältnissen nichts zu ändern vermag, treten individuell unter der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen immer wieder auf. Bezeichnend für diese Stimmungen ist, daß sie zum allergrößten Teil in einer Stimmabgabe für das „kleinere Übel", für die SPD, enden.

1969 war das erste Mal, daß von einigen linken Gruppierungen ein „Wahlboykott" mit der Begründung, daß die bürgerlichen Parteien ohnedies „Jacke wie Hose" seien und daß die scheinbaren Unterschiede bloß Resultat des „Gerangels um die Posten" seien. Mit der Unsinnigkeit dieser These haben wir uns schon auseinandergesetzt. Ohne daß für die Arbeiterklasse eine Alternative bereits sichtbar wäre – was auch nicht durch Parolen im Wahlkampf schnell nachgeholt werden könnte – wird darauf verzichtet, den vorhandenen Spielraum auszunutzen. Ein solcher Wahlboykott hat keine weitere Funktion, als die Schwäche des Einflusses der Kommunisten zu demonstrieren und keinesfalls den Willen der Arbeiterklasse zur politischen Selbstständigkeit. Der putzige Vorschlag des KB Bremen, den Wahlzettel durch die Aufschrift „KPD" ungültig zu machen, kommt einer eigenen Kandidatur gleich, allerdings ohne deren finanziellen und personellen Aufwand. Mit der eigenen Kandidatur machte in diesem Jahr in Italien die Kommunistische Organisation „IL Manifesto" ihre Erfahrungen. Nach ihrer Pleite sagte eine ihrer Führerinnen: „Die Arbeiterlinke muß doch stärker sein." Das trifft den Kern. Eigene Kandidatur ebenso wie der Wahlboykott geben nur ein verzerrtes und verkleinertes Bild des Protestes gegen die verschärfte Reaktion wieder, wie es beim Mißtrauensvotum durch die CDU/CSU deutlich wurde. Eigene Kandidatur und Wahlboykott wenden sich heute nur an diejenigen, die dem Kapitalismus mit vollem Bewußtsein und endgültig den Rücken gekehrt haben.

Der SPD die Stimme geben!

Zwar haben die bevorstehenden Bundestags-Wahlen – wie alle Wahlen für ein bürgerliches Parlament – in erster Linie den Charakter eines Tests, der den Kapitalisten zeigen soll, wie groß der Grad der Zustimmung in den Massen für die von den Kapitalisten angestrebte Politik ist.

Darüber hinaus werden durch den Ausgang der Wahlen bis zu einem gewissen Maße auch neue Bedingungen geschaffen. Ein Wahlsieg der CDU/CSU wird auf das Kräfteverhältnis der Klassen, auch rückwirken, und zwar zu ungunsten der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten werden ein Votum für die CDU/CSU nicht nur als Bestätigung werten, daß nun Tempo und Intensität des Prozesses der Faschisierung gesteigert werden können. Die durch einen Sieg der CDU/CSU erfolgende Stimmungsverschiebung in der Arbeiterklasse würde das auch noch begünstigen. Eine Ermutigung reaktionärer Kräfte, die fortschrittlichen Arbeiter werden diesen Wahlausgang als Niederlage empfinden.

Ein Sieg der SPD/FDP dagegen kann der Kapitalistenklasse nur anzeigen, daß die Zustimmung in den Massen für eine Politik der Beschleunigung des Prozesses der Faschisierung noch nicht den vom Kapital gewünschten Grad erreicht hat. Von daher zeigt ein Sieg der SPD/FDP aus der Sicht der Arbeiterklasse eine etwas günstigere Konstellation an.

Da sich die langfristigen Ziele der Kapitalisten in keiner Weise ändern, wenn sie die erforderliche Zustimmung in den Massen noch nicht haben, so kann das nur heißen: Gerade bei einem Wahlsieg der SPD/FDP werden die Kapitalisten alles daransetzen, ihre Anstrengungen außerordentlich zu verstärken, um die Dinge möglichst schnell auf den Punkt zu treiben, wo die CDU/CSU die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen kann, wo die Kapitalisten die Faschisierung ohne nennenswerte Verzögerungen vorantreiben können.

Es wäre deshalb eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß ein Wahlsieg der SPD mehr als nur geringfügig günstigere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse schaffen kann. Die SPD wird weder willens noch in der Lage sein, den Prozeß der Faschisierung bedeutend zu verlangsamen oder gar zu stoppen. Ganz im Gegenteil. Die SPD ist ihrer Rolle als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse nicht nur in der Geschichte immer gerecht geworden, sie hat sie auch in den zurückliegenden drei Jahren mustergültig gespielt.

Diesen Charakter der SPD vor der Arbeiterklasse zu enthüllen, den Arbeitern immer wieder konkret zu beweisen, daß die SPD die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse ist, das wird eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten in der vor uns liegenden Zeit sein. Für den Fall eines Wahlsieges der SPD/FDP werden wir dazu gute Bedingungen vorfinden. Denn in der Regierung muß die SPD aktiv die Geschäfte der Kapitalisten betreiben.

Die Probleme der Arbeiterklasse werden nicht dadurch gelöst, indem die fortschrittlichen unter ihnen – wie heute noch mangels realer Alternative – SPD wählen, d.h. alle vier Jahre zur Wahl gehen, um an der Urne zu entscheiden, welche Partei des Kapitals sie „vertreten" soll.

Grundsätzlich liegt die Lösung für die Arbeiter nur in der Entwicklung einer selbständigen Politik des Kampfes Klasse gegen Klasse und im Führen dieses Kampfes.

Die Rolle der Kommunisten wird dabei daran zu messen sein, wie sie es verstehen, die Entwicklung dieser selbständigen Politik voranzutreiben und in den kommenden Kämpfen zur Geltung zu bringen. ■



Hafenarbeiter der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft ziehen zum Gewerkschaftshaus

6000 Bremer Hafenarbeiter machen Hafenbossen Dampf

Auch in diesem Jahr blieb das Ergebnis der Lohntarifverhandlungen für die westdeutschen Hafenarbeiter weit hinter den Forderungen der Kollegen zurück: statt der geforderten 13,9 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten, konnten den Unternehmern nur 10,01 % auf 14 Monate abgerungen werden. Das sind auf's Jahr umgerechnet 8,5 %.

Dennoch ist das Ergebnis ein relativer Erfolg der Hafenkollegen: zum ersten Mal gelang es ihnen, eine nennenswerte Überschreitung der „Lohnleitlinien" (6 % bis 7 %) zu erzwingen.

Dieser Teilerfolg ist in erster Linie der unmißverständlichen Kampfentschlossenheit der Kollegen von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) zu verdanken.

Die Kollegen begannen zunächst mit stundenweisen spontanen Warnstreiks an verschiedenen Schuppen als Antwort auf das unverschämte 5,6 %-„Angebot" der Hafen-Bosse. Sie nutzten die gewonnene Zeit, um weitere Maßnahmen im Tarifkampf zu beraten.

Wenige Tage später, als die Verhandlungen wegen der Sturheit der Unternehmer ergebnislos unterbrochen wurden, legten die Kollegen die Arbeit ganz nieder. Sie bildeten einen Demonstrationszug, der von Schuppen zu Schuppen zog, um die Kollegen abzuholen, und schließlich zum Hauptgebäude der BLG führte. Fast alle BLG-Arbeiter machten mit.

ÖTV-Tarifsekretär (Weser/Ems) Siegfried Klaus versuchte, sie zur Arbeit zurückzuschicken. „Von den 13,9 % gehen wir nicht ab", behauptete er. Aber die Kollegen wußten aus Erfahrung, daß solche Sprüche wenig wert sind, wenn nicht der massive Druck von unten ihre Einhaltung erzwingt.

Die zweite Schicht nahm die Arbeit gar nicht erst auf, sodaß schließlich für 6000 Kollegen die Arbeit ruhte. Durch die Schlüsselstellung der BLG war damit praktisch der gesamte Bremer Hafen bestreikt.

Das war am Montag, dem 23. Oktober. Am Dienstag arbeiteten die Kollegen wieder, um zunächst das Verhandlungsergebnis abzuwarten. Als am Mittwoch das Ergebnis bekannt wurde, versammelte sich fast die ganze BLG-Belegschaft der ersten Schicht (ca. 1000 Kollegen!) vor dem Büro des BLG-Betriebsrates. Der Hafenumschlag war wieder lahmgelegt.

Tarifsekretär Klaus versuchte erneut die Kollegen zu beschwichtigen, indem er wahrheitswidrig behauptete, die Hamburger Hafenarbeiter hätten dem „stolzen" Ergebnis bereits zugestimmt. Klaus wurde von den empörten Kollegen niedergeschrien.

Eine noch kräftigere Abfuhr holte sich der BLG-Betriebsratsvorsitzende, als er seine „Zufriedenheit" mit dem betrügerischen Tarif-Ergebnis bekunden wollte: Die Kollegen entzogen ihm an Ort und Stelle das Recht, in ihrem Namen zu sprechen. Spontan wählten sie aus der Versammlung heraus 15 Schuppensprecher, die sie in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung schickten, um wenigstens die wichtigsten betrieblichen Forderungen durchzusetzen. Denn daß am niedrigen Tarifabschluß nichts mehr zu ändern war, war allen klar.

Die betrieblichen Forderungen waren:

- Angleichung der Bezahlung an den Haustarif der HHLA in Hamburg,
- 50,– DM Treueprämie für alle Kollegen mit längerer Betriebszugehörigkeit,
- volle Bezahlung der Streikzeit.

Die Schuppensprecher konnten bei der Geschäftsleitung zunächst nur die Bezahlung der Streikzeit bis einschließlich Montag durchsetzen. Für die anderen Forderungen wurden wie auf später vertröstet. Dennoch sahen die Kollegen ein, daß die Grenzen dieses spontanen Kampfes fürs erste erreicht waren und nahmen die Arbeit wieder auf. Ein Kollege meinte realistisch: „Hier ist im Moment alles gelaufen. Jetzt dürfen wir uns nicht verheizen lassen."

Wie wichtig aber der spontane Bremer Streik für den Tarifabschluß insgesamt war, wurde aus einem Interview des BLG-Kapitalisten Beier bei Radio Bremen klar: „Das Ergebnis ist bedenklich", so sagte er, „vor allem im Hinblick auf die internationale Konkurrenz. Aber unter den gegebenen Umständen (dem Streik der Bremer Kollegen nämlich) war es nicht vertretbar, durch irgendwelche Mittel noch zu versuchen, ein anderes Ergebnis zu erreichen."

(Aus Platzgründen sind wir nicht in der Lage, hier ausführlich auf die Hintergründe des ÖTV-Tarifkampfes einzugehen. Die Genossen des Hafenbereiches sitzen gegenwärtig an einer umfassenden Analyse, die demnächst in den „Arbeiterkampf" und in die nächste Ausgabe des „Hafenarbeiters" eingehen wird). ■

CHILE: Unidad Popular in Gefahr

Am 31. Oktober ist die chilenische Allende-Regierung zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate zurückgetreten. Allende will eine neue Regierung der Unidad Popular (Volkseinheit) bilden. In den ersten Presse- und Rundfunkmeldungen ist die Rede davon, daß dabei auch hohe Offiziere der chilenischen Armee beauftragt werden sollen, um „die Ruhe im Land wiederherzustellen."

Bei den Unruhen in Chile handelt es sich um eine von den herrschenden Klassen und den Rechtsparteien gesteuerte Offensive zum Sturz der Volksfront-Koalition, die vor zwei Jahren an die Regierung getreten ist und vor allem von der Sozialistischen Partei und der revisionistischen KP Chiles getragen wird. Seit einigen Wochen wird diese Offensive durch rechtsradikale Sabotageakte und Terroranschläge ungeheuer verstärkt. Die Fuhrunternehmer legten einen beträchtlichen Teil des Transportnetzes lahm und sabotierten dadurch die Lebensmittelversorgung der Städte. Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Architekten, Lehrer, Lotsen, Piloten und Bankangestellte verweigerten ihre Berufsausübung. Damen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums gingen auf die Straße und trommelten mit Löffeln auf ihre „leeren Kochtöpfe", die sie sonst nur von ihren Dienstmädchen anfassen lassen. Begleitet wurden diese bourgeoisen „Umzüge gegen die Lebensmittelknappheit" von rechtsradikalen Schlägertrupps. Innerhalb von zwei Wochen verübten rechtsradikale Horden 59 Terroranschläge, darunter den Versuch, die Eisenbahnlinie zwischen Santiago und der Hafenstadt Valparaiso in die Luft zu sprengen.

Hinter diesen Unruhen steht das alte Konzept der Kapitalisten, durch infame Lügen, Demagogie und arbeiterfeindliche Hetze Teile der Bevölkerung gegeneinander aufzustacheln, das Konzept des Bürgerkrieges. Ihre Truppen stellen die herrschenden Klassen dabei vor allem aus Angehörigen der Mittelschichten zusammen, die zu diesem Zweck mit korrumpierenden Privilegien und Kommandofunktionen gegenüber der Arbeiterklasse ausgestattet werden, und deren zwiespältige gesellschaftliche Lage demzufolge ein entsprechendes „Standesbewußtsein" in ihnen erzeugt, das den Nährboden zur Aufnahme faschistischer Ideologien abgibt.



Einsatz der Regierungstruppen in Santiago, die Hauptstadt von Chile

Daß die herrschenden Klassen in Chile offenbar erfolgreich im Verfolgen ihrer Pläne sind und die Unidad Popular in immer größere Schwierigkeiten verstricken, hängt aber auch mit der von der Unidad Popular betriebenen Politik zusammen. Chile gilt als Musterbeispiel für den „friedlichen Übergang zum Sozialismus." Aber der „chilenische Weg" hat sich in der Praxis längst als Kapitulationspolitik erwiesen. Die Unidad Popular hat die chilenischen Arbeiter und Bauern weitgehend ungerüstet gegenüber der Offensive der herrschenden Klassen gelassen. Sie hat die Gefahren, die dem chilenischen Volk von der Konterrevolution drohen, leichtfertig heruntergespielt und ist selbst immer weiter vor deren Schlägen zurückgewichen.

Das chilenische Volk hat gegenüber der vormaligen Regierung der Christdemokraten eine Reihe sozialer Reformen erkämpfen können, aber diese Erfolge sind in keiner Weise abgesichert: Der bürgerliche Staatsapparat, das Herrschaftsinstrument der alten Ausbeuterklassen, wurde kaum angetastet. Der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, hat zu Beginn dieses Jahres auch noch einmal ausdrücklich erklärt, daß die Unidad Popular nicht beabsichtigt, „über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinauszugehen."

Die Früchte dieser Kapitulationspolitik müssen jetzt die chilenischen Arbeiter und Bauern ernten. Sie werden die Unidad Popular gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen haben und es ist ungewiß, mit welchem Erfolg. Auf alle Fälle wird eine endgültige Niederringung der herrschenden Klassen nicht über den von der Unidad Popular verfolgten Weg möglich sein.

Einige Vorstellungen innerhalb der westdeutschen Arbeiterlinken sind dem „chilenischen Weg" vergleichbar. Ihren Ausruck finden sie z.B. im Konzept der DKP von der „demokratischen Erneuerung". Gerade angesichts der letzten Entwicklung in Chile ist deshalb eine Auseinandersetzung mit den dort gemachten Erfahrungen auch für den Weg der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sehr nützlich.

Der KB veröffentlicht in diesen Tagen in einer Sonderbroschüre von „Unser Weg" einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung. ■

Beachten Sie auch bitte die Anzeige auf Seite 10!

Demagogie und Erpressung

Westdeutsche und britische Fischereimonopole im Kampf gegen Lebensinteressen der isländischen Bevölkerung


Islands größtes bewaffnetes Küstenschutzboot

Bericht der KB-Gruppe Bremerhaven:

Nachdem Island bereits Anfang der sechziger Jahre eine Ausdehnung seiner Hoheitsgewässer auf 50 Seemeilen angekündigt hatte, machte die isländi sche Regierung jetzt Ernst. Einstimmig beschloß die Regierungskoalition, bestehend aus zwei sozialistischen Parteien und den Kommunisten, ab 1. September den Hoheitsbereich ihrer Gewässer von 12 auf 50 sm auszudehnen.

Dies ist durchaus kein ungewöhnlicher Schritt, einige Staaten haben Territorialgewässer bis zu 200 sm.

Besonders „betroffen" von der 50-sm-Grenze sind die westdeutschen und britischen Fischmonopole, die um Island ihre Hauptfanggründe haben. Die Regierungen Großbritanniens und der BRD legten auf Druck der Fischmonopole bei der isländischen Regierung sofort Protest gegen deren Entscheidung ein und erhoben gleichzeitig Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der auch prompt stattgegeben wurde: Am 17. August 72 erließ der Gerichtshof eine Einstweilige Verfügung, die Island die Ausdehnung seiner Fischereigrenzen von 12 auf 50 sm untersagt und den westdeutschen Fischmonopolen eine „Fangbegrenzung" auf 119 000 t pro Jahr auferlegt. Diese „Fangbegrenzung" schränkt die Ausbeutung der isländischen Fischbestände jedoch keinesfalls ein; denn dieser Wert entspricht etwa den durchschnittlichen Fängen der letzten 10 Jahre.

Die isländische Regierung lehnt die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs bezüglich der Frage der isländischen Fischereigrenze ab. Dementsprechend wird natürlich auch der Spruch der Den Haager „Weltrichter" nicht respektiert.

Isländische Bevölkerung abhängig von Fischerei

Der Fischfang ist die Lebensgrundlage für die 200 000 Menschen zählende Bevölkerung Islands. Bodenschätze hat die Insel nicht, die Landwirtschaft beschränkt sich auf Schafzucht und Milchwirtschaft. Somit ist Island von seiner Struktur her vollkommen auf den Fischfang ausgerichtet. 75 % der Gesamtbevölkerung lebt an der Küste, 50 % der Werktätigen sind in der Nahrungsmittelherstellung beschäftigt. Über 80 % des isländischen Gesamtexports wird durch Fisch und Fischprodukte bestritten. Im Vergleich dazu Großbritannien und die BRD: weniger als 1 %. Wenn das isländische Volk um seine Fischgründe kämpft, so ist das kein Kampf wie bei den westdt. Fischmonopolen um Erhaltung und Vermehrung der Profite, sondern es ist ein Kampf um die Existenz. Das isländische Volk will verhindern, das seine Fischbestände, besonders der Kabeljau, durch den Raubbau der imperialistischen Mächte das gleiche Ende nehmen wie schon Lachs und Hering, die so gut wie abgefischt sind. (Zynisch behaupten die westdeutschen Fischereivertreter, das läge wohl daran, daß die Isländer nicht in der Lage seien, ihre Fischbestände richtig zu pflegen!!) Wenn man noch auf längere Zeit gleichbleibende Erträge halten will, so muß eine planmäßige Fangpolitik betrieben werden, die nicht an Profitinteressen orientiert ist.

ISLAND
81,9%

NORWEGEN
10,6%

KANADA
1,9%

JAPAN
1,8%

GROSSBRITANNIEN
0,2%

WESTDEUTSCHLAND
0,2%

Ausgesparte Kreisausschnitte stellen den Anteil der Fischerei an der Gesamtproduktion des jeweiligen Landes dar. Hier wird die existenzielle Wichtigkeit des Fischereisektors für Island besonders deutlich, im Gegensatz zur BRD oder zu England.

Doch auf das Schicksal der isländischen Bevölkerung nehmen die westdeutschen Fischmonopole natürlich keine Rücksicht. Hier steht der Profit im Vordergrund.

Monopole als Monopolgegner?

Die Monopolisierung in der westdeutschen Fischwirtschaft ist soweit vorangeschritten, daß sich nur noch vier Reedereien die gesamte Hochseefischerei teilen. Diese Reedereien wiederum sind riesigen Großkonzernen angegliedert. So fahren allein 58 Schiffe für die „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei GmbH in Bremerhaven, deren Mehrheit dem multinationalen Nahrungsmittelgiganten Unilever gehört. Die Hanseatische Hochseefischerei AG in Bremerhaven fischt mit 20 Trawlern für den Oetker-Mischkonzern. 10 Fischdampfer fahren in der Hochseefischerei Nordstern AG für den Kaffeegroßröster Walter J. Jakobs aus Bremen. Außerdem ist noch die Pickenpack-Gruppe aus Hamburg mit 7 Schiffen an diesem Fischreigen beteiligt. Dazu kommt, daß diese 4 Fischmonopole eine gemeinsame Fang- und Absatz-Planung betreiben. Diese steht zwar noch in den Anfängen, aber schon reiben sich die Fischkapitalisten die Hände: die Fischpreise steigen schneller als die Fleischpreise.

Die Preispolitik, das heißt Erhöhung der Fischpreise, wird gezielt herbeigeführt, indem eine Politik der „Anpassung der Fangkapazitäten an die Aufnahmefähigkeit des Marktes" betrieben wird. Das heißt in Klartext: Vorzeitige Verschrottung von Frischfischdampfern, dadurch Verkleinerung der Fangflotte und Begrenzung der Anlandungen. Begrenzte Anlandungen bedeuten wiederum erhöhte Preise. Das „Durchrationalisieren" (Vorzeitiges Verschrotten) wird mit Hilfe von Bundesmitteln, also mit Hilfe unserer Steuergelder vorgenommen. Es gibt Abwrackprämien vom Bund, die die Küstenländer zur Verteilung erhalten. Diese Mittel wurden erst vor kurzem um 190.000,– DM auf 2,21 Mio. DM aufgestockt. Darüberhinaus zahlt der Bund (gegenüber früher 3,5 Mio. DM) nunmehr 4,5 Mio. DM Neubaudarlehn für die Hochseefischerei. Das heißt, für die Jahre 1972 bis 1976 sind 73,5 Mio. DM Bundesmittel (Steuergelder) für 15 – 16 zu fördernde Neubauten bereitgestellt. Finanziert werden 10 Neubauten von Vollfrostern, die z.B. auf die isländischen Fanggründe überhaupt nicht angewiesen sind. In diesen Wochen sind die ersten der mindestens 14 Fangfabrikschiff-Neubauten fertiggestellt worden, die die westdeutsche Vollfrosterflotte modernisieren sollen. Diese Schiffe sind bedeutend größer als die alten und haben erhöhte Produktionskapazitäten. Die Besatzung bleibt jedoch die gleiche bzw. kann durch die zunehmende Technisierung sogar reduziert werden, so daß die Arbeitsplätze verloren gehen. Rationalisierungsmaßnahmen machen sich auch in der Fischverarbeitung bemerkbar; bei Erhöhung der Produktion wird Personal eingespart.

Hier kümmert die Fischkapitalisten wenig, was mit den von ihnen rausgeworfenen Arbeitern geschieht. Doch wenn es darum geht, ihr rücksichtsloses Profitstreben zu verschleiern, entdecken sie plötzlich ihr Herz für die arbeitende Bevölkerung. In ganzseitigen Anzeigen in den isländischen Zeitungen „Morgunbladid" und „Timinn" fordertten sie „im Namen der Bevölkerung von Bremerhaven und Cuxhaven" die isländische Regierung auf, „von der willkürlichen Erweiterung der Fischereigrenze Abstand zu nehmen.

Diese „Vertreter der Interessen der Bremerhavener und Cuxhavener Bevölkerung" haben sich in einem „Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei" zusammengeschlossen. Das „Aktionskommitee" setzt sich zusammen aus Vertretern der SPD, der CDU, der F.D.P., dem Oberbürgermeister von Bremerhaven, dem Bürgermeister von Cuxhaven, Vertretern der IHK's, der Hochseefischerei und Fischwirtschaft – und einträchtig dabei sind auch die Spaltergewerkschaft DAG und die DGB-Führung. Hier wird wieder einmal offensichtlich, wo die Gewerkschaftsführer stehen. Anstatt die internationale Arbeitersolidarität zu fördern, leisten sie Handlangerdienste für die Kapitalisten.

Profit für Reeder – Risiko für Kollegen

Vervollständigt wird die Kapitalistenheuchelei, wenn man sieht, was für Gefahren die Seeleute der widerrechtlich vor Island fischenden Trawler ausgesetzt sind:

- Die Mannschaft kann oftmals gar nicht kontrollieren, ob in isländischen Hoheitsgewässern gefischt wird; wird also ohne ihr Wissen einem erheblichen Risiko ausgesetzt. Denn: es drohen der gesamten Besatzung eines Fischdampfers Gefängnisstrafen, wenn aus irgendwelchen Gründen ein isländischer Hafen angelaufen werden muß.

- für erkrankte oder verunglückte Seeleute ist keine schnelle ärztliche Hilfe möglich, da Fischereischutzbotte mit Ärtzten an Bord nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind und isländische Häfen nicht angelaufen werden dürfen.

Die Bundesregierung soll dazu noch jegliche Provokationen in isländischen Gewässern absichern, indem sie den Reedern sämtliche eventuell auftretenden Schäden ersetzt. Ein entsprechender Antrag wurde von der CDU im Bremerhavener Stadtparlament eingebracht und von diesem weitergeleitet.

Die Reeder haben sich also abgesichert, die Kollegen auf den Trawlern tragen das Risiko.

Dr. Joachim Genschow, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Hochseefischerei und Direktor der „Nordsee" Dt. Hochseefischerei GmbH, sieht für den Fall, daß das isländische Volk den Kampf um seine Existenz gewinnt 45 der 95 westdeutschen Trawler stillgelegt. „1.700 Fischer und etwa 6.000 Arbeitskräfte in der Fischindustrie" malte Genschow aus, „sind dann arbeitslos." Wieviele Kollegen aufgrund der Rationalisierungsmaßnahmen in der Fischwirtschaft ihre Arbeitsplätze verlieren werden oder schon verloren haben, darüber verliert Genschow natürlich kein Wort.

Die Panikmache mit den insgesamt „7.700 gefährdeten Arbeitsplätzen" dient allein dazu, die internationale Solidarität der westdeutschen und isländischen Werktätigen zu verhindern. Wenn Arbeitskräfte entlassen werden, ist das nicht zurückzuführen auf den Versuch Islands, seine wirtschaftliche Existenz zu retten, sondern auf das Profitstreben der Fischkapitalisten. ■

Warm anziehen!

Kapitalisten steuern Kommunisten-Verbot an

Die CDU in Bremen hat im September in der Bürgerschaft einen Antrag eingebracht, die Möglichkeit eines Verbots gegen den KB Bremen (nicht identisch mit unserem Kommunistischen Bund) zu „prüfen". Damit ist noch offensichtlicher, daß zumindest die von der CDU vertretenen reaktionärsten und volksfeindlichsten Teile des Kapitals das Verbot kommunistischer Organisationen unmittelbar anstreben.

Eine Vorbereitung zu einem solchen Schritt ist das vor einigen Wochen ausgesprochene Verbot der palästinensischen Organisationen GUPA und GUPS (Generalunion palästinensischer Arbeiter bzw. Studenten). Das Verbot von GUPA und GUPS zeigt, in welchem Maße die Bourgeoisie auch ihre eigenen Gesetzt schon aufhebt. Die Bourgeoisie machte sich gar nicht mehr die Mühe, die „Verfassungswidrigkeit" der verbotenen Organisationen gerichtlich zu beweisen. Durch eine hastige Verhaftung und Abschiebung der führenden Mitglieder der GUPA und GUPS wurde gleichzeitig verhindert, daß ein rechtmäßiger Einspruch gegen die Verbote erhoben werden konnte. Das Verbot von GUPA und GUPS gilt dem Staat als Test, um die Reaktionen der Bevölkerung und der linken Gruppen zu beobachten und seine Vorgehensweise für die Zukunft darauf abzustimmen. Weiter geht es darum, die Polizei und die rechtlichen Organe auf derartige Aktionen vorzubereiten, im einzelnen „einfachen" Vertreter des Staatsapparats einen unbedingten Glauben an die Notwendigkeit politischer Einsätze zu produzieren, das Ineinandergreifen der verschiedenen Kettenglieder des Staates auf die Probe zu stellen usw.

Da das KPD-Verbot von 1956 niemals aufgehoben wurde, haben die kommunistischen Organisationen, die sich seit etwa 1967/68 mit einiger Offenheit entfalten konnten, immer unter dem „Damokles-Schwert" dieses Verbotes gestanden. Von Anfang an stand fest, daß die Bourgeoisie den Zeitpunkt bestimmen würde, um das KPD-Verbot wieder anzuwenden und zum Schlag gegen die neu entstandenen kommunistischen Organisationen auszuholen.

Unter dem Damokles-Schwert des KPD-Verbots

Seit einigen Jahren können in der Bundesrepublik Kommunisten verhältnismäßig legal, also offen und ungehindert, arbeiten. Das war durchaus nicht selbstverständlich, nachdem die KPD 1956 verboten worden war und dieses Verbot immer noch besteht. Nach dem KPD-Verbot während der 50er und frühen 60er Jahre wurden hunderte von Prozessen gegen Kommunisten und andere Oppositionelle geführt, die der Zusammenarbeit mit Kommunisten verdächtigt wurden. In vielen Fällen endeten solche Prozesse mit mehrjährigen Gefängnis-Strafen.

Die meisten Mitglieder der heute bestehenden kommunistischen Gruppen und Organisationen jedoch haben nichts anderes kennengelernt als die seit einigen Jahren bestehende trügerische „Legalität". Die fehlende Erfahrung auch mit der Illegalität (politische Arbeit bei Bestehen eines Kommunisten-Verbotes) hat zu einer gefährlichen Sorglosigkeit beim Aufbau der meisten Organisationen geführt. Eben das gehörte zu den Absichten der Bourgeoisie und ihres Staates bei der vorübergehenden Lockerung des KPD-Verbots.

Die Legalität, die den Handlungsspielraum der Kommunisten erweitert und ihnen unvergleichlich bessere Möglichkeiten für die Massenarbeit bietet, darf ihnen auf der anderen Seite nicht den Blick dafür trüben, daß die Legalität unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse immer nur ein vorübergehender Zustand ist, der weder immer so war, noch immer so sein wird. Ganz besonders gilt das für unser Land. Denken wir daran, daß seit Bestehen der Kommunistischen Partei in Deutschland (die KPD wurde Ende 1918 gegründet) fast die Hälfte dieser Zeit die Kommunisten unter den Bedingungen der Illegalität arbeiten mußten und ihre Arbeit sogar während der „legalen" Perioden durch Zeitungsverbote, Prozesse, willkürliche Verhaftungen und Beschlagnahmen etc. erheblich eingeengt wurde.

Die Verfassung der Bundesrepublik sieht die Möglichkeit vor, „Vereinigungen, deren Zweck oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten" zu verbieten. Dasselbe gilt für „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden" (Artikel 9 und 21 des Grundgesetzes).

Der Begründung des KPD-Verbots vom 17. August 1956 wurde zugrunde gelegt, daß die KPD geleitet von der Theorie des Marxismus-Leninismus die Errichtung einer „sozialistisch-kommunistischen (?) Gesellschaftsordnung" auf dem Weg über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats anstrebte. Diese Zielsetzung sei g r u n d s ä t z l i c h „verfassungswidrig"; und zwar auch dann, wenn sie nur als Fernziel und durch eine demokratische Willensbildung des Volkes angestrebt wird. Damit ist klar, daß die gesamte Programmatik des Marxismus-Leninismus durch dieses Urteil unter Strafe gestellt ist.

Damit aber noch nicht genug! Das Bundesverfassungsgericht erklärte in der Begründung des KPD-Verbots weiter, daß ein „konkretes Unternehmen", also irgendeine praktische Handlung, für ein Verbot gar nicht erforderlich sei. Es braucht also nicht bewiesen zu werden, daß die betroffene Partei oder Organisation etwa in ihrer Agitation und Propaganda das Ziel der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats w i r k l i c h vertreten hat. Für ausreichend hielt das Bundesverfassungsgericht, *„wenn der politische Kurs der Partei durch eine A b s i c h t bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd tendenziell (?) auf die Bekämpfung der freien und demokratischen Grundordnung gerichtet ist ... Eine Dokumentation (= Beweisführung durch Tatsachen) der Zielsetzung in dem Sinne, daß alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müßten, verlangt Artikel 21 des Grundgesetzes nicht ... Im Einzelnen mag es schwierig (!) sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden ..."*

Das ist ziemlich geschraubt und umständlich ausgedrückt. Es bedeutet ins Deutsche übersetzt: da den Kommunisten nicht zu trauen ist, haben sie neben den o f f e n e n auch immer noch „v e r b o r g e n e" Ziele, die man ihnen natürlich nicht beweisen kann (weil sie ja „verborgen" sind) und deshalb auch nicht zu beweisen braucht. Ist einer Kommunist, so wird für bewiesen betrachtet, daß er eben auch „verfassungswidrige", „verborgene" Ziele hat. Das ist bürgerlicher „Rechtsstaat"!

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergibt sich, daß eine „Verfassungswidrigkeit" schon dann für gegeben und bewiesen anzusehen ist, wenn ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus bzw. wissenschaftlichen Sozialismus in allgemeinster Form vorliegt. Es wird nämlich ohne Beweisführung v o r a u s g e s e t z t, daß sich aus dem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus bestimmte Ziele automatisch ergeben (proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats) – auch dann, wenn diese Ziele überhaupt nicht Gegenstand von Agitation und Propaganda sind; sogar dann, wenn sich die betroffene Partei oder Organisation teilweise oder völlig von diesen Zielen distanziert und sich für „auf dem Boden des Grundgesetzes stehend" erklärt (wie es die DKP tut). Das Bundesverfassungsgericht ging in seiner Begründung davon aus, daß dies in jedem Fall nur „Tarnung" und „Taktik" sei.

Diese „Rechtsauffassung" läßt dem Staat einen bemerkenswert weiten Spielraum. Sie beinhaltet nämlich, daß für das Verbot der kommunistischen Organisationen und Gruppen keinerlei Beweisführung erforderlich ist, sofern das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus in allgemeiner Form vorliegt; der Marxismus-Leninismus ist also in Wahrheit Gegenstand des Verbots, soweit er als Anleitung zum Handeln begriffen wird.

Das macht klar, welche Waffe sich der Staat erhalten hat, indem er zwar die kommunistischen Organisationen und Gruppen vorerst munter ins Kraut schießen ließ, ohne aber das KPD-Verbot aufzuheben.

Damit aber nicht genug, hat sich der Staat ein weiteres Instrument geschaffen; das ist die Zusatzbestimmung über das Verbot sogenannter „Ersatzorganisationen" der KPD. Was aber ist nun nach Interpretation des bürgerlichen Rechts so eine „Ersatzorganisation"? In einem Musterprozeß stellte der Bundesgerichtshof dazu fest:

„Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der anstelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele, ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt, weiter verfolgt oder verfolgen will."

Ausreichend für ein Verbot als „Ersatzorganisation" ist also der bloße W i l l e oder Vorsatz (der natürlich wiederum nicht zu beweisen ist, und deshalb auch gar nicht erst bewiesen zu werden braucht!). Überhaupt ist es charakteristisch, für den ganzen Zusammenhang des KPD-Verbots, daß die „Rechtssicherheit" sogar im bürgerlichen Sinn äußerst gering ist: „Absichten", „Wille" und „Vorsätze" – also überhaupt nicht Beweisbares – spielen die Hauptrolle.

Das Verbot von „Ersatzorganisationen der KPD" bedroht letzten Endes j e d e demokratische Organisation, die sich irgendwelche fortschrittlichen Ziele stellt, die auch von Kommunisten vertreten werden.

Es ist klar, daß auf der bisherigen „rechtlichen" Grundlage ein Verbot sämtlicher kommunistischer Gruppen jederzeit ohne weiteres möglich wäre; für die Bourgeoisie geht es lediglich darum, die Maßnahmen allseitig vorzubereiten und den richtigen Zeitpunkt zu bestimmen. Nur über diesen taktischen Gesichtspunkt – und nicht über die grundsätzliche Durchführung eines neuen Kommunistenverbots – bestehen zwischen SPD und CDU/CSU Differenzen.

Es ist notwendig, die Erfahrungen des KPD-Verbots eingehend zu studieren, um die aktuelle relative Legalität kommunistischer Arbeit im rechten Licht zu sehen. Es ist eine Legalität auf Zeit, deren Ende sich bereits abzeichnet.

Die Legalität kommunistischer Arbeit wird seit etwa zwei Jahren durch massive Verbotsdrohungen offen in Frage gestellt. Für einen bestimmten Personenkreis, besonders Lehrer und andere Beschäftigte des Bundes und der Länder, ist das Recht zur kommunistischen Arbeit schon sehr weitgehend aufgehoben worden; ebenso verschärft sich die Jagd auf kommunistische Arbeiter in den Betrieben. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit einem allgemeinen Angriff der Kapitalistenklasse auf die wirtschaftliche Lage und die politischen Rechte der Arbeiterklasse.

Die offen ausgesprochenen Verbotsdrohungen haben immerhin auch den Vorteil, daß sie den beschränkten Charakter der bürgerlichen Legalität klarer ins Bewußtsein der Kommunisten rücken.

Die aktuellen Verbotsdrohungen und -vorbereitungen v e r d e u t l i c h e n aber nur einen Zustand, der recht gesehen schon seit der Lockerung des KPD-Verbots 1967/68 herrscht: die Kommunisten dürfen legal arbeiten, weil die Kapitalisten und ihr Staat es zeitweise für nützlich halten, und auch nur solange, wie sie es für nützlich halten. Die Kapitalisten haben die Kommunisten eine Zeit lang „an der langen Leine" laufen lassen und ziehen diese Leine nun zusehends straffer an.

Schon im Jahresbericht 1968 der „Ämter für Verfassungsschutz" heißt es, daß die DKP – damals gerade gegründet – durch die verbotene KPD „gesteuert" werde und mit der KPD „identisch" sei:

„Die DKP hat die Parteiarbeit der KPD weitgehend übernommen. Ihre Erklärungen zeigen, daß ihre ideologische und politische Grundhaltung mit derjenigen der KPD identisch sind. Ihr Bekenntnis zum Grundgesetz ist lediglich taktisch bedingt."

Eine solche Behauptung durch den „Verfassungsschutz" hätte bereits ausgereicht, um mit großer Aussicht auf Erfolg Verbotsantrag gegen die DKP als angebliche „Nachfolgeorganisation der KPD" zu stellen. Daß das aber nicht geschah, war in der Tat „taktisch bedingt."

Im November 1967 erklärte Willy Brandt – damals Außenminister der Regierung Kiesinger – die Gründung einer legalen „KP" würde seiner Meinung nach „günstige Wirkung nach innen und außen haben." Am 27. November 1967 wurde dies unterstützt durch eine regierungsamtliche Mitteilung, wonach Bundeskanzler Kiesinger, Außenminister Brandt, Innenminister Lücke und die Konferenz der Bundesinnenminister die Möglichkeit zur Gründung und „freien" Betätigung einer „KP" erklärten, „wenn sie (die KP) die verfassungswidrigen Ziele aufgibt, die zu ihrem Verbot führten."

Das war schon deshalb eine F a l l e, weil dem KPD-Urteil zufolge einer Kommunistischen Partei i m m e r solche „verfassungswidrigen" Ziele unterstellt werden können; selbst dann, wenn sie sich offen davon distanziert. Der Staatsapparat wird immer behaupten, daß diese Distanzierung nur „Taktik" sei (vgl. Bericht der Ämter für Verfassungsschutz 1968) und daß die „verfassungswidrigen Ziele" dann eben als „verborgene" (d.h. nicht beweisbare) weiterhin bestehen.

Die Existenz einer legalen DKP gehörte sozusagen zur „Neuen Ostpolitik", und es ist daher durchaus logisch, daß jetzt, da Ostverträge und Friedensnobelpreis für Brandt unter Dach und Fach sind – auch das innenpolitische Alibi DKP immer stärker unter Beschuß gerät.

Weiterhin versprach sich die Kapitalistenklasse von der DKP eine positive Wirkung und Unterstützung im Kampf gegen die APO und gegen die sich entwickelnden kommunistischen Zirkel.

Zu den taktischen Überlegungen der Kapitalistenklasse bei Zulassung der DKP gehörte schließlich auch, daß eine legale Partei viel leichter und weiter nach rechts zu drängen sein würde als die verbotene KPD.

Gleichzeitig gab der Staatsapparat auch grünes Licht für Gründung der „KPD/ML" Ende 1968. Über diese heißt es im Jahresbericht 1968 der Ämter für Verfassungsschutz in realistischer Kürze:

„Die neue 'Partei' hat nur wenige Anhänger. Sie hat keine Aussicht, eine politische Rolle zu spielen."

Die Bourgeoisie erkannte richtig, daß die vorläufige Gewährung totaler N a r r e n f r e i h e i t der sicherste Weg war, um die „ML"-Bewegung ins „links"sektiererische Phrasen-Dreschen und in politische Bedeutungslosigkeit zu treiben. Immerhin brauchte die kommunistische Bewegung fast drei Jahre, um diese infantile Phase zu überwinden. Damit rückt indessen auch die Gefahr eines Verbots immer näher.

Unter den taktischen Gründen der Kapitalistenklasse und ihres Staates für die vorübergehende Lockerung des KPD-Verbots dürfte auch folgende Überlegung eine Rolle gespielt haben: die verbotene KPD hatte der „Verfassungsschutz" verhältnismäßig gut im Griff, so daß der Staatsapparat in großen Zügen über deren Mitgliedsstand, Aktivitäten, Funktion einzelner Genossen u.ä. Bescheid wußte. Der KPD gelang in der Illegalität auch keine nennenswerte Ausdehnung ihrer Reihen; der Staatsapparat hatte es also über Jahre hinaus im wesentlichen immer mit denselben Genossen zu tun, die gut bekannt und verhältnismäßig leicht zu überwachen waren.

Die linke Bewegung entwickelte sich jedoch 1967/68 vor allem nach dem 2. Juni 1967 so breit, daß sie sich der Kontrolle des Staatsapparats zunächst weitgehend entzog. Diese Bewegung ließen die Kapitalisten erst einmal in die F a l l e eines trügerischen Legalismus hineinlaufen.

In dieser Phase wurde dem Aufbau kommunistischer Gruppen und Organisationen vom Staat kaum Widerstand entgegengesetzt. Umso in-

tensiver überwachte der „Verfassungsschutz" den Aufbau dieser Organisationen, der sich mit großer Unbekümmertheit und Offenheit vollzog.

Diese Taktik ähnelt der, die schon von der zaristischen Polizei gegenüber der russischen Arbeiterbewegung angewandt wurde: die Polizei selbst gründete nämlich damals legale und sehr offene „Arbeiterorganisationen", um so die aktivsten und klassenbewußtesten Arbeiter herauszulocken, aufzuspüren und später zu verhaften.

Diese Taktik der Bourgeoisie hat jetzt tatsächlich die erwünschte Mißachtung und Vernachlässigung elementarer kommunistischer Organisations-Prinzipien bei den Linken zur Folge gehabt. Sie begünstigte auch das massenhafte Eindringen „links"sektiererischer Hobby-„Kommunisten" aus dem Kleinbürgertum in die kommunistische Bewegung; unter den Bedingungen der Illegalität hätten sich diese Leute wohl gehütet, mit dem Anspruch kommunistischer Politik aufzutreten.

Was heißt Illegalität?

Weitgehend bestehen Unklarheit und allzu optimistische Vorstellungen darüber, was ein Verbot unter den aktuellen Bedingungen für die Arbeit der Kommunisten bedeuten würde.

Wenn wir im Folgenden eine Einschätzung der zu erwartenden Bedingungen geben, so deshalb, weil nach unserer Meinung nicht Hoffnungslosigkeit und Entmutigung, sondern größere Entschlossenheit und Klarheit aus einer solchen Einschätzung hervorgehen müssen.

Falsch wäre es, wenn man sich z.B. am Verbot des Heidelberger SDS 1970 orientieren würde. Das war noch nicht mehr als ein Test der Bourgeoisie um zu prüfen, wie weit sich schon gehen ließe. Die Genossen haben schließlich trotz „Verbot" ihre Arbeit fast kontinuierlich fortsetzen können; das „Verbot" hat den Klärungsprozeß im damaligen SDS sogar ein kleines Stück vorangetrieben und damit sogar eine positive Wirkung gehabt.

Es wäre illusorisch anzunehmen, daß ein Kommunisten-Verbot heute noch auf derselben Stufe stehen bleiben würde. Der Staat wird diesmal Wert darauf legen, das Verbot auch d u r c h z u s e t z e n.

Das KPD-Verbot von 1956 hatte Haft-Befehle gegen die Führer der Partei, zahlreiche Haussuchungen, Beschlagnahme des erreichbaren Partei-Vermögens zur Folge. Das Verbot gegen GUPA und GUPS vor einigen Wochen ging schon in dieser Weise vor sich. Es ist nicht auszuschließen, daß in ähnlicher Weise auch gegen kommunistische Organisationen der BRD vorgegangen würde, und zwar möglicherweise ebenso überraschend, von einem Tag auf den anderen.

Die Bourgeoisie hat gegenüber der APO eine differenzierte Taktik angewandt, die als Isolierung des „harten Kern" von den „Mitläufern" bezeichnet wurde. Es wurde von der kleinbürgerlichen Klassenherkunft der Mehrheit der APO ausgegangen; diesen sollte eine Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft nicht versperrt werden. Die differenzierte Taktik hatte die Integration großer Teile der APO (vor allem durch die SPD) ebenso zur Folge wie auf der anderen Seite die abenteuerliche „Radikalisierung" kleiner Teile der Bewegung zu Sektierern oder Terroristen.

Wie ging die französische Bourgeoisie nach dem Mai 1968 vor? Sie verbot innerhalb von zwei Tagen mehr als ein dutzend linker Gruppen und Organisationen aller Richtungen (Marxisten-Leninisten, Trotzkisten, Anarchisten). Die Gründung n e u e r kommunistischer Organisationen (vor allem der „Gauche Proletarienne") wurde vorerst hingenommen. Ebenso konnte die verbotene PCFML anstelle ihrer verbotenen Zeitung nun eine neue unter ganz ähnlichem Titel (ohne Organisationsangabe) vertreiben. Indem die Bourgeoisie aber die Verteiler der Zeitung ständig überwachte, immer wieder Ausweiskontrollen bei diesen durchführte etc. behielt sie die weitere Entwicklung im Auge. Das ähnelt der Taktik, die von der zaristischen Polizei als „Übriglassen zur Aufzucht" bezeichnet wurde: von der verbotenen und zerschlagenen Gruppe läßt man einige Genossen über, die der Polizei bekannt und gut zu kontrollieren sind; diese läßt man nun wieder Kontakte anknüpfen und eine neue Gruppe (unter polizeilicher Aufsicht) aufbauen, um diese dann wiederum zu zerschlagen und so immer größere Teile der revolutionären Bewegung in den Griff zu kriegen.

Die Bourgeoisie wird versuchen, das Verbot der kommunistischen Organisationen in einer Weise durchzuführen, die nicht den revolutionären Zusammenschluß sondern das weitere Auseinanderfallen der Bewegung begünstigt. Die Rechnung ist, daß der größte Teil der Bewegung bei ersten Illegalisierungsmaßnahmen und damit verbundenen Unannehmlichkeiten aufgeben wird; aus dem Material über das KPD-Verbot von 1956 geht z.B. hervor, daß nur etwa 10 % der Mitglieder nach dem Verbot noch Partei-Arbeit machten.

Der Bourgeoisie käme es gelegen, wenn sie gegen den nach den ersten Illegalisierungs-Maßnahmen verbleibenden „harten Kern" eine Hetzjagd und Stimmungsmache nach dem inzwischen erprobten Muster „Baader-Meinhof" durchführen lassen könnte. Ein paar hysterische Super-„Linke", deren Verrücktheit hinreichend bekannt ist und die der Staatsapparat durch ein Verbot in den Amok-Lauf hineintreiben möchte, könnten einen zusätzlichen äußeren Vorwand für eine solche Hetzjagd abgeben. Die Kapitalisten können sich b e d a n k e n bei solchen Leuten wie dem Herausgeber des „Roten Morgen", der doch tatsächlich in der Pose eines Hilfs-Tarzan prahlt: „Wenn sie (die Kapitalisten) Putz haben wollen, bitte sehr" (RM, 11. September). Denn das heißt doch: wenn die Kapitalisten eine Provokation brauchen, „bitte sehr", die Super-„Linken" liefern sie ihnen frei Haus. So wie in München, wohin die „KPD/ML"s während der Olympiade ihre letzten paar hundert Genossen zusammenkutschierten, um sie dem Staatsapparat in einer aussichtslosen Straßenschlacht mit der Polizei auf dem Silbertablett zu servieren.

Das unterstreicht die Notwendigkeit, daß die Kommunisten auf jeden Fall k ü h l e n K o p f bewahren und sich nicht zu selbstmörderischen Abenteuern hinreißen lassen.

Wir meinen, daß die meisten kommunistischen Organisationen und Gruppen schon durch die ersten Illegalisierungsmaßnahmen vor Aufgaben gestellt würden, die sie nach ihrem augenblicklichen politisch-theoretischen und organisatorischen Stand kaum meistern könnten. Die Durchsetzung einer richtigen Einschätzung der kommenden Entwicklung (und zwar nicht nur exklusiv in den Köpfen einiger Führer der Bewegung, sondern bei den breiten Massen der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Arbeitern) ist die erste und notwendige Voraussetzung, um den augenblicklichen völlig mangelhaften Stand der kommunistischen Bewegung zu überwinden.



1971: Demonstration des Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums - SALZ- (jetzt im Kommunistischen Bund - KB -) für Aufhebung des KPD - Verbots

Gegen Rechte und „Linke" Leichtfertigkeit gegenüber den Verbotsvorbereitungen

Es kennzeichnet allgemein das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, daß der systematisch und planmäßig vorgehenden Bourgeoisie der BRD nicht die einheitliche und bewußt handelnde Arbeiterklasse gegenübersteht. Dies gilt auch für die Verbotsvorbereitungen gegen die kommunistischen Organisationen.

Was sich heute in der kommunistischen Bewegung gegenüber den Verbotsvorbereitungen zeigt, ist eine weit verbreitete Tendenz, mit der Gefahr der Illegalisierung zu flirten, sich in eine Helden-Pose hineinzusteigern und andererseits diese Gefahr zu vernachlässigen und herunterzuschweigen.

Im Mittelpunkt der Verbotsdrohungen stand lange Zeit die DKP. So wiederholte der Bericht des Bundesinnenministeriums vom Mai 1971 die Behauptung über eine angebliche „Identität" von DKP und KPD. Weiter hieß es in diesem Bericht, ein Verbot der DKP sei noch nicht (!) notwendig, denn „solange die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse stabil bleiben", sei „die von der DKP und ihren Hilfsorganisationen ausgehende Sicherheitsgefährdung gering"; jedoch sei die DKP mit ihren 30 000 Mitgliedern „eine potentielle Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik".

Die Kapitalisten wissen natürlich, daß die DKP keine revolutionäre Partei ist. Dennoch wurde zumindest in der Vergangenheit die DKP von der Bourgeoisie für die gefährlichste Organisation innerhalb der Linken gehalten. Dies deshalb, weil sie über die bei weitem meisten finanziellen Mittel und einen festen Stamm von Kadern verfügt, weil sie als e i n z i g e Organisation der Linken eine nennenswerte Zahl von Arbeitern in ihren Reihen hatte.

Die DKP b e n u t z t e die besonders von der CDU/CSU vorgetragenen Verbotsdrohungen, um ihr „Image" als einzige konsequente Vertreterin der Arbeiterinteressen zu pflegen und die eigenen Reihen gegenüber den „Maoisten" zusammenzuhalten. Immer wieder wurden die Dinge so dargestellt, als stünde überhaupt n u r die DKP unter Verbotsdrohung – nicht aber auch die anderen Gruppen und Organisationen der Linken.

Das Verhalten der DKP-Führer beweist jedoch, daß sie die Verbotsdrohungen nicht sehr ernst nehmen und selbst anscheinend nicht mit einem Verbot ihrer Partei rechnen. Ihrer revisionistischen Theorie von den „zwei Fraktionen des Kapitals" zufolge liegt gegenwärtig die bürgerliche Politik bei einer „gemäßigten Fraktion" der Bourgeoisie, von der ein Verbot der DKP offenbar nicht zu befürchten ist. Dabei wird übersehen, daß diese „gemäßigte Fraktion" es ist, die den Ausbau des „Bundesgrenzschutz" zur Bürgerkriegsarmee vorantreibt, kommunistische Lehrer mit Berufsverbot bedroht, die Baader-Meinhof-Hysterie inszeniert hat usw. usf.

In seinem Rechenschaftsbericht vorm DKP-Parteitag Ende 1971 widmete Parteivorsitzender Bachmann den Verbotsdrohungen nur wenige Sätze und erwähnte gar die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots nur mit einem einzigen Satz. Das ist gewiß nicht das Verhalten einer Partei, die ernsthaft mit einer Neu-Auflage des Verbots von 1956 rechnet.

Mittlerweile hält die DKP es auch wohl nicht mehr für günstig, mit den Verbotsdrohungen herumzuprahlen. Könnte es doch der Sucht der Revisionisten nach kleinbürgerlicher Respektabilität und Wohlanständigkeit schaden, wenn die DKP allzu sehr als eine Partei erscheint, die sich ständig am Rande der Illegalisierung bewegen muß.

Lieber hängt sich die DKP-Führung an die „Sicherheits"-Parolen der bürgerlichen Parteien an; so wird sie z.B. in den Wahlkampf gehen mit der Parole „Frieden nach außen, Sicherheit nach innen". Gegenüber den Verbotsdrohungen gegen kommunistische Zirkel – so in letzter Zeit gegen den KB Bremen – verhält sich die DKP durchaus zustimmend. Meint sie doch, daß CDU/CSU und die kommunistischen Gruppen „nur zwei Seiten einer Medaille" seien. Im übrigen seien Gruppen wie der KBB ja „selbst schuld", weil sie nicht – wie die DKP – anläßlich der Münchner Ereignisse gegen „den Terror an sich" Stellung genommen haben.

Gegenüber den Verbotsvorbereitungen wiederholt die DKP die Fehler, die die SPD vor 1933 machte, indem sie die Aktionseinheit mit den kommunistischen Gruppen und Organisationen grundsätzlich ablehnt („These 41") und sogar teilweise das Verbot dieser Gruppen und Organisationen m i t b e t r e i b t (z.B. durch die Zustimmung von DKP-Funktionären zu entsprechenden Resolutionen der Gewerkschaftsführer; wie u.a. in Nordrheinwestfalen, wo einige Gruppen in der IG Metall das Verbot „maoistischer und trotzkistischer" Organisationen gefordert haben). Die DKP-Führer scheinen zu glauben, sie könnten sich durch eine Politik der Anpassung an die „gemäßigte" Bourgeoisie und durch wilde antikommunistische Attacken gegen die Linken bei den Herrschenden so sehr anbiedern, daß sie von einem kommenden Verbot nicht betroffen werden würden.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen: wenn die Revisionisten ihre Schuldigkeit getan haben, werden sie einen kräftigen Tritt in den Hintern von der Bourgeoisie erhalten. Genauso, wie es 1933 der SPD erging.

Das Gegenstück zum Verhalten der DKP ist ein hysterisches Maulheldentum auf Seiten der Super-„Linken". Am deutlichsten ist das Auseinanderklaffen von Wahrheit und Dichtung bei der Gruppe „Roter Morgen" („KPD/ML"). In ihrer Zeitung prahlen diese Leute:

„Die KPD/ML ist schon heute nicht mehr zu verbieten! Der Zeitpunkt wurde verpaßt. Auch unter illegalen Bedingungen werden wir unseren Kampf bis zum siegreichen Ende führen! ..." („Roter Morgen", März 1971)

Ganz anders lautet es in einem internen „Rechenschaftsbericht", den das „ZK" der Gruppe zu ihrem „Parteitag" im Herbst 1971 gab:

„Eine der schwerwiegenden Abweichungen, die die Partei bisher gegangen hat, ist die unzureichende Einhaltung der Konspiration und das absolute Nichtvorbereiten (!) auf die Illegalität. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Abweichung objektiv der Kapitalistenklasse die Möglichkeit zu unserer Zerschlagung als KP bietet, und daß die bisherige Vernachlässigung dieses Problems zeigt, daß wir – auch wenn wir ständig das Gegenteil sagen – uns Illusionen über den Charakter des imperialistischen Staates

Forts. nächste Seite

gemacht haben, daß wir insgeheim mit einem relativ friedlichen Charakter rechnen . . ."

Trotz dieser erstaunlich klaren Einschätzung wird im „Roten Morgen" weiterhin das Blaue vom Himmel geflunkert: 1972 sei schließlich nicht 1933, heute würden die Arbeiter den Faschisten einen Strich durch die Rechnung machen usw. usf. Noch im Oktober phantasierte der „Rote Morgen", Tausende (!) von Arbeitern (!) wären zu Demonstrationen gegen ein eventuelles Verbot der „KPD/ML" bereit. (RM, 23. Okt. 1972)

Die Gruppe „Roter Morgen" ist indessen nur der offensichtlichste und schwachsinnigste Ausdruck einer weit verbreiteten Tendenz zu super-„linker" Selbstüberschätzung und Kraftmeierei. So etwa, wenn die „Sozialistische Studentengruppe" SSG (eine Hamburger Filiale des Zirkelblocks Bremen-Heidelberg) in einem Flugblatt Mitte Oktober prahlte, die Polizei habe es während der Dortmunder Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze „angesichts der festen Einheit zwischen den Gruppen nicht gewagt", stark aufzutreten. Als ob es nicht eine Taktik der Polizei wäre, unter Umständen eine Demonstration „an der langen Leine laufen zu lassen" (das ist der von der Polizei-Führung selbst gebrauchte Ausdruck). So werden falsche Vorstellungen vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis geweckt, um die Mitglieder derartiger Gruppierungen in einem Zustand der Euphorie und unpolitischer Aktionsgeilheit zu halten. Die Folge kann aber nur ein gräßlicher Katzenjammer sein, wenn diese Illusionen der Wirklichkeit nicht standhalten.

Es zeichnet ein falsches Bild der Wirklichkeit, wenn ständig vom „Aufschwung der Arbeiterbewegung" geschwärmt wird, von „Hauptendenz in der Welt ist Revolution", vom „Wachsen und Erstarken" der kommunistischen Organisationen, von „zunehmender Verbindung mit den Massen" usw. usf. Was vielen Genossen fehlt, ist die Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und gegenüber dem Proletariat.

Wir sagen, daß gegenwärtig die Reaktion an allen Fronten auf dem Vormarsch ist. In den wirtschaftlichen Kämpfen zeigt sich eine Ermattung der Arbeiterbewegung, eine fast reibungslose Durchsetzung der staatlichen „Lohnleitlinien" und der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik.

Die Kapitalisten setzen ihre Notstandsgesetze durch, den Ausbau der Polizei und des „Bundesgrenzschutz", die völlige politische Entrechtung unserer ausländischen Kollegen, den Hinauswurf klassenbewußter Arbeiter aus den Betrieben, das Berufsverbot gegen sozialistische Lehrer – ohne auf einen Widerstand zu stoßen, der den Massenbewegungen der 50er Jahre gegen die Wiederaufrüstung oder gegen das Betriebsverfassungsgesetz auch nur annähernd vergleichbar wäre.



18. August 1956: Das Haus des Parteivorstandes der KPD in Düsseldorf wird durch Polizei besetzt

Die von einigen kommunistischen Zirkeln und „Parteien" aus der gesamten BRD nach Dortmund zusammengetrommelten 15 000 Menschen können fehlende M a s s e n a k t i o n e n d e r A r b e i t e r bei aller Phantasie nicht ersetzen. Es wäre illusorisch anzunehmen, daß ein Kommunisten – Verbot heute schon ernsthafte Reaktionen der Massen hervorrufen würde. Wir haben erlebt, daß eine Demonstration gegen den CDU–Antrag auf Verbot des KB Bremen nur etwa 3000 Menschen auf die Straße lockte – davon sicher ein Drittel aus anderen Städten. Eine Demonstration in Hamburg aus gleichem Anlaß, die von einigen super – „linken" Gruppen durchgeführt wurde, wurde gar nur von einigen hundert Menschen unterstützt; also kaum das Potential der „Organisierten".

Es besteht freilich die Gefahr, daß aus einer richtigen Einschätzung der S c h w ä c h e der kommunistischen Bewegung nur Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit erwächst, „weil es ja doch keinen Zweck mehr hat". Dieser Gefahr unterliegen auch jene, die sich heute einem falschen Optimismus hingeben, der der Wirklichkeit zwangsläufig nicht standhalten wird; die Reaktion wird im weiterem Verlauf Enttäuschung und Apathie sein. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß eine solche Enttäuschung von anfangs Super–„Linken" sogar in Haß gegen die „versagende" Arbeiterklasse umschlagen kann, daß dann die Faschisten aus dem Lager der enttäuschten super–„linken" Kleinbürger Zulauf erhalten könnten.

Kommunisten stellen die Wirklichkeit nicht dar, um sich dann gottergeben und achselzuckend in das „Unvermeidliche" zu fügen, sondern um die Wirklichkeit zu v e r ä n d e r n. So muß aus der Einsicht in das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine noch grössere Entschlossenheit und Festigkeit im revolutionären Kampf folgen. ■

Arbeiterkampf
Herausgeber - Druck - Verlag
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse
presserechtlich verantwortl.:
Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 19 500
Erscheinungsweise: monatlich
Verkaufspreis: 50 Pfg.
Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54
EUTIN: H. Lankan, 242 Eutin-Großmeinsdorf
FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583
FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr
HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 Hamburg 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9.00 – 18.30 Uhr
OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 108 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

Zur Kritik am Palästina-Artikel im 'Arbeiterkampf' Nr. 22

Im Palästina-Artikel des letzten „Arbeiterkampf" wurde abschließend der Versuch unternommen, einige Anhaltspunkte für eine Einschätzung der Münchner Ereignisse (Entführung israelischer Sportler, um die Freilassung politischer Gefangener in Israel zu erzwingen) zu geben. Wir drucken im Folgenden drei Kritiken ab, die zu diesem Artikel bei der Redaktion eingingen, und kommentieren sie.

Kritik eines Genossen aus dem KB/Druckbereich

Zum Artikel „Olympischer Friede und palästinensischer Krieg."

Der Artikel stellt die Lage des palästinensischen Volkes und die Notwendigkeit des Befreiungskampfes sehr gut dar.

Auch die moralische nicht vom Klassenstandpunkt ausgehende „Antwort" der DKP auf die Ereignisse in München und die schulmeisterlichen Züge im Artikel des KBB wurden zurecht kritisiert.

Doch bei der konkreten Einschätzung der Aktion der Gruppe „Schwarzer September" sind einige Gesichtspunkte nicht, oder nur unvollkommen berücksichtigt worden.

Im Artikel führt das zur Schlußfolgerung, daß man noch nicht in der Lage sei zu beurteilen, ob solche Aktionen politisch sinnvoll und gerechtfertigt sind.

(Überhaupt ist es fraglich bei einem Thema dieser Bedeutung die vom Kollegen erwartete Klärung offenzulassen. Das soll nicht heißen, daß man um der Klarheit willen irgendeine Antwort hinzaubert. Es bedeutet nur schnell, gewissenhaft und umfassend alle Gesichtspunkte zu beleuchten).

Im Artikel wird geschrieben, daß Aktionen von der Art der Münchener dem palästinensischen Volk neue Hoffnung und Siegeszuversicht geben.

Das ist zu bezweifeln, wenn die arabischen und palästinensischen Massen an einem Tag über die Aktion in München erfreut sind, am anderen Tag aber hilflos zusehen müssen wie die Zionisten in Vergeltungsaktionen ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen.

Neue Hoffnung, Siegeszuversicht und Solidarität können hier leicht in Resignation und Verzweiflung umschlagen.

Gerade diese Aktion hat der ganzen Welt und nicht zuletzt dem palästinensischem Volk selber seine derzeitige politische Ohnmacht im eigenen Land gezeigt.

Es wäre auch nachzuprüfen, wie sich die anderen Organisationen des palästinensischen Widerstandes zu solchen und ähnlichen Aktionen verhalten. Ob es sich bei der Gruppe „Schwarzer September" nicht wirklich um eine von den Volksmassen losgelöste Organisation handelt, die sich auf im Ausland tätige Araber stützt? Ob nicht andere Organisationen (z.B. Al Fatah u. a.) trotz der schwierigen Bedingungen den Kampf im eigenen Land fortführen? (Worauf die in der Presse kürzlich erwähnte Tätigkeit kleiner Kommandos schließen läßt.) Insgesamt läßt sich sagen, daß die positive Wirkung der Münchener Aktion auf die Haltung des palästinensischen Volkes bestritten werden kann.

Die Befreiung Palästinas vom Zionismus ist auch und nicht zuletzt Sache der Israelischen Arbeiterklasse.

Trotz immer schärfer werdender Klassengegensätze ist es der Bourgeoisie noch möglich, die Arbeiterklasse durch die zionistische Ideologie an sich zu binden. („Wir sind GLEICHE Brüder einer Rasse und Nation, berufen zum heiligen Land der Väter zurückzukehren"). Solche Aktionen geben dem Zionismus neuen Auftrieb und erschweren die Arbeit der sozialistischen Partei ungeheuer.

Berücksichtigt man noch die internationalen Folgen der Münchner Aktion, die gewaltige Diskreditierung der palästinensischen Befreiungsbewegung in der ganzen westlichen Welt, kann man meiner Meinung nach nur zu dem Schluß kommen: Die Münchner Aktion hatte keine nennenswerte positive Wirkung; nicht in Palästina und nicht im Ausland.

Mit kommunistischem Gruß

(Druckbereich)

Kritik eines Genossen aus dem KB/Metallbereich

Ich bin mit der Stoßrichtung des AK-Artikels „Olympischer Frieden und palästinensischer Krieg" nicht einverstanden.

Beim Durchlesen erwartete ich zunächst einmal eine eindeutige Distanzierung vom Münchner Anschlag, auf die ich vergeblich wartete. Dann am Schluß kommt die mit Spannung erwartete Einschätzung.

Ich halte den vom KBB zitierten Standpunkt für richtig, auch wenn er sehr allgemein gehalten ist. Ich bin auch der Meinung, daß ein Vergleich mit der B.-M.-Gruppe zulässig ist, daß nämlich der Münchner Anschlag eine weitere Verschärfung im internationalen Maßstab bedeutet. Z.B. rief Strauß dazu auf, jetzt endlich aufzuwachen. Das aber müßte – so Strauß – bedeuten, daß sich die kapitalistischen Länder solidarisch gegen diese Kräfte zusammenfinden müßten. Was sie dann ja auch in der UNO taten, soweit ich informiert bin.

Daß solche Aktionen von den arabischen Massen als Unterstützung gefeiert werden, ist mir unvorstellbar. Insofern bedeutet der Anschlag für mich tatsächlich individueller Terror. Als solcher ist er zu verurteilen. Selbst wenn das der Fall sein sollte: Muß man sich mit der Frage so schwer tun, ob es dem Internationalismus dient, wenn durch diesen Anschlag in der BRD nationalistische Stimmungen geschürt werden, die die deutsche Bourgeoisie ihrerseits für sich ausnutzt?

Kritik des Initiativkomitees/Kommunistischer Hochschulbund Göttingen

Unter der Überschrift „Wie ist die Münchner Aktion einzuschätzen?" (Arb. K. S. 3) setzt sich der Arbeiterkampf u.a. mit der Einschätzung des KB Bremen zu den Münchner Ereignissen auseinander. Der KB Bremen hatte den Münchner Anschlag als schädlich für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes erklärt und die politischen Aufgaben der palästinensischen Revolutionäre wie folgt beschrieben: „Aufgabe der palästinensischen Revolutionäre ist es, die arabischen Volksmassen aufzuklären, sie zu organisieren und zu bewaffnen, um ihnen den Weg zu ihrer Befreiung zu öffnen. ... Außerhalb jeder ernsthaften politischen Massenaktion verübte Anschläge von Terroristen auf nicht unmittelbar verantwortliche Personen sind nichts anderes als Mord ...." (zit. n. Arb. K. S. 3) Von gleichen Einschätzungen gehen wir in unserer Rote Tribüne-Sondernummer 2 (i.f. RTS"2) „Solidarität mit dem gerechten Kampf des Palästinensischen Volkes! – Wider den kleinbürgerlichen Putschismus" aus. Wir führen darin aus, daß „die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Müchner Vorfälle einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und dem kleinbürgerlichen Anarchismus notwendiger denn je macht." Um diesen Trennungsstrich klar und unmißverständlich zu ziehen, ist es besonders notwendig, sich mit falschen Beurteilungen solcher Ereignisse wie in Müchen innerhalb der Kommunistischen Bewegung in Westdeutschland, wie sie jetzt vom Arbeiterkampf vertreten werden, auseinanderzusetzen.

Wir haben die Gruppe „Schwarzer September" und ihre Aktionen als kleinbürgerlich anarchistisch bezeichnet, der Arbeiterkampf dagegen hält sie für „revolutionär".

Sehen wir, wie der Arbeiterkampf dies begründet.

Zunächst, indem er so tut, als könne man als westdeutscher Kommunist diese Aktion gar nicht hinreichend beurteilen.

„Wir halten es für schwierig und auch für unrichtig, aus der Sicht der westdeutschen Kommunistin zu beurteilen, ob eine bestimmte Handlung von Palästinensern nützlich für deren Kampf ist oder ob sie schädlich ist."

Dies ist offensichtlich falsch! Nicht nur, weil der Arbeiterkampf selbst eine solche Beurteilung abgibt, wenn er diese Gruppe als „revolutionär" bezeichnet, sondern vor allem, weil der Arbeiterkampf das kommunistische Prinzip der Untersuchung der internationalen Klassenkämpfe und der Erarbeitung eines festen Standpunktes in allen Fragen des internationalen Klassenkampfes aufgibt. Der Kommunismus ist weder westdeutsch, noch arabisch, palästinensisch oder sonstwie national gebunden. Der Kommunismus ist international; „die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen protalischen Parteien nur dadurch, daß ... sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen." (Marx-Engels, Manifest) Diese Erkenntnis von Marx und Engels ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sie sich entschieden gegen jede nationale Borniertheit wendet, sondern auch, weil sie das Wesentliche jeder marxistischen Analyse unter den Bedingungen des Kapitalismus formuliert, nicht auszugehen von irgendwelchen beliebigen Kämpfen, sondern von den Kämpfen des Proletariats; nicht auszugehen von den nationalen Besonderheiten, sondern von den für alle Kämpfe des internationalen Proletariats gleichen Bedingungen.

Zur Kritik des Artikels „Olympischer Frieden ... und Palästinensischer Krieg?" im Arbeiterkampf Nr. 22.

Das aber tut der Arbeiterkampf gerade nicht.

Er zieht sich auf die „Besonderheiten" des palästinensischen Kampfes zurück; diese „Besonderheiten", die ihm den Blick für den tatsächlichen Klassencharakter solcher Gruppen wie „Schwarzer September" verstellen. „Solche Aktionen (wie die des „Schwarzen Septembers, d.V.) werden von den arabischen Massen begrüßt und geben ihnen Hoffnung." (Arb.K. S. 3)

Das mag sein – aber sie geben ihnen illusionäre Hoffnungen, als sei mit den Mitteln des individuellen, von jeder wirklichen Aktion der Massen losgelösten Terrors die Errichtung eines freien Palästina möglich. Solche Aktionen binden das palästinensische Volk an die kleinbürgerlichen arabischen Regime, die den kleinbürgerlichen Putschismus gewähren lassen, ihn wohlwollend unterstützen, die aber den konsequenten, marxistisch-leninistischen Kampf gegen arabische Reaktion und imperialistischen Zionismus sabotieren und zu verhindern suchen, wo sie nur können. Die Zustimmung der Massen zu solchen Aktionen ist deshalb durch und durch kleinbürgerlich, wie die Terrorunternehmen selber.

„(Solche Aktionen) dienen dazu, in der gegenwärtigen schlechten Situation jene Erfolge zu organisieren, die dem palästinensischen Volk helfen, sich gegen die Anschläge der arabischen Reaktion zusammenzuschließen und ein festes Bündnis mit den arabischen Massen zu schaffen." (Arb.K. S. 3) Wo und wie haben diese Anschläge dem palästinensischen Volk geholfen, sich fester zusammenzuschließen? Was das Volk braucht, sind wirkliche Führer, die das Volk zusammenschließen und seine Kämpfe anleiten können, die teilnehmen an den tagtäglichen Klassenkämpfen des palästinensischen Volkes. Solche „Führer" aber vom Schlage des „Schwarzen September" geben durch ihre Terroraktionen der arabischen und zionistischen Reaktion immer wieder Vorwände, ihren Terror gegen das palästinensische Volk zu verschärfen, dem es schutzlos ausgeliefert wäre, gäbe es in Palästina nur solche Gruppen wie den „Schwarzen September."

Der Arbeiterkampf schreibt, die Anschläge der „Baader-Meinhof-Gruppe" und des „Schwarzen September" seien miteinander nicht vergleichbar. Die „Baader-Meinhof-Gruppe" habe die westdeutsche Arbeiterklasse durch ihre Anschläge aufrütteln wollen. Die Terroranschläge des „Schwarzen September" dagegen, schreibt der Arbeiterkampf, „dienen dazu, in der gegenwärtig schlechten Situation jene Erfolge zu organisieren, die dem palästinensischen Volk helfen, sich gegen die Anschläge der arabischen Reaktion zusammenzuschließen und ein festes Bündnis mit den arabischen Massen zu schaffen."

Wir fragen, wo ist da der Unterschied? Beide Gruppen geben vor, den Kampf des Volkes durch Terror voranzutreiben, es zu Aktionen aufzufordern, ohne daß sie sich selbst um die praktische Führung der tagtäglichen Klassenkämpfe des Volkes kümmern. Lenin schreibt dazu in

„Was tun? ": „Die „Swoboda" propagiert den Terror als Mittel, die Arbeiterbewegung „aufzurütteln", ihr einen „starken Anstoß" zu geben. Man kann sich schwerlich eine Argumentation vorstellen, die sich selbst anschaulicher widerlegte! Gibt es denn, fragt man sich, im russischen Leben noch zu wenig Schändlichkeiten, daß man besondere „aufrüttelnde" Mittel erfinden muß? Und andererseits, wer selbst durch die in Rußland herrschende Willkür nicht aufgerüttelt wird und nicht aufzurütteln ist, der wird offenbar auch dem Zweikampf zwischen der Regierung und einem Häuflein von Terroristen ruhig zusehen und „die Daumen drehen". (Lenin, Was tun? AW S. 416)

Dies sind die Fragen, die wir an die kleinbürgerlichen Terroristengruppen vom Schlage des „Schwarzen September" stellen müssen. Gibt es nicht genug und tagtäglich Unterdrückung, Terror und Elend in Palästina, nicht tagtäglich Klassenkämpfe, in denen die palästinensischen Revolutionäre sich vor dem Volk praktisch beweisen können?

Deshalb ist es keineswegs „unrichtig und dumm", wie der Arbeiterkampf meint, „wenn die Bremer Genossen den ‚gescheiten' Hinweis geben, die eigentliche Aufgabe der palästinensischen Revolution sei die Organisierung und Bewaffnung der Massen." (zit. n. Arb.K. S. 3) Im Gegenteil, es ist die korrekte Form, in der die deutschen Kommunisten den Kampf des palästinensischen Volkes und seiner revolutionären Vorhutorganisationen unterstützen können, in dem sie deren Fehler und ihre richtigen Schritte unterstützen. „Die wesentliche Entwicklung (in der palästinensischen Revolution) ist nicht gekennzeichnet durch spektakuläre Guerilla- oder Terrorunternehmen. Solche Aktionen tragen in der gegenwärtigen Situation dazu bei, in den arabischen Massen die falsche Hoffnung auf eine Befreiung wachzuhalten und lenken sie ab von der aktuellen Aufgabe der langfristigen politischen und organisatorischen Arbeit. Eine solche Strategie unterschätzt die Macht des Imperialismus und ist massenfeindlich. Sie kann nur erneute Resignation und Niederlagen zur Folge haben. Ebenso ist die aktuelle Entwicklung nicht gekennzeichnet durch eine Avantgarde- oder Stellvertreterfunktion des palästinensischen für den arabischen Raum. Eine solche Auffassung unterschätzt die Kraft des Imperialismus und liefert den Widerstand an bürgerlich-nationale Kräfte aus. Sie unterdrückt die Herausbildung einer Klassensolidarität der arabischen Arbeiter und Bauern. Entscheidend ist nicht die materielle Hilfe einiger arabischer Regierungen oder der SU. Entscheidend ist das politische Bewußtsein von den Klassen und ihren Interessen und die entsprechende Organisierung der Arbeiter und Bauern. Dieses bildet sich heraus in den Erfahrungen langwieriger Klassenkämpfe. Dieser Prozeß kann nicht übersprungen oder ersetzt werden. Nur eine konsequente, langfristig angelegte Massenpolitik, die schließlich zur Herausbildung einer in den Massen verankerten und von der Avantgarde der Arbeiterklasse geführten kommunistischen Partei führt, zieht die Lehren aus den Septemberereignissen." (RTS 2, S. 12)

Diesen Beitrag für den Kampf des palästinensischen Volkes aber vermag der Artikel im Arbeiterkampf nicht zu leisten; weder dadurch, daß er sich kleinbürgerlich lavierend darum herumzudrücken sucht, eine klare Stellungnahme abzugeben, noch dadurch, daß er sich in moralischen Sentenzen verliert („normale Bürger eines imperialistischen Staates als Geiseln festzuhalten, scheint uns weder moralisch vertretbar noch politisch sinnvoll"); weder, indem er ‚Sympathien der Palästinensischen Massen' konstatiert, ohne nach dem Klasseninhalt dieser Sympathien zu fragen, noch, indem er „vergißt" zu unterscheiden, welche Aktionen den Kämpfen des palästinensischen Volkes wirklich nützen und welche ihm nur scheinbar, tatsächlich aber schaden. Er unterstützt damit objektiv Illusionen unter dem arabischen Volk und seinen Organisationen, wie sie von Lenin für die russische Arbeiterbewegung beschrieben und kritisiert werden: „Es ist möglich und notwendig, eine ‚politische Revolution zu vollbringen', dazu aber ist es absolut nicht nötig, eine starke Organisation der Revolutionäre zu schaffen, die das Proletariat durch harten und zähen Kampf erzieht; dazu genügt es, daß wir alle den uns ‚zugänglichen' und schon bekannten Knüppel zur Hand nehmen. Um ohne Allegorien zu sprechen; daß wir einen Generalstreik organisieren; oder daß wir den ‚schlappen' Gang der Arbeiterbewegung mit Hilfe des ‚exzitierenden' Terrors anspornen. Diese beiden Richtungen, die Opportunisten (mit ihnen setzt sich Lenin im vorhergehenden auseinander, d.V.) und die ‚Revolutionisten', kapitulieren vor der herrschenden Handwerkelei, sie glauben nicht an die Möglichkeit, sich von ihr zu befreien, sie verstehen nicht unsere erste und dringendste praktische Aufgabe: eine Organisation von Revolutionären zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen." (Lenin, Was tun? , AW S. 445)

Stellungnahme der Redaktion

Das Vorgehen des „Schwarzen September" in München ist auf nahezu einhellige Empörung bei der westdeutschen Bevölkerung gestoßen. Auf der Welle dieser Empörung ist es der Bourgeoisie noch besser möglich, die politische Entrechtung und Isolierung der ausländischen Arbeiter in der BRD voranzutreiben, die Bürgerkriegs-Rüstung als „Politik der inneren Sicherheit" den Massen schmackhaft zu machen usw.

Die verschiedensten linken Gruppen waren sich einig in der Verurteilung des „Schwarzen September". Das geschah allerdings bisher größtenteils in der Agitation, also in einer notwendigerweise zugespitzten und verkürzten Darstellung der eigenen Position vor den Massen (Flugblätter). Auf dieser Ebene konnte zwar eine äußerliche Abgrenzung geleistet werden („Wir Kommunisten haben mit diesen Leuten nichts zu tun und distanzieren uns von ihren Methoden"), aber keine ernsthafte Auseinandersetzung mit terroristischen Aktionen wie in München.

Am leichtesten machten es sich die Münchener „Arbeiterbasisgruppen", die in einem Extra-Blatt ihrer Zeitung nur zu sagen wußten, es habe sich um einen „verabscheuungswürdigen terroristischen Anschlag" gehandelt. Das von der Polizei auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck veranstaltete Gemetzel halten die „Arbeiterbasisgruppen" dagegen bloß für eine „verantwortungslose Rennomieraktion".

Die DKP gab in einem UZ-Sonderdruck bekannt, sie verurteil e „den Terror". Für diesen pazifistischen Unsinn nahm sie sogar die Urheberschaft Lenins in Anspruch. Aber Lenin war der Auffassung, daß Kommunisten den Terror als eine Kampfhandlung unter bestimmten Bedingungen nicht grundsätzlich ablehnen können.

Die Genossen vom KB Bremen („Wahrheit") hoben hervor, der „Überfall der Terroristen" habe dem Befreiungskampf des palästinensichen Volkes geschadet; Aufgabe der palästinensichen Revolutionäre sei es vielmehr, die arabischen (?) Massen zu organisieren und zu bewaffnen.

Im Gegensatz zu den Bremer Genossen haben wir die Möglichkeit bestritten, auf dem Erfahrungshintergrund der westdeutschen Kommunisten über Nutzen oder Schaden bestimmter Kampfhandlungen für die palästinensische Revolution zu urteilen.

Das ist von einigen Kritikern so interpretiert worden, als wolle sich der Kommunistische Bund um eine klare Stellungnahme zu den Münchner Ereignissen herumdrücken. In einer Kritik studentischer Genossen aus Göttingen (IK/KHB) wird aus dem internationalen Charakter der Arbeiterbewegung die kühne Schlußfolgerung gezogen, Kommunisten müßten „in allen Fragen des internationalen Klassenkampfes" einen „festen Standpunkt" beziehen. Das würde unsere Meinung nach eine unwissenschaftliche und verantwortungslose Schulmeisterei gegenüber der gesamten internationalen Arbeiterbewegung bedeuten.

Die westdeutschen Kommunisten sind immer noch weit davon entfernt, für die BRD auf Grundlage von Untersuchungen eine einheitliche Strategie und Taktik für ihren Kampf entwickelt zu haben. Wenn sie vor diesem Hintergrund daran gehen würden, Urteile und Zensuren über bestimmte Kampfhandlungen ausländischer Revolutionäre mit leichter Hand zu verteilen, würden sie sich bestenfalls lächerlich machen. Es ist ein absurder Anspruch, zu allen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung Antworten aus dem Ärmel zu schütteln, bloß um irgendeinen „festen Standpunkt" vorweisen zu können. **„Ich beharre fest darauf, daß jemand, der keine Untersuchungen anstellt, auch kein Mitspracherecht haben kann. Es gibt viele Leute, die ‚kaum daß sie aus dem Wagen gestiegen sind', einen Riesenwirbel zu machen beginnen, überall ihre Meinung zum besten geben, das eine kritisieren, das andere tadeln; solche Leute werden aber ausnahmslos Schiffbruch erleiden. Denn diese Meinung und kritischen Äußerungen, die nicht auf gründlichen Untersuchungen beruhen, sind nichts als ein Geschwätz von Ignoranten." (Mao)**

In der anti-imperialistischen Bewegung der BRD gab es lange Zeit eine recht oberflächliche Begeisterung für „Al Fatah". Diese ist, was die meisten kommunistischen Zirkel angeht, inzwischen von ähnlicher Begeisterung für die FPDLP („Demokratische Volksfront") abgelöst worden. Diese Begeisterung leitet sich jedoch in einer Linie her aus einer Lektüre des Programms FPDLP und einigen Aussagen dieser Gruppe über sich selbst. Damit ist noch überhaupt nichts gesagt über die praktische Politik der FPDLP unter den palästinensischen Massen. **„Die Marxisten sind der Ansicht, daß nur die gesellschaftliche Praxis der Menschen das Kriterium für den Wahrheitsgehalt ihrer Erkenntnis der Außenwelt ist ... Ob eine Erkenntnis oder eine Theorie der Wahrheit entspricht, wird nicht durch die subjektive Empfindung, sondern durch die objektiven Ergebnisse der gesellschaftlichen Praxis bestimmt." (Mao)**

Nur auf Programme (als das uns freilich am leichtesten zugängliche) zu schauen, ist eine typisch akademische Weise des Herangehens. Es ist ja kein Zufall, daß die Heidelberger Studenten-Zeitung „Neues Rotes Forum" seinerzeit den Versuch unternahm, die italienische Organisation „Il Manifesto" ausschließlich an deren Programm zu kritisieren, ohne mit einem Wort auf die politische Praxis des „Manifesto" einzugehen, und auch wohl ohne jede Kenntnis dieser Praxis. – Aber haben nicht auch Marx und Engels eine theoretische Kritik am „Gothaer Programm" der SPD geleistet? Allerdings, aber gleichzeitig standen sie „mit beiden Beinen" in der gesellschaftlichen Tätigkeit der SPD und setzten sich mit dieser ständig auseinander.

Welchen Eindruck würde z.B. ein palästinensicher Revolutionär vom Klassenkampf in der BRD erhalten, wenn er sich in erster Linie auf die Lektüre der diversen „Roten Morgen" oder „Roten Fahnen" verlassen würde, ohne viel mehr über die Verhältnisse in der BRD zu wissen? Er müßte „den Eindruck gewinnen", daß die betreffenden „Parteien" schon unglaublich stark sind, daß sie wachsenden Einfluß im Proletariat gewinnen, daß ein revolutionärer Aufschwung vor sich geht, daß der bewaffente Aufstand fast schon unmittelbar bevorsteht usw. ...

Aus dem internationalen Charakter der Arbeiterbewegung ergibt sich die Forderung an die Kommunisten, sich zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung einen klaren Standpunkt durch Untersuchungen zu erarbeiten. Es ergibt sich jedoch keinesfalls die Notwendigkeit, ohne gründliche Untersuchung zu jeder irgendwo auftretenden Frage im Handumdrehen den eigenen Senf dazu zu geben. Heute gibt es eine Reihe Fragen, die wir noch offen lassen müssen. Es ist richtig, daß viele politisch bewußten Arbeiter heute schon Antworten auf alle Fragen von uns Kommunisten erwarten. Daraus folgt jedoch nicht, dem Bedürfnis in jedem Fall nachzukommen und in hochstaplerischer Weise einen nicht wissenschaftlich begründeten „festen Standpunkt" zusammenzuzimmern. Die Ehrlichkeit und Verantwortung der Kommunisten vorm Proletariat erfordert in solchen Fragen, unser gegenwärtiges Unvermögen zu einer gründlichen Antwort einzugestehen und die uns zugänglichen Ansätze zur Lösung des Problems darzustellen. Wir meinen, daß die Einschätzung von bestimmten Kampfhandlungen ausländischer Revolutionäre in der Regel zu diesen von uns nicht zu beantwortenden Fragen gehört.

Die Genossen, die es mit ihrer Kritik am Palästina-Artikel sehr eilig hatten, sollten bedenken, daß die Stellung des Kommunistischen Bundes zum individuellen Terror durchaus eindeutig ist. Wir haben das vor allem an der Baader-Meinhof-Gruppe ganz deutlich gemacht: solche Formen des Kampfes dienen der Bourgeoisie.

Der „Arbeiterkampf" hat auch im Palästina-Artikel zu Anfang die Tendenz zur „spektakulären" terroristischen Aktion als Hauptform des Kampfes gekennzeichnet:

„Die ‚spektakuläre' terroristische Aktion ist eine typische Handlungsweise von Angehörigen der radikalisierten fortschrittlichen Intelligenz, die zur geduldigen politischen Massenarbeit nicht die genügende Standfestigkeit mitbringen und die auf schnelle, aufsehenerregende ‚Erfolge' aus sind."

Die leichtfertige und oberflächliche Kritik indessen, wie sie von vielen Linken an der Münchner Aktion geübt wurde, steht in Gefahr, zu einer Verurteilung des Terrors „an sich" zu geraten. So z.B., wenn darüber gejammert wird, daß „Unbeteiligte" geopfert wurden. Als wäre irgendeine militärische Aktion denkbar, die nicht auch „Unbeteiligte" gefährden würde.

Für die Einschätzung der Münchner Ereignisse reicht es nicht, einfach Lenins Äußerungen zum individuellen Terror zu zitieren und ein „na also" hinzu zu fügen. Eine Stellungnahme wäre erst dann möglich, wenn die Rolle des „Schwarzen September" im palästinensischen Widerstand und die Funktion terroristischer Aktionen im Ausland für uns konkret einschätzbar wäre. Immerhin spricht einiges dafür, daß „Schwarzer September" keineswegs eine „anarchistische" (?) Gruppe außerhalb des palästinensischen Widerstandes ist, sondern sich der Strategie bestimmter Massenorganisationen unterordnet.

Im AK 22 ist die Zustimmung der arabischen Massen zu terroristischen Aktionen übermäßig bewertet worden. Freilich ist es absurd, wie Genosse G. es tut, subjektivistisch diese Zustimmung zu l e u g n e n , weil sie nicht in seine irgendwie entstandenen Vorstellungen hineinpaßt; eher könnte man schon sagen, daß es beängstigend viel Begeisterung gibt. Richtig ist aber die Kritik, daß eine solche spontane Zustimmung und Begeisterung schnell gegen Resignation und Ablehnung wechseln kann, wenn die Imperialisten und ihre arabischen Lakaien den konterrevolutionären Druck verschärfen.

Diese Feststellung gilt allerdings auch für die Kommando-Unternehmen gegen Israel als vorherrschende Form des Kampfes gegen den Zionismus. Es liegt auf der Hand, daß von einem V o l k s k r i e g gegen die Zionisten nicht wirklich die Rede sein kann; der Entfaltung eines Volkskrieges sind auch in Zukunft Grenzen gesetzt, da nur knapp 17 % der Bevölkerung Israels Araber sind. Damit ist die palästinensische Befreiungsbewegung in einer grundsätzlich anderen Lage als z.B. die FNL in Vietnam, wo die Volksmassen einer verschwindenden Mehrheit von Ausbeutern und deren imperialistischen Hintermännern gegenüberstehen.

Anders ist die Lage in den von Israel seit dem Juni-Krieg 1967 besetzt gehaltenen arabischen Gebieten, vor allem dem Westjordan-Land und dem Gaza-Streifen. Hier wäre eine Massenbasis für die Führung eines Volkskrieges gegen den Zionismus. Das e i g e n t l i c h e Ziel der Palästinenser, nämlich die Befreiung ihrer Heimat und die Schaffung eines demokratischen Staates von Arabern und Juden, kann aber nicht in den besetzten Gebieten erreicht werden. Überdies ist es den Zionisten nach anfänglichen Widerständen gelungen, die arabischen Massen in den seit 1967 besetzten Gebieten durch die Doppeltaktik von Terror und Scheinzugeständnissen (vor allem gegenüber der arabischen Bourgeoisie) vorerst zu „befrieden." Eine Konsoldidierung dieser Lage streben die Zionisten an, indem sie zusammen mit der jordanischen Reaktion auf die Schaffung eines „unabhängigen" Pseudo-Staates im Westjordanland hinarbeiten.

Auch die Kommando-Unternehmen gegen Israel können unter den bestehenden Umständen nicht die Funktion haben, die Zionisten militärisch zu schlagen oder auch nur anzuschlagen. Es ist auch keine Perspektive sichtbar, die von einer Phase der Kommando-Aktionen zu einem Volkskrieg überleiten könnte. Die Kommando-Unternehmen haben – genauso wie die terroristischen Aktionen im Ausland –

Forts. nächste Seite

die palästinensischen Massen nur als Zuschauer, die sich an den Taten ihrer „Helden" begeistern können.

Die Funktion von Kommando-Unternehmen scheint uns demnach zu sein, militärische Kader heranzubilden und den Massen die Möglichkeit von Widerstand zu zeigen; hierbei haben auch Aktionen im Ausland ihren Platz.

Die so erzeugte revolutionäre Begeisterung verpufft aber wirkungslos oder verendet in Resignation, wenn sie nicht als Hebel einer politischen Arbeit unter den Massen benutzt wird.

Es ist eine mehrfach bestätigte Erscheinung, daß die systematische Bombardierung arabischer Siedlungen und Ortschaften in der Nähe palästinensischer Flüchtingslager in Jordanien und Südlibanon durch die israelische Luftwaffe zu scharfen Gegensätzen zwischen Palästinensern und arabischer Bevölkerung in einzelnen Fällen geführt haben; die Palästinenser, die natürlich die Bevölkerung nicht gegen die Bombardierungen schützen konnten, wurden in die Rolle gefährlicher Nachbarn gedrängt.

Die Lage im Nahen Osten könnte verändert werden, wenn es der palästinensischen Befreiungsbewegung gelingt, die arabischen und jüdischen Massen zu Verbündeten zu gewinnen. Unseres Wissens wird diese Notwendigkeit als theoretische Einsicht von nahezu allen Organisationen des palästinensischen Widerstandes vertreten (also von Al Fatah ebenso wie von der FPDLP), ohne daß die praktischen Konsequenzen klar wären. Das gilt vor allem für das sehr komplizierte Problem des Herankommens an die jüdische Bevölkerung Israels.

Richtig ist, daß Aktionen wie in München, – die den Tod israelischer Menschen zwar nicht zum Ziel haben, aber immerhin einkalkulieren – nicht dazu beitragen, die jüdischen Arbeiter und Bauern Israels für den antizionistischen Kampf an der Seite der Palästinenser zu gewinnen. Dasselbe gilt aber widerum für j e d e Form des bewaffneten Kampfes gegen den Zionismus; also auch und gerade für militärische Aktionen in Israel selbst, die den jüdischen Arbeiter und Bauern als Soldat des zionistischen Staates zwangsläufig zum Gegner haben.

In den USA gibt es eine relativ starke Anti-Kriegs-Stimmung auch in der Armee; der Unterschied zu Israel ist, daß die Zionisten nicht Krieg auf fremdem Boden führen, sondern im „eigenen" Land, wo die jüdischen Arbeiter und Bauern im Kampf gegen die Palästinenser immer noch unmittelbar ihre Heimat und soziale Existenz, ihren höheren Lebensstandard u.a.m. zu verteidigen glauben.

Die palästinensische Befreiungsbewegung steht somit vor einer historisch wohl einmaligen Aufgabe. Man braucht sich zum Vergleich nur vorzustellen, die algerische Revolution hätte sich seinerzeit die Aufgabe eines Bündnisses mit den Massen der französischen Siedler gestellt; oder die Revolutionäre in Angola und Mosambik wollten die portugiesischen Siedler zu Verbündeten gewinnen.

Die Genossen des Göttinger IK/KHB weisen in ihrer Kritik darauf hin, daß der Terror den Zionisten und der arabischen Reaktion Vorwände zur Unterdrückung der palästinensischen Massen gibt. Wir halten das für ein sehr gefährliches Argument. Es ist doch klar, daß die Reaktionäre den Widerstand des Volkes i m m e r zum Vorwand nehmen, um die Unterdrückung noch zu steigern. Nehmen die Zionisten nicht etwa auch die Kommando-Unternehmen der Fedajin zum Vorwand ihrer Bombardierungen und „Strafexpeditionen"? Haben nicht die deutschen Faschisten Partisanen-Aktionen zum Vorwand genommen, um die Bevölkerung der von ihnen besetzten Länder noch stärker zu unterdrücken und auszupressen, um die Einwohner ganzer Ortschaften vollständig auszulöschen?

Der Reaktion solche „Vorwände" gar nicht erst zu geben, würde heißen, auf den bewaffneten Kampf gegen sie, überhaupt auf Widerstand gegen sie, zu verzichten. Dann würde die Reaktion freilich auch gar keine „Vorwände" brauchen.

Daß natürlich eine Gruppe wie „Schwarzer September" die palästinensischen Massen nicht vor den Schlägen der Zionisten und der arabischen Reaktion zu schützen vermag, ist richtig. Aber welche andere Organisation könnte das heute? Gegen die Bomben der Zionisten können weder „Al Fatah" noch die FPDLP die Massen der Flüchtlingslager und der benachbarten arabischen Ortschaften schützen; ebenso wenig konnten sie es letzten Endes – trotz großer Opfer unter den bewaffneten Kämpfern – gegen das September-Massaker der jordanischen Reaktion 1970, dem über 10.000 Palästinenser zum Opfer fielen. Im September 1970 nahm die jordanische Reaktion Flugzeugentführungen durch die FPDLP zum Vorwand; tatsächlich könnte man fragen, ob die jordanische Reaktion nicht vielmehr dadurch „herausgefordert" wurde, daß damals die FPDLP in falscher Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Stimmung der nicht-palästinensischen Bevölkerung den Sturz Husseins und die nationaldemokratische Revolution in Jordanien als unmittelbare Forderung propagierte.

Wir haben diese Punkte angeführt, um zu zeigen, daß die Kritik der Genossen an der Münchner Aktion des „Schwarzen September" scheinbar richtige Überlegungen enthält, die jedoch auf andere – von den Genossen nicht kritisierte – Formen des bewaffneten Kampfes der Palästinenser gleichfalls anwendbar sind. Die Genossen haben also gar nicht eine Kritik an der konkreten Kampfhandlung des „Schwarzen September" leisten können; vielmehr haben sie nur auf einige Probleme hingewiesen, die dem **gesamten** palästinensischen Widerstand gemeinsam sind. ■

Kapitalisten fürchten die Wahrheit

Wieder eine Verschiebung des Valpreda-Prozesses

In AK 15 und 16 berichteten wir über den „Valpreda-Prozeß" in Italien. Es geht dabei um mehrere Bomben-Anschläge, die am 12. Dezember 1969 verübt wurden. Der schwerste davon, in der Mailänder Landwirtschaftsbank, tötete 16 Menschen.

Hauptangeklagter im Prozeß ist der Anarchist Valpreda. Er wird beschuldigt, die Bombe in einer Tasche in die Bank gebracht zu haben. Diese Anklage stützt sich lediglich auf die Aussage eines inzwischen verstorbenen Taxi-Fahrers, der Valpreda zur Bank gefahren haben wollte. Italiens Linke sagte von Anfang an: einen so sinnlosen und mörderischen Anschlag würden nicht einmal die Anarchisten machen. Hinter den Bomben stehen die Faschisten und ihre Auftraggeber aus dem Großkapital und dem Staatsapparat. Die Linken sprechen deshalb im Zusammenhang mit den Bomben des 12. Dezember 1969 von der „strage di stato", d.h. vom „Staats-Massaker".

Diese Auffassung wurde erhärtet durch die Verhaftung mehrerer Faschisten, die jetzt ebenfalls wegen der Bomben des 12. Dezember angeklagt sind.

Die italienische Bourgeoisie ist der unmittelbare Nutznießer der „strage di stato" gewesen. Zunächst wandte sie es allgemein gegen die Linken und die Arbeiterbewegung, um es als propagandistische Waffe gegen die größte Streikbewegung seit Jahren, den „Heißen Herbst" 1969, anzuwenden.

Heute, da die Beteiligung der Faschisten an der „strage di stato" sich nicht mehr leugnen läßt, will die Bourgeoisie das Spiel der „entgegengesetzten Extremisten" und der „demokratischen Mitte" auftischen. Die Bomben des 12. Dezember und viele andere Anschläge, so wird behauptet, seien von Linken und Faschisten g e m e i n s a m durchgeführt worden, um die „demokratischen Institutionen" zu bekämpfen. Aufgabe der „demokratischen Parteien" sei es, die „demokratischen Institutionen" gegen die „Extremisten von rechts und links" zu verteidigen.

Um die Behauptung einer gemeinsamen Verantwortung von Linken und Faschisten aufrechtzuerhalten, tut die Bourgeoisie und der Staat sein Äußerstes, den „Valpreda-Prozeß" (der die Lügen wie Seifenblasen platzen lassen würde) immer wieder zu verschieben.

Valpreda saß schon über zwei Jahre in Untersuchungshaft, als im Februar dieses Jahres in Rom der Prozeß gegen ihn und einige weitere Anarchisten eröffnet wurde. Der Prozeß wurde indessen kurz nach seinem Beginn wiederum verschoben: das römische Gericht erklärte sich für unzuständig und schob den Fall nach Mailand ab. Nunmehr versuchte vor einigen Tagen die Mailänder Justiz, den Prozeß weiter abzuwälzen; nämlich auf Catanzaro, eine Kleinstadt in Süditalien. Über die neuere Entwicklung informiert der folgende Bericht aus Italien.



Pietro Valpreda

Der Valpreda-Prozeß soll in Catanzaro stattfinden – wenn er überhaupt nicht wieder aus technischen Gründen verlegt wird, worüber schon Gerüchte zirkulieren. (Nach letzten Meldungen scheint es, daß die Behörden von Catanzaro den Prozeß mit Erfolg von sich abwälzen werden). Catanzaro, eine kleine Stadt in der Region Calabrien, verfügt weder über ein Gefängnis (die Angeklagten sollten jeden Tag von einem 50 km entfernten Gefängnis zum Gericht transportiert werden) noch über einen für die Verhandlung geeigneten Gerichtsraum, ganz zu schweigen von einem für die Einweisung des immer schwerer kranken Valpreda (dem erst in diesem August das Recht auf ärztliche Behandlung zuerkannt wurde) geeigneten Krankenhaus. Die Terminpläne der Richter von Catanzaro sind voll, was einen Anfang des Prozesses vor dem Frühling 1973 völlig ausschließt; die Stadt ist nicht im Stande, die mindestens 1500 zusätzlich zum Prozeß beorderten Polizisten unterzubringen und läuft Gefahr, von den „Sicherheitsmaßnahmen" monatelang lahmgelegt zu werden. Die der Bourgeoisie von dieser Stadt gebotenen Vorteile sind aber gewichtiger: Catanzaro liegt im entlegensten Süden, hat keine Betriebe, keine Arbeiterklasse und keine Studentenbewegung. Merkmale, die geeignet sind, die Sorgen des Mailänder Staatsanwalts De Peppo zu beruhigen. Vom Staatsanwalt De Peppo (einer der tüchtigen Funktionäre, die bei jedem entscheidenden Moment der „strage di stato" immer dabei waren) kam Ende August die Initiative für die Verlegung des Prozesses von Mailand zu einem Gericht, das keine Ansätze von „Befangenheitsverdacht" liefern sollte. Der von De Peppo dem Obersten Gericht vorgelegte Antrag (der am 13. Oktober angenommen wurde) war von einem Dokument begleitet, das die Ungeeignetheit von Mailand für eine solche Verhandlung begründen und beweisen sollte. Dieses Dokument, das einem Polizeibericht ähnlich klingt, malt Mailand in den schrecklichsten und finstersten Farben als die Hauptstadt der Gewalt und des Terrors, der blutigsten Straßendemonstrationen und der unverschämtesten Verunglimpfung von Staat und „demokratischen Institutionen", der wütendsten Linken und der skrupellosesten Kriminellen.



Italienische Polizei beim Demonstrations-Einsatz

Weshalb der Prozeß immer wieder verschoben wird

De Peppo ist keine isolierte Erscheinung; es handelt sich nicht um eine Episode der Borniertheit und des Stumpfsinnes eines rückständigen und reaktionären Sektors der Justiz. Was gegen Valpreda und die mitangeklagten Genossen durchgeführt wird, entspricht einem festen politischen Plan. Die Anarchisten sollen im Knast bleiben, denn ihre Gefangenschaft, die einem lebenslänglichen Zuchthaus immer ähnlicher aussieht, ist der letzte Anhaltspunkt für die These der „entgegengesetzten Extremismen", für die demagogische Gleichsetzung von „Rechts- und Linksextremismus", was der Bourgeoisie in der Praxis immer nur zur Rechtfertigung der Repression gegen die Linke dienen soll. Der Beschluß über die Verlegung des Prozesses folgt anderthalb Monate nach dem Haftbefehl gegen die Faschisten Freda und Ventura. Am 28. August wurden die beiden, die schon wegen einiger im Laufe des Jahres 1969 durchgeführter Bombenanschläge angeklagt waren, auch die Attentate auf die Landwirtschaftsbank und die Kommerzbank in Mailand und auf die

Banca Nazionale del Lavoro in Rom am 12. Dezember 1969 beschuldigt. Zwei Faschisten einerseits, drei anarchistische Genossen andererseits sitzen unter derselben Anklage im Gefängnis: eine Tatsache, die sowohl der Vernunft, wie auch dem Recht – sogar dem bürgerlichen Recht – zuwider läuft. Die italienische Bourgoisie hat gerade vor einigen Monaten, durch die Wahlen am 7. Mai, die Früchte jener „Bombenpolitik" geerntet, die die Mobilisierung der sogenannten „schweigenden Mehrheit" ermöglicht hatte: in der Rechtsregierung von Andreotti hat sie das Instrument, das sie angesichts der Tarifkämpfe im Herbst zur „Normalisierung" der politischen Lage brauchte.

Der Plan der Bourgeoisie ist aber nicht immer in die erwünschte Richtung gelaufen. Die Kämpfe und die Initiativen der außerparlamentarischen Linken, der Druck der Massenbewegung haben von Anfang an eine Bresche in die Mauer des Schweigens und der Fälschungen geschlagen. So droht jetzt nicht nur die Konstruktion gegen die Linke völlig zusammenzubrechen, sondern die gesamte Kette der Komplizenschaften und der Willkürakte wird immer durchsichtiger.

Deshalb wird der Valpreda-Prozeß immer wieder verschoben: die politische Macht – von der Regierung bis zur kleinsten Verzweigung des Staatsapparats – zittert davor.

Gerichtliche Untersuchung unter Anklage

Schon ohne Prozeß sind genügend Tatsachen ans Licht gekommen: nicht nur über die Tätigkeit der faschistischen Gruppen und über ihre Verantwortung für das Mailänder Blutbad und die vorangegangenen Attentate, sondern auch über die Unterstützung, die die Faschisten bei der Staatsmacht finden konnten. Unter Anklage steht neben den Faschisten die ganze gerichtliche Untersuchung über das Mailänder Blutbad, über die vorangegangenen Anschläge sowie über die folgende Entwicklung der „strage di stato" (von dem „Fall" Feltrinelli bis zur Ermordung des tüchtigen Polizeibeamten – eifrigen Anarchistenverfolgers und Pinellimörders Calabresi).

Die Mailänder Justiz wurde gezwungen, eine Untersuchung über das Verschwinden von wesentlichen Zeugnissen und Beweisstücken zu eröffnen und vor wenigen Tagen sogar drei hohe Funktionäre der politischen Polizei von Mailand und Rom zu beschuldigen.

Immer unwiderlegbarer erscheint die Tatsache, daß wesentliche Beweise im Laufe der Ermittlungen gefälscht wurden, um die Untersuchung von den richtigen Spuren abzulenken und die Anarchisten in die Anschläge zu verwickeln. Aber es geht noch über den offenbar tendenziösen Charakter der Ermittlungen hinaus. Durch das ununterbrochene Anhäufen der Enthüllungen gewinnt die These immer größere Kraft, daß es möglich gewesen wäre, das Blutbad vom 12. Dezember sogar zu verhindern. Es liegen jetzt auch die Beweise dafür vor, daß Teile des Staatsapparats schon im Frühling 1969 Dokumente in den Händen hatten, aus denen die Absichten der Faschisten deutlich hervorgingen. Aus dem Urteil von Richter Stiz (der die ersten entscheidenden Untersuchungen über die Faschisten aus Padua führte, und der vor einigen Wochen vom Straf- zum Zivilgericht versetzt wurde!) ergibt sich zum Beispiel, daß der Telephonapparat von Frede seit den ersten Monaten 1969 unter Kontrolle stand. Die Polizei hörte mit – trotzdem haben die Faschisten ungestört ihre Pläne durchführen können.

Und der „Fall" Calabresi?

Am 21. September tauchte ein neuer Name in der Öffentlichkeit auf, als Gianni Nardi zusammen mit seinem Komplizen Luciano Bruno Stefanó und der Deutschen Gudrun Kiess bei dem Versuch erwischt wurde, drei Kilo Sprengstoff, zahlreiche Zündschnüre, Stoßkontakte und verschiedene Waffen über die italienisch-schweizerische Grenze zu schmuggeln.

Dieser Episode wäre wahrscheinlich kaum mehr Aufmerksamkeit als einem normalen Fall von Waffenschmuggel geschenkt worden – obwohl es um drei Kilos Explosivstoff ging –, wäre einem Polizeifunktionär von Como nicht aufgefallen, wie ähnlich Nardi dem Fahndungsbild des Mörders von Calabresi aussieht. Mit ungewöhnlicher Eilfertigkeit stürzten sich die für die Calabresi-Untersuchung zuständigen Beamten nach Como. Die Operation endete mit der Verlegung der Faschisten nach Mailand: heute sind sie der Ermordung von Calabresi verdächtigt.

Für die Polizei war es kein Geheimnis, daß Gianni Nardi ein alter und treuer Faschist war. Sein Name mußte in Mailand aus mindestens einem Grund bekannt sein: er stand auf dem Notizbuch von Giancarlo Esposti, führendes Mitglied des faschistischen Kommandos SAM (Squadre d'azione Mussolini), vor kurzem wegen einer Reihe Anschläge in Mailand zu einigen Jahren verurteilt. Ehemaliges MSI-Mitglied, leidenschaftlicher Waffenhändler (ein riesiges Waffenarsenal wurde in seiner Villa in Ascoli entdeckt), bekannter Krimineller, Komplize bei grundlosen Mordanschlägen, Hauptfigur des faschistischen Banditentums in Ascoli, verantwortlich für ein Attentat gegen den PSIUP-Sitz in dieser Stadt, häufiger, aber immer flüchtiger Gast von verschiedenen Gefängnissen, am 5. Mai (zwölf Tage vor der Ermordung des Mailänder Polizeikommissars Luigi Calabresi) aus dem Knast entlassen – wurde Nardi trotz allem von der politischen Polizei nie gestört, als hunderte von Leuten wegen des „Falles" Calabresi unter Kontrolle gestellt wurden.



Faschist Nardi wird zum Gefängnis abgeführt

Über das deutsche Mädchen weiß man nichts Genaues, während der Lebenslauf von Luciano Stefano Ähnlichkeiten mit dem Nardis aufweist: berühmter Schläger an der Universität Rom, nahm er mehrmals an militärischen Übungen des MSI teil; er war Mitglied der extremrechten Gruppen Ordine Nuovo und Avanguardia Nazionale, wurde dann Vorsitzender der faschistischen „Europäischen Integrationsbewegung." Die immer von jedem Verdacht ausgenommenen Nardi und Stefano pflegten regelmäßige Kontakte zu den drei Zentralen des faschistischen Terrors in Italien: zu der Gruppe aus Padua um Freda und Ventura; zur Gruppe aus Rom, deren Führer bei den Attentaten 1969 beteiligten Cartocci und Delle Chiaie sind: endlich zur Gruppe der SAM, verantwortlich für verschiedene Anschläge in Mailand Anfang dieses Jahres. Es fehlt nicht an direkten Beweisen oder mindestens sehr starken Verdachtsgründen für die Identifizierung von Nardi als Calabresis Mörder: in dem schwarzen mit Explosivstoff vollgestopften Mercedes wurde u.a. eine Pistole Smith and Wesson Kaliber 38 gefunden – dasselbe Fabrikat, mit dem Calabresi erschossen wurde; in der Wohnung von Nardi in Ascoli wurden eine Hülse Kal. 38 gefunden, die jetzt von Sachverständigen geprüft wird, und eine grüne Jacke, die den Beschreibungen der Augenzeugen des Mordes genau entspricht; so wie diese Beschreibungen überhaupt sehr weitgehend auf Nardi passen.

War es wirklich ein glücklicher „Zufall", daß das Faschistenkommando erwischt wurde? War es wirklich eine überraschende, unvermutete Entdeckung, die an der italienisch-schweizerischen Grenze gemacht wurde? Man kann kaum annehmen, daß die Justiz so rasch und in eine so unübliche Richtung nur wegen einer plötzlichen „Erleuchtung" gehandelt hat. Mit verwunderlicher Treffsicherheit ging man gegen die Gruppe vor, mit außergewöhnlichem Fleiß wurden im Laufe von 24 Stunden Beweise und Zeugnisse sorgsam überprüft: auf einer Weise, die darauf hindeutet, daß man ganz genau wußte, wo und weshalb man zupacken mußte, daß man nach einer schon lange identifizierten Spur griff. Der Name von Nardi war, wie gesagt, nie in Zusammenhang mit der Ermordung Calabresis genannt worden: heute weiß man aber, daß er schon damals von der Polizei kontrolliert und sogar verhört wurde. Ob etwas (und was?) bei jener Gelegenheit festgestellt wurde, das durfte damals nicht herauskommen: denn eine Figur wie der Faschist Nardi ließ sich mit der politischen Ausnutzung des Todes von Calabresi gegen die Linke schwer vereinbaren. Denn auch dieser Tod, der hauptsächlich die Beseitigung eines Mannes bezweckte, dessen Dienste an die herrschende Klasse zwar wertvoll, dessen Kenntnisse über das Kapitel „Strage di stato" aber zu tief und zu gefährlich waren, mußte nach der üblichen Praxis den Linken angelastet werden und zur weiteren Verschärfung der Hetze gegen sie dienen. Die Hetzkampagne blieb tatsächlich nicht aus. Während die seit drei Jahren laufende Kampagne gegen die Linken neue Nahrung durch obskure „Entdeckungen" von fantastischen Waffenarsenalen, schön ausgegrübelten Umsturzplänen, gefährlichen „kriminellen Vereinigungen" fand, erreichte die Staatsrepression einen Höhepunkt Ende Juli durch den Aufbau eines riesigen Prozesses gegen mehr als 500 Genossen in Turin, in erster Linie Mitglieder der Gruppen „Lotta Continua" und „Potere Operaio".

Dann, nachdem befriedigende „Erfolge" geerntet worden waren, nachdem die Hysterie gegen den „Extremismus" sich genug ausgetobt hatte, wird die Karte Nardi gespielt. Dadurch können sich Minister, Polizeibeamte und Rechtszeitungen wieder eine „antifaschistische" Glaubwürdigkeit schaffen; So wird scheinbar der Beweis geliefert, daß man auch „nach rechts schlägt".

Nach der „Stabilisierung" des Wahlausganges vom 7. Mai, kann es sich die Bourgeoisie das leisten; natürlich mit der immer nötigen Vorsicht und Mäßigung. Mit dem 7. Mai hat der politische Gebrauch des Rechtsextremismus eines der ihm gesetzten Ziele erreicht.

Es scheint jetzt ratsam, einige der am meisten belasteten Faschisten zu opfern und sie der immer mehr empörten Öffentlichkeit als die vereinzelten Verantwortlichen für die kriminellen Gewalttaten der letzten drei Jahre vorzustellen. Durch die Opferung von Freda, Ventura und ein paar anderen Rechtsextremisten sollen die viel umfassenderen Hintergründe der „strage di stato" verheimlicht werden. Deshalb finden jetzt die Anklagen und die Proteste gegen den Rechtsextremismus, sogar die heuchlerischen Klagen über das Schicksal von Valpreda, auch auf den Spalten der Rechtszeitungen Platz; deshalb geben sogar Justizfunktionäre Dinge zu, deren Behauptung bis vor kurzem unzählige Linke vor die Gerichtshöfe brachte.

Italien

'Sozialer Frieden' mit Polizeiknüppel

Die Tarifrunde, die gegenwärtig in Italien stattfindet und rund 4 Millionen Arbeiter aus den wichtigsten Industriebereichen (vor allem Chemie-, Metall-, Bauarbeiter) betrifft, trägt einen ausgesprochen politischen Charakter. Seit drei Jahren ist es das Hauptproblem der italienischen Kapitalisten, den „sozialen Frieden" aufzuzwingen, die „Normalisierung" in den Betrieben wieder herzustellen, die von der Arbeiterklasse durch den „heißen Herbst" 1969 erkämpften Errungenschaften wieder zunichte zu machen. Seit Monaten rüstete sich die Bourgeoisie für diesen entscheidenden Kampf aus: die vorverlegten Wahlen am 7. Mai und die daraus entstandene Rechtsregierung von Giulio Andreotti, die heftige Repression gegen die Linken und gegen die Arbeiteravantgarden (rund 4 000 Anklagen gegen Arbeiter und Gewerkschafter in den letzten acht Monaten) und die riesigen Polizeiaktionen gegen Demonstrationen und Streiks in den letzten Monaten waren die Vorbereitung auf den Herbst 1972.

Massenhafte Entlassungen dienen den Kapitalisten als Erpressungsinstrument zur Einschüchterung der Arbeiterklasse. Vor allem durch Stillegungen vieler „unrentabler Betriebe" des Montedison-Chemie-Konzerns sind Tausende von Arbeitern in ihrer Existenz bedroht.

Es läßt sich jetzt schon sagen, daß die Kämpfe der Arbeiter in diesem Jahr nicht wieder das Niveau des „heißen Herbst" 1969 erreicht haben.

Damals hat es massenhafte und tagelange Streiks gegeben, die einen gewaltigen Aufschwung für die italienische Arbeiterbewegung bedeuteten. Die Kapitalisten wurden gezwungen, einen großen Teil der erhobenen Forderungen anzuerkennen. Wichtiger aber noch war, daß die Arbeiter eine bedeutende Erfahrung ihrer eigenen Stärke machten, daß ihnen ihre Überlegenheit gegenüber den Kapitalisten tiefer bewußt wurde. Wichtiger war, daß die Kämpfe des Herbst 69 die gesamte kapitalistische Organisation der Arbeit in Frage stellten: Akkordsystem, Überstunden, Lohnkategorien, gesundheitsschädliche Arbeit, usw.) und daß die Arbeiter in diesem Kampf ungleich stärker als bisher die Notwendigkeit einer selbständigen Klassenpolitik erblickten, die sich von den reformistischen und versöhnlerischen Einflüssen der Gewerkschaftsführung löst.

Im Herbst 1969 entwickelten sich in den Betrieben neue Fabrikräte, die aus einem neuen System von Delegation aus den Abteilungen hervorgingen, die nur von den Arbeitern und nicht von der Geschäftsleitung kontrolliert wurden und die die alten, inaktiven „inneren Kommissionen" langsam beiseite schoben. Aber auch schon im Herbst 1969 zeigte sich der Mangel einer politischen Organisation der Arbeiterklasse.

Nach dem Herbst 1969 sind die Kapitalisten zur Gegenoffensive übergegangen. Der Mangel an einer politischen Organisation der Arbeiter und die mangelnde Klarheit über

Forts. nächste Seite

den längerfristigen Weg ihres Kampfes ist in diesem Jahr umso deutlicher hervorgetreten. Die Gewerkschaftsführung hat die diesjährigen Tarifkämpfe wieder fester im Griff. Härtere Streiks hat es im wesentlichen nur unter den Chemiearbeitern gegeben, aber ihre Kämpfe blieben relativ isoliert von den Metall- und Bauarbeitern. Die Verträge für die Chemiearbeiter sind inzwischen abgeschlossen und die anderen stehen kurz vor ihrem Abschluß. Der Chemie-Vertrag muß mehr als Erfolg der Kapitalisten und der Regierung, denn als Erfolg der Arbeiter gewertet werden. Für die Verträge der Metall- und Bauarbeiter ist nichts anderes zu erwarten.

Wir werden voraussichtlich in der nächsten Ausgabe des „Arbeiterkampf" eine ausführlichere Einschätzung der diesjährigen Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse vorlegen. Nachfolgend berichten wir über den Polizeiüberfall auf die Arbeiter des pharmazeutischen Betriebes Farmitalia, der das brutale Vorgehen von Kapitalisten und Regierung in diesen Kämpfen beispielhaft beleuchtet. Diese Erfahrungen sind auch für die westdeutsche Arbeiterklasse wichtig, da sie sich auf ähnliches Vorgehen „ihrer" Kapitalisten in den nächsten Jahren rechtzeitig vorbereiten muß.



Demonstration der Chemiearbeiter in Mailand

Bei Farmitalia in Mailand, einem pharmazeutischen Betrieb, hatte es im Rahmen der Tarifkämpfe schon mehrfach Zusammenstöße mit der Geschäftsleitung gegeben. Die Arbeiter hatten zur Bekräftigung ihrer Forderungen Umzüge auf dem Fabrikgelände durchgeführt, und die Geschäftsleitung versuchte, diese Kampfbereitschaft mit zunehmenden Repressionen zu brechen. Für die Arbeiter, für die die Knute der Ausbeutung und der Schikanen zum täglichen Brot geworden ist, eigentlich „nichts Besonderes".

Was sich dann aber am Morgen des 22. September ereignete, kam für die Arbeiter völlig unerwartet. Ein brutaler Polizeiüberfall mit Tränengasgranaten, Gewehrkolbenschlägen und Hunderten von Krankenhauseinlieferungen auf Seiten der Belegschaft sollte die Arbeiter im ganzen Land vor zu großer Kampfentschlossenheit warnen, sollte ihnen vor Augen führen, zu welchem Terror die Kapitalisten bereit sind, um der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen und ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten. Mit Sicherheit war dieser Polizeiüberfall nicht allein von den Farmitalia-Kapitalisten inszeniert worden. In diesem Überfall zeigte sich die staatlich organisierte Macht der gesamten Kapitalistenklasse. Die psychologische Wirkung war auf das ganze Land berechnet und war von langer Hand vorbereitet. Die Generalprobe dafür wurde bereits drei Monate zuvor in der Mailänder Universität durchgeführt, als ein großes Polizeiaufgebot eine antifaschistische Massenversammlung sprengte; ebenfalls wild auf die Versammelten losknüppelte, zahlreiche Tränengasbomben in die Menge feuerte und schließlich ungefähr tausend Studenten und Arbeiter festnahm und auf die Polizeireviere schleppte.

Die Polizei hatte schon damals den Charakter ihres Überfalls als Generalprobe für die zu erwartenden Herbstkämpfe der Arbeiter zu erkennen gegeben, als sie beim Herausschleppen eines Arbeiterdelegierten aus der Versammlung ankündigte: „Knüppelschläge wird es auch für die Arbeiter geben." Darauf war der Polizeiapparat also schon seit mehreren Monaten getrimmt, es war keine leere Drohung und ihre Verwirklichung wurde sicher auch nicht zufällig in einem Betrieb in Mailand vorgenommen. Mailand ist neben Turin eines der stärksten Zentren der italienischen Arbeiterbewegung.

Was ereignete sich genau bei Farmitalia?

„DAS SIND SCHWEINE!"

Für den 22. September hatten die Arbeiter von Farmitalia einen weiteren Streik zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen angekündigt. Morgens zogen Streikposten vor das Tor und ein Teil der Arbeiter hielt sich in der Fabrik auf.

Gegen acht Uhr tauchte plötzlich eine Gruppe von Carabinieri (Bereitschaftspolizei) auf und griff sofort und unerwartet die Streikposten an – wobei sie ihren Angriff damit „begründeten", sie müßten „das Recht auf Arbeit verteidigen" (abgesehen von dem grundsätzlichen Zynismus und der ungeheuerlichen Anmaßung dieses „Arguments" gab es nicht einmal einen Schimmer von vorgeschobener „Berechtigung" dafür, da es an diesem Tag noch zu keiner einzigen Streikbrecheraktion gekommen war und die Streikposten mithin auch noch nicht in Aktion treten mußten).

Die Carabinieri drängten die Streikposten auf der Straße zusammen und begannen, auf sie einzuschlagen. Die Arbeiter, die sich in den Fabrikhallen aufhielten, beschlossen sofort, die Streikposten zu verstärken. Gleichzeitig tauchten vor der Fabrik stärkere Einheiten von Carabinieri und Polizei auf. Bei der Carabinieri-Gruppe, die den ersten Angriff auf die Streikposten unternahm, handelte es sich offensichtlich nur um ein Vorauskommando.

Die Zahl der vor dem Tor stehenden Arbeiter war mittlerweile auf ca. 200 angewachsen. Sie hielten sich alle auf den Gehsteigen auf und vermieden auch sonst jegliche Anheizung der Atmosphäre, um der Polizei keine billigen Vorwände für ihren Einsatz zu geben. Das hatte indes keinen Zweck. Sofort nach ihrem Eintreffen gingen die nun verstärkten Carabinieri und Polizei zum erneuten Angriff über. Sie setzten Tränengasbomben ein und benutzten ihre Gewehrkolben, um die Arbeiter zu prügeln (seit längerer Zeit schon werden in Italien Polizei-Einsätze gegen Demonstrationen und Streiks in paramilitärischer Ausrüstung durchgeführt)! Mehrere Arbeiter berichteten später, daß sie den Eindruck hatten, die Polizisten wollten sie unter die zahlreich aufgefahrenen Mannschaftswagen prügeln.

Die Polizei beließ es nicht dabei, ihren Angriff vor dem Fabriktor auszutragen. Sie stürmte die Fabrikhallen und hetzte die Arbeiter durch die Abteilungen. Die Belegschaft von Farmitalia besteht zum größten Teil aus Frauen. Ohne Unterschied wurden Frauen und Männer geschlagen.

Auch in die Umkleidungsräume, in denen sich viele Frauen aufhielten, wurden Tränengasbomben geschossen. Eine Arbeiterin später: „Ich war im Umkleideraum. Sie haben auf mich geschossen in einem Abstand von nicht mehr als fünf Meter." Der brutale Polizei-Überfall kam für die Arbeiter und Arbeiterinnen so unerwartet, daß sie kaum Möglichkeiten hatten, Widerstand zu leisten. Nur vereinzelt flogen jetzt ein paar Steine zu den Polizisten rüber.

Eine Tränengasbombe fiel auf Explosiv-Material, was bekanntlich in einer pharmazeutischen Fabrik nicht „zufällig" herumliegt, sondern zu den Produktionsstoffen gehört. Entweder hatte die in solchen Dingen oftmals bornierte Polizei überhaupt keine Ahnung von dieser Gefahr oder (was nach allen Vorgängen nicht auszuschließen ist) sie kalkulierte eine mögliche Explosion, die Leben und Gesundheit zahlreicher Arbeiter gefährdet hätte, in ihre Provokation ein. Glücklicherweise kam es nicht zur Explosion – aber nur, weil die Arbeiter, die diese Gefahr genau einzuschätzen wußten, geistesgegenwärtig und verantwortungsbewußt sofort die Tränengasgranaten von dem Explosiv-Material entfernten.

Ähnliches wiederholte sich in noch brutalerem Maße: Auf dem Fabrikgelände befindet sich ein Kindergarten für die Kinder der dort beschäftigten Arbeiterinnen. Eine Tränengasbombe traf auch diesen Kindergarten!

Auch hier waren es nicht die Polizisten, sondern die Arbeiter, die sofort die Kinder aus dem Raum herausholten und die Tränengasgranate entfernten.



Pirelli-Arbeiter protestieren gegen Entlassung und Aussperrung

Die Zahl der Verletzten war ungeheuer groß. Der Betriebsarzt von Farmitalia gab an, daß ungefähr 300 (!) Frauen und Männer wegen Verletzungen und zum Teil wegen Schocks in die Krankenstelle eingeliefert wurden.

Die bürgerliche Presse verschwieg diesen ungeheuerlichen Polizei-Überfall bis auf kleinere Meldungen, daß es bei Farmitalia „zu Zusammenstößen gekommen" sei. Selbst die „Unita", die Zeitung der mitgliederstarken PCI (Italienische Kommunistische Partei), versteckte einen kürzeren Bericht darüber fast unauffindbar in den Innenteil ihrer Ausgabe. Ausführliche Berichte gab es nur in der Tagespresse der außerparlamentarischen linken Gruppen ‚Il Manifesto' und ‚Lotta Continua'.

Die Aussagen der Farmitalia-Arbeiter über den Polizei-Überfall waren sehr genau und übereinstimmend:

„Das ist Faschismus, das ist keine Demokratie ... es war alles vorbereitet."

„Es bestand die Gefahr, daß alles in die Luft gegangen wäre, wenn wir nicht eingegriffen hätten."

Über die Polizisten: *„Das sind keine Menschen ... man muß das schreiben: das sind Schweine!"*

Gewerkschaftsführer wiegeln Protest ab

Als die Polizisten sich nach dem Überfall zurückgezogen hatten, fand sofort eine Versammlung des Fabrikrates von Farmitalia statt. Es wurde beschlossen, den Betrieb noch am ganzen Tag weiter besetzt zu halten und ihn über das Wochenende zu bewachen. Außerdem wurden Kuriere in andere Mailänder Betriebe geschickt, um die Arbeiter dort über den Polizeiüberfall zu informieren.

Noch im Laufe des Tages erschienen Arbeiterdelegationen aus einigen Betrieben. Sie überbrachten die Solidarität ihrer Belegschaften, u.a. von Siemens, Alfa Romeo und der Nähmaschinenfabrik Borletti. Bei Borletti und Recordati traten die Arbeiter sofort in einen Solidaritätsstreik und zogen massenhaft zu Farmitalia. Auch eine Delegation von Studenten der Mailänder Universität bekundete ihre Solidarität.

Am folgenden Tag versammelten sich die Fabrikräte mehrerer Mailänder Betriebe. Nur schwer konnten sie gegen das abwieglerische Auftreten einiger Gewerkschaftsführer einen Streikbeschluß für den darauffolgenden Montag durchsetzen. Die Gewerkschaftsführer „argumentierten", daß ein solcher Streik den anderen von der Gewerkschaftsführung beschlossenen Streiks im Rahmen der Tarifrunde in der kommenden Woche „schaden" würde. Trotz ihrer Niederlage auf dieser Versammlung gelang es der Gewerkschaftsführung, die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft gegen den brutalen Polizeiüberfall aufzuweichen: Es wurde zwar am Montag ein anderthalbstündiger Proteststreik in einer Reihe Mailänder Betriebe durchgeführt, nicht aber, wie von der Versammlung der Fabrikräte beschlossen, eine gemeinsame und machtvolle Protestdemonstration.

Die von den Kapitalisten und der Regierung beabsichtigte Demoralisierung der gesamten Arbeiterklasse durch diesen Polizeiüberfall ist sicher nicht im gewollten Maße eingetreten. Am 28. September schlossen sich u.a. aus Protest gegen diese Provokation weitere, ursprünglich von der Gewerkschaftsführung „nicht eingeplante" Betriebe dem nationalen Streik der Chemiearbeiter an. Andererseits ist unverkennbar, daß die italienische Arbeiterklasse dieser Provokation nicht mit der Entschlossenheit und Stärke begegnen konnte, wie es im Herbst 1969 der Fall war. ■



Zweiter Teil

Statt Ordnungsfaktor: Gewerkschaft als Kampforganisation

KLARER KURS DER MERCK-VERTRAUENSLEUTE

In der letzten Ausgabe des Arbeiterkampfs haben wir über die Entstehung und ersten Erfolge der aktiven Gewerkschaftsarbeit bei Merck/Darmstadt berichtet. Gegen den Widerstand der Geschäftsleitung und der alten SPD-Betriebsratfürsten um Fleckenstein und Knierieme gelang es fortschrittlichen Gewerkschaftern, einen guten IG-Chemie-Vertrauensleutekörper mit tatsächlichen Arbeitervertretern an der Spitze aufzubauen. Da sich das Forderungsprogramm an den Bedürfnissen der Belegschaft ausrichtete, konnten mehr und mehr Kollegen in die gewerkschaftliche Politik im Betrieb einbezogen werden.

Neben der Durchsetzung verschiedener betrieblicher Forderungen gelang es den Vertrauensleuten in der Tarifrunde 71, die gesamten Merck-Arbeiter und die überwiegende Mehrheit der Angestellten weit über den Kreis der organisierten hinaus im Laufe einer Woche in den Vollstreik zu führen, obwohl man mit dem durch die Unternehmer provozierten Kampf vorher nicht gerechnet hatte. Auch nach dem beschämenden Schlichtungsergebnis, dem sogenannten „Bonner Verrat", konnte Resignation und Gewerkschaftsfeindlichkeit erfolgreich bekämpft werden.

Unter dem Motto „Der Kampf geht weiter" entwickelten die Merck-Vertrauensleute neben den Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung und ihren Handlangern im Betrieb als weitere Stoßrichtung ihrer Arbeit den Kampf in der Gewerkschaft um mehr Demokratie und Rechte für die Mitglieder. Zum IG Chemie-Gewerkschaftstag, der Mitte Sept. in Dortmund stattfand, kamen die fortschrittlichsten Anträge und Diskussionsbeiträge aus Darmstadt, für die einige wenige Male immerhin bis zu 140 (von 380) Delegierten gewonnen werden konnten. (Zum Gewerkschaftstag und den ersten Ansätzen einer gewerkschaftsoppositionellen Strömung in der IG Chemie vgl. Arbeiterkampf 22 „David und Goliath".)

Höhepunkt der Auseinandersetzung im Betrieb war im Frühjahr die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen. Durch die oppositionelle Gewerkschaftsarbeit konnte der arbeiterfeindliche Charakter der sozialpartnerschaftlichen Politik der alten Betriebsratsclique Fleckenstein/Knierieme und Co. den meisten Kollegen deutlich werden. Insbesondere, als nach dem Streik der Rachefeldzug der Geschäftsleitung mit willkürlichen Entlassungen und Versetzungen von Streikteilnehmern, Streichung an der Jahresgratifikation, Anzeigen und Schadenersatzforderungen gegen Streikleiter einsetzte und der alte Betriebsrat hierzu völlig schwieg. Dieser Betriebsrat mußte bei der nächsten Wahl weg.

Im Januar beschloß der Hauptvorstand der IG Chemie die Richtlinien für die Betriebsrats(BR)-Wahl 72. Nach § 5 sehen sie die Aufstellung der IG Chemie BR-Kandidaten in der Vertrauensleute(VL)-Vollversammlung vor.

Die VL-Leitung bei Merck und Sekretäre der Darmstädter IG Chemie-Verwaltungsstelle wollten eine noch weitergehende Beteiligung der Mitglieder an der Kandidatenaufstellung erreichen. (Die Darmstädter Verwaltungsstelle wird von einem fortschrittlichen Sekretär geleitet – leider noch immer eine seltene Ausnahme in der BRD.) Es wurde zu einer Mitgliederversammlung eingeladen zwecks Kandidatenvorschläge. Dort konnte jedes Mitglied zur Kandidatur vorgeschlagen werden, wenn die unterschriftlich bekundete Unterstützung von 10 Mitgliedern vorlag. Eine spätere VL-Vollversammlung sollte dann über die Reihenfolge der Kandidaten abstimmen.

Fleckenstein, Knierieme und Co fürchteten bei einer derart demokratischen Listenaufstellung natürlich um ihre alten Positionen und Pöstchen. Bei früheren BR-Wahlen hatten diese Herren es ja auch einfacher gehabt und den – damals noch von ihnen eingesetzten – VL ihre Liste zur Bestätigung „vorgeschlagen."

Mauscheleien bei Fleckenstein und Co.

Um das demokratische und satzungsgemäße Verfahren zu umgehen, schrieb Fleckenstein schon Anfang Februar einen Brief an den hessischen Bezirksleiter Fabian, in dem er die Aufstellung einer eigenen Liste als anerkannte IG Chemie-Liste vorschlug. Diese Anerkennung kann allerdings nur bei der Verwaltungsstelle selbst erfolgen. Als nun der Verwaltungsstellen-Vorstand Darmstadt in einem Beschluß zur BR-Wahl darauf hinwies, nur auf ordentlichem Wege durch die VL erstellten Listen als IG Chemie-Listen anzuerkennen, befürchteten die alten BR bei der sofortigen Aufstellung einer eigenen Liste nach § 8 und § 9 der Richtlinien den Gewerkschaftsausschluß. (§ 8: Mitglieder der IG Chemie kandidieren nur auf Listen, die von der Org. bestätigt wurden . . .

§ 9: Die Unterstützung gegnerischer Listen und Kandidaten ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten . . .) Fleckenstein und Co. mußten so einen neuen Plan aushecken, bei dem sie sich Unterstützung bei der Geschäftsleitung (GL) einholten:

Sie forderten mit einem Mal, daß die Aufstellung der Kandidaten-Liste im Betrieb während der Arbeitszeit stattfinden müsse. Die VLK-Leitung stimmte dem unter der Voraussetzung zu, daß die Einladung durch die Verwaltungsstelle erfolge, der Vorsitz bei der VLK-Leitung liege und alle nach den IG Chemie-Richtlinien arbeitenden Vertrauensleute eingeladen würden.



Karl Fleckenstein

Ende März teilte Fleckenstein das Ergebnis seiner „Verhandlungen" mit der Geschäftsleitung mit: Sie gestattete eine bezahlte VL-Versammlung im Betrieb, allerdings dürften nur die gewählten betrieblichen Vertrauensleute der IG Chemie teilnehmen.

Der Plan von BR und Geschäftsleitung wurde deutlich: 1. Durch die Veranstaltung einer – sonst energisch von der Geschäftsleitung verhinderten – bezahlten Vertrauensleutevollversammlung hofften Fleckenstein und Co., bessere Chancen zu haben, da zu dieser Versammlung im Gegensatz zur sonstigen Vertrauensleute-Arbeit außerhalb der Arbeitszeit auch die weniger aktiven Vertrauensleute erscheinen würden. 2. Dagegen sollten durch die Beschränkung auf betriebliche Vertrauensleute alle von der IG Chemie nachbenannten Vertrauensleute (in Abt., wo es keinen gewerkschaftlichen Vertrauensmann gab), die Kassierer und Jugendvertrauensleute, insgesamt ca. 40 nach den Richtlinien zur Vertrauensleute-Arbeit ordentliche Vertrauensleute, ausgeschaltet werden.



Heinrich „der Große" Knierieme

Die VLK-Leitung konnte diesem Vorhaben nicht zustimmen. Da eine Einigung nicht zustande kam schaltete der Verwaltungsstellenvorstand gemäß § 5 der Richtlinien für die BR-Wahl den Hauptvorstand ein. Werner Vitt vom Hauptvorstand berief daraufhin zum 7. April eine Vertrauensleute-Vollversammlung ein, auf der endgültig über die Listen entschieden werden soll. 1 Tag zuvor fand auf Wunsch der alten BR schon ein „vorbereitendes" Gespräch zwischen Werner Vitt, der VLK-Leitung und Vertretern des BR statt. Hier forderte Knierieme für den BR, es solle eine Kandidaten-Liste von BR und VLK-Leitung schon vorher vorbereitet und dann der VL-Vollversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden. Als die VLK-Leitung auch das ablehnte, da die Festlegung der Listenplätze allein Sache der Vertrauensleutevollversammlung ist, verließen die BR-Mitglieder die Sitzung. Sie erschienen auch zur Vollversammlung unter Leitung Vitts am nächsten Tag nicht und hatten inzwischen zahlreiche Vertrauensleute „informiert", diese Sitzung fiele aus. Trotzdem faßten die versammelten Kollegen den Beschluß, noch einmal zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste zu verhandeln, wobei die Entscheidung über Platz, Reihe und Gewichtung der Kandidaten in jedem Fall in der nächsten Vollversammlung am 24. 4. falle.

Forts. nächste Seite



Der Streik 71 ist nicht vergessen!

Am 24. 4. wurden der Vertrauensleute-Vollversammlung (über 90 Wahlberechtigte) 2 Kandidatenlisten (Arbeiter und Angestellte) vorgelegt. Die Liste der Arbeiter enthält 30, die der Angestellten 24 Namen, darunter alle Mitglieder des alten BR. Um eine Polarisierung zu vermeiden, müßten mindestens 8/9 bis höchstens 14/15 Namen angekreuzt werden.

Dennoch waren Fleckenstein und Co. nicht bereit, sich von vornherein dem Votum der Vertrauensleute zu unterwerfen. Als aus den Wahlen die Kollegen aus dem Kreis der aktiven Vertrauensleute klar als Sieger hervorgingen und die Listen anführten (unter den 20 ersten Plätzen nur 6 Fleckenstein-Anhänger), erklärte Fleckenstein am nächsten Tag, daß die seitherigen BR-Mitglieder nicht auf der IG Chemie-Liste kandidieren. Für den Bereich der Arbeiter (Listenführer: Fleckenstein) und Angestellte (Listenführer: Knieriem) wurden gegnerische Spalterlisten aufgestellt. Mit einem unglaublich demagogischen „Wahlkampf", Diffamierungen, Lügen und Unterstellungen und massiver Unterstützung durch die Geschäftsleitung glauben Fleckenstein, Knieriem und Co., die offizielle IG Chemie-Liste ausbooten zu können.

Realistisches Kampfprogramm der IG Chemie-Kandidaten

Aus der fortschrittlichen Vertrauensleute-Arbeit zur Erweiterung der Rechte der Beschäftigten und Verteidigung gegen die Übergriffe der Geschäftsleitung stellten die Kandidaten der IG Chemie-Liste ihr Forderungsprogramm für ihre zukünftige Betriebsratsarbeit zusammen.

Gefordert wurde:

- Eine umfassende Personalplanung, um Entlassungen zu verhindern.
- Ausschreibung aller offenen Stellen (ohne Ausnahme) im Betrieb, damit die willkürlichen Einstellungen, Versetzungen und Umgruppierungen nicht mehr von der Geschäftsleitung vorgenommen werden können.
- Die Vorlage der Investitions- und Rationalisierungsplanung vor der Belegschaft, um notwendige Maßnahmen im Interesse der Kollegen rechtzeitig einleiten zu können.
- Alle Lehrlinge bekommen im Rahmen der vorgelegten Personalplanung nach Abschluß der Ausbildung einen Lehrvertrag, damit keine gewerkschaftlich aktiven Lehrlinge mehr mit Entlassung bestraft werden können.
- Kontrolle des BR über die Berufsausbildung und Berufsfortbildung.
- Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die teilweise seit einem Jahr laufende „gleitende Arbeitszeit", mit Geld- oder Freizeitausgleich für alle, die nicht erfaßt werden können.
- Kündigung der alten Arbeitsordnung mit zusätzlichen Entlassungsgründen und Disziplinierungsmaßnahmen.
- Einführung von Sprachunterricht während der Arbeitszeit für ausländische Kollegen und Hinzuziehung von sprachgewandten Kollegen und Betriebsräten bei auftretenden Schwierigkeiten. Jedes wichtige Schriftstück muß den Ausländern in ihrer Landessprache vorliegen.
- Ausführliche Berichterstattung des Wirtschaftsausschusses auf Betriebs- und Abteilungsversammlungen.
- Sämtliche Betriebsvereinbarungen in die Hände eines jeden Beschäftigten.

Die IG Chemie-Kandidaten sicherten weiterhin zu, alle wichtigen Entscheidungen nur in Absprache mit den betroffenen Kollegen und in Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten zu fällen. Ein guter BR müsse ständig die Kollegen am Arbeitsplatz aufsuchen und mit ihnen sprechen, wenn er nicht seinen Rückhalt in der Belegschaft verlieren wolle und dann auf ständige Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung angewiesen sei.

Fleckensteins Kampf gegen „kommunistische Politruks" und „Rote Spießgesellen"

Während die fortschrittlichen Gewerkschafter mit einem betrieblichen – durchaus realistischen – Kampfprogramm zur Durchsetzung der wichtigsten Forderungen im Betrieb gegen die Geschäftsleitung auftraten, sah die Fleckenstein-Knieriem-Gruppe ihre wichtigste Aufgabe im Kampf gegen die fortschrittlichen Gewerkschafter. Diese Leute wußten, daß sie an aktiver Gewerkschaftspolitik und Forderungen im Interesse der Kollegen den Vertrauensleuten nichts entgegenzusetzen hatten. In ihrem ersten Flugblatt (finanziert vor allem durch anonyme „Spenden" auf ein Konto, es ist nicht schwer zu erraten, wer da „gespendet" hat!) heißt es zu den Vertrauensleuten:

„Das sind die Radikalinskis vor den Toren, die Tschu-en-Keimigs (der damalige VLK-Sprecher hieß Horst Keimig), die unseren Arbeitsfrieden stören, die Eure Stimmung aufheizen, um darauf ihre knallrote Suppe zu kochen ... Sie wollen mit ihrer Radikal-Ideologie bei Euch schnorren, halten Euch für Gimpel, wollen Euch zu Proletariern und Proleten degenerieren, um Euch die verstaubten Klassenkampfparolen aus der frühkapitalistischen Rumpelkammer anzudrehen ... Wenn wir von sozialem Fortschritt reden, meinen wir nicht das revolutionäre Chaos, aus dem dann irgendwann mal zur Zeit unserer Urenkel das Paradies wie ein Phoenix aus der Asche steigt. Wir meinen Reformen hier und heute."

Deutlich wurde, wie die antikommunistische Ideologie dazu dient, jeden Fortschritt im Interesse der Kollegen zu verhindern. Die großen Worte von Reformen sollten über die wahren Aufgaben dieser



Karikatur aus dem „Gewerkschafter" vor der BR-Wahl über die Spalterlisten und „Unabhängigen" (UAM)

Leute, nämlich die Durchsetzung der Wünsche der Geschäftsführung unter Wahrung des „Betriebsfriedens", hinwegtäuschen. Das Flugblatt weiter:

„Denkt daran, daß wir (Belegschaft und Unternehmer!!) trotz aller unterschiedlichen Interessen und bei allem persönlichen Erfolgsstreben (!) zusammenstehen müssen, wenn es uns allen gut, wenn es uns allen besser gehen soll. <u>Ein Betrieb ist ein empfindliches Organ in einem empfindlichen Organismus, der Wirtschaft heißt.</u> Und die Wirtschaft eines hochindustriellen Staates ist zu empfindlich für revolutionäre Zündeleien. Sie tönen antikapitalistisch und meinen ihr rotes Dogma. Mit ihnen werden wir nie die ganzen Früchte unserer Arbeit ernten. In die roten Zahlen werden wir rauschen ..."

Während so das erste Flugblatt die sozialdemokratische Partnerschaftsideologie herauskehrte – anscheinend zu offensichtlich – präsentierten sich Fleckenstein und Co. im zweiten als verdienstvolle „Kämpfer":

„Was in den letzten 4 Jahren an sozialem Fortschritt der Geschäftsleitung abgerungen wurde, das war samt und sonders das Verdienst von Fleckenstein, Knieriem und Co. Sie haben sich für Euch geschunden, oder meint Ihr, daß es ein besonderes Vergnügen ist, sich in zähen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung herumzuschlagen?"

Sie können einem wahrlich leid tun, diese armen Berufsbetriebsräte. Damit die Geschichte von „zähen Verhandlungen" überhaupt jemand glaubte, sprang die Geschäftsleitung bei, so daß der alte BR einige „Verhandlungserfolge" zum Vorzeigen hatte. „MERCK INFORMIERT", die Betriebszeitung der GL, berich-


MERCK informiert

Ende Mai wird die Grati gezahlt

Wahlhilfe durch „Merck informiert" für Fleckenstein

tete so 9 Tage vor der BR-Wahl unter der Überschrift „Ende Mai wird die Grati gezahlt", daß trotz der zuerst vorgesehenen 25 % Kürzung nach zähen Verhandlungen die Jahresgratifikation voll gezahlt werde, was „über das hinausginge, was aufgrund der Ertragsentwicklung vertretbar gewesen sei." Und Fleckenstein und Co. jubelten in einem Flugblatt:

„Wer hat Euch denn die Grati aufgestockt? Das war doch nicht die linke Kumpanei Kaufmann/Engel, die sich jetzt noch den roten Knopf (alle 3 sind aktive Vertrauensleute und IG Chemie-BR-Kandidaten) besorgt hat ... Da hättet Ihr einmal dabei sein müssen, als wir dem Dr. Langmann (Geschäftsleitung) in die Parade gefahren sind. Der wollte Euch nämlich wieder einmal in die Tasche langen ... 25 % standen auf dem Spiel. Da war von Kaufmann und Engel nicht viel zu hören, als der Dr. Langmann seine Argumente auf den Tisch geknallt hat. Aber die verbrannten Finger haben wir uns geholt, mit unserer Forderung von Besitzstandswahrung, und das hat weder dem Dr. Langmann gefallen, noch dem Handrack (Vorstand) ..."

Weitere „Verhandlungserfolge": Am Freitag nach Himmelfahrt brauchte nicht mehr gearbeitet zu werden, ebenso wurden neuerdings Fronleichnam und 24. Dez. bezahlte Feiertage. Fleckenstein und Co. waren siegessicher. Mit den Wahlgeschenken der Geschäftsleitung in der Tasche konnten sie sich der Belegschaft als „die bewährten Kräfte der Vernunft" anpreisen und die fortschrittlichen Kollegen als „linksradikale Illusionisten" diffamieren, deren *Klassenkampf „in Wahrheit zu nichts anderem gut ist, als den Unternehmern die Tasche zu füllen, weil sie diesen jedes gewünschte Alibi liefert, unseren sozialen Fortschritt zu erdrosseln."*

Gefälschte Betriebszeitungen

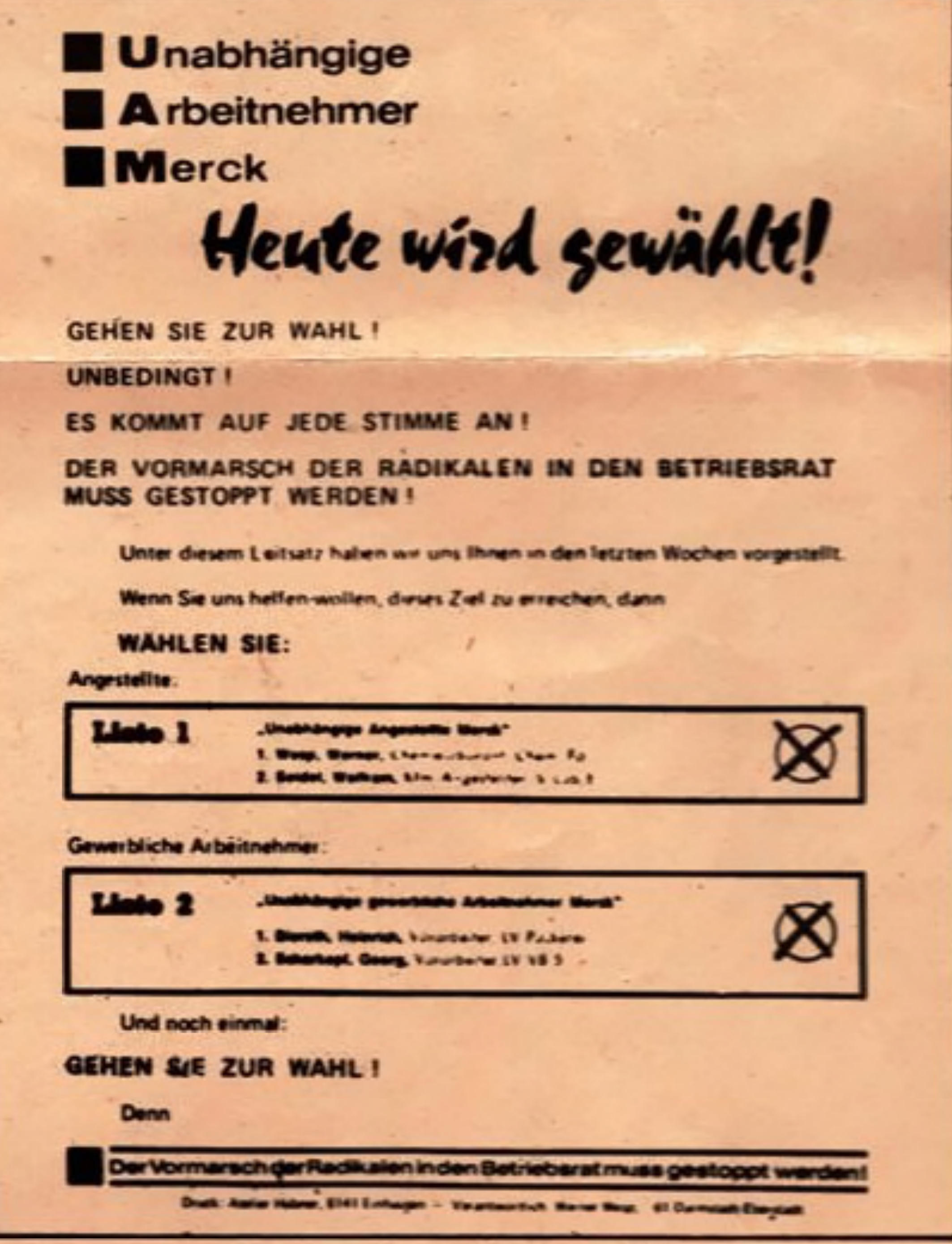
Nachdem die alten Betriebsräte so meinten, vor den Augen der Belegschaft den „Beweis" für die Erfolge ihrer Politik im Interesse der Kollegen angetreten zu haben, stellte sich für sie nur noch das Problem, den Arbeitern und Angestellten die „Unterwanderung" der IG Chemie-Liste durch „linksradikale Illusionisten" und „ferngesteuert-revolutionäre Umtriebe" glaubhaft zu machen. Auch hierbei sollte die Geschäftsleitung hilfreich beistehen.

Zunächst wurde versucht, die Arbeit der Vertrauensleute mit denen kleiner superlinker Gruppen gleichzusetzen, die bei Merck Flugblätter vor den Toren verteilt hatten. (KPD/ML, SAG = Sozialist. Arb. Gruppen) Systematisch wurde weiterhin Peter Knopf, der als einziger von 33 IG Chemie-Kandidaten der DKP angehört, als Buhmann aufgebaut. (Zitate aus einem Fleckenstein-Flugblatt: ! ... kommunistische Politruks vom Schlage des DKP-Vorsitzenden P. Knopf und seiner roten Spießgesellen ..., ... rote Volksfront ..., ... kommunistische Volksfrontkämpfer Knopf und seine Werkzeuge ...) Den endgültigen Beweis sollten gefälschte Betriebszeitungen liefern. So wurde am 23. Mai, 2 Tage vor der BR-Wahl, DAS ROTE MERCKBLATT verteilt, das in seiner äußeren Aufmachung völlig den bisherigen KPD/ML-Zeitungen glich. Darin hieß es:

„Kolleginnen und Kollegen! Ihr wißt, wie wichtig der Ausgang der Betriebsratswahlen für die Fortführung des Klassenkampfes ist. Nur wenn wir die richtigen klassenbewußten Kollegen in den Betriebsrat wählen, werden wir die Bosse mit ihren Kapitalistenknechten zum Teufel jagen können. Das hat der Streik bei Merck im vorigen Jahr gezeigt. Unsere werktätigen Brüder und Schwestern in der sozialistischen DDR haben das schon lange erkannt. Deshalb haben sie in zahlreichen volkseigenen Betrieben freiwillige Sonderschichten gefahren und den Verdienst aus ihrer uneigennützigen Arbeit uns zur Verfügung gestellt, damit wir DAS ROTE MERCKBLATT wie viele andere Betriebszeitungen wieder in einer ansprechenden Aufmachung drucken können ...

Kollegen und Kolleginnen!

Euch ist es noch nicht vergönnt, aus eigenem Entschluß freiwilligen und unbezahlten Arbeitseinsatz zu leisten und den Lohn Eurer Arbeit an Eure klassenkämpferischen Organisationen abzuführen, damit diese Euren heiligen Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen ideologisch und wenn es sein muß, zu einem späteren Zeitpunkt mit Waffengewalt unterstützen können ... Man kann Euch auch keinen Vorwurf machen für Euren höheren Lebensstandard. Ihr habt ihn ja nicht gewollt, man hat ihn Euch aufgezwungen. Die Werbung und das Beispiel der Bosse und der Kapitalistenknechte haben Euch zu diesem „süßen Leben" geradezu verführt ...



Flugblatt der „UAM" am Wahltag

Welche Kandidaten unterstützen wir bei Merck?

Es sind die Spitzenkandidaten auf den Listen der IG Chemie für Arbeiter und Angestellte, unsere Genossen: Peter Knopf, Horst Engel, Ludwig Kaufmann, Klaus Kebel ..."

Im Weiteren werden in der „Zeitung" die Listenführer der IG Chemie „vorgestellt", wobei zur persönlichen und politischen Diffamierung Angaben gemacht werden, wie sie nur in den Karteien der Merck-Personalabteilung greifbar sind.

Der nächste „Beweis" nach der Verteilung der gefälschten KPD/ML-Zeitung morgens lag nachmittags vor: Per Post ist eine gefälschte Betriebszeitung der DKP für Merck, versehen mit den neusten Anschriften der Belegschaftsangehörigen, ins Haus ge-

schickt worden. Im gleichen Stil hieß es:

„Gewerkschafter, denen das große Ziel der Verstaatlichung aller Produktionsmittel vorschwebt, müssen die Liste der IG Chemie wählen . . .

Warum? Weil auf diesen Listen die Kollegen und Genossen stehen, die sich zum Ziel gesetzt haben, zuerst die Bosse von Merck in die Knie zu zwingen, später die Werke volkseigen werden zu lassen. Dann übernehmen wir die Betriebe, dann wird zum ersten Mal gerecht und gesund gewirtschaftet. Dann wird niemand mehr ausgebeutet, sondern jeder arbeitet nur für sich zuerst bzw. für die große, solidarische Gemeinschaft der Werktätigen . . . In einer sozialistischen Wirtschaft gibt es auch keine Akkordhetze, sondern die Werktätigen entscheiden freiwillig, wenn sie in Sonder- und Feiertagsschichten unseren großen Vorbildern Stachanow und Hennecke nacheifern wollen. Dort ist es eine spontane, aus proletarischer Solidarität geborene Entscheidung, wenn die Werktätigen auf den Lohn aus solchen Sonderschichten verzichten, um damit die Revolutions- und Befreiungskriege der



Kopf der ins Haus verschickten DKP-Fälschung

unterdrückten, farbigen Bevölkerung sowie die kommunistische Werbearbeit in den Unterdrückerstaaten des Westens zu unterstützen: Aus diesem Grunde müßt ihr allen unseren Kollegen und Genossen der IG Chemie Eure Stimme geben, damit Fortschritt und Sozialismus auch bei uns unüberwindlich werden. Genossen, Kolleginnen und Kollegen! Erteilt den Abtrünnigen, den Spaltern und verbürgerlichten Ja-Sagern eine Abfuhr!

Ihnen geht es bei ihrer Arbeit in einem künftigen Betriebsrat nur darum, sogenannte bessere Arbeitsbedingungen und bessere soziale Leistungen herauszuholen. Damit sollen die Werktätigen eingeschläfert und für die Revolution unbrauchbar gemacht werden . . . Was die unterdrückten Völker brauchen, sind Waffen, Gewehre und Sprengstoff, um den Klassenfeind zu liquidieren und im Geiste Lenins und Stalins die Macht zu ergreifen . . . Auch wir brauchen Gewehre, damit die Revolution bald bei uns siegen kann . . .“

„Merck“-Würdigkeiten

Als verantwortlicher Herausgeber war Peter Knopf angegeben. Geschickt war das Zusammenspiel zwischen altem BR und Geschäftsleitung eingeleitet, als weitere Akteure gesellen sich der SPD-Oberbürgermeister, Staatsanwaltschaft und Darmstädter Presse (Durch Merck-Anzeigen völlig Merck-hörig!) hinzu.



Kopf der 2 Tage vor der BR-Wahl verteilten KPD/ML-Fälschung

Wie „zufällig“ wurde auch dem Oberbürgermeister eine Ausgabe der gefälschten DKP-Zeitung ins Haus geschickt. Obwohl er die Fälschung selbst erkannte, erstattete er Strafanzeige gegen Peter Knopf von der IG-Chemie-Liste und macht davon der Presse Mitteilung. Am Tage der BR-Wahl erschien daraufhin im Darmstädter Echo (dort wird auch MERCK INFORMIERT gedruckt . . .) trotz der Erklärungen der DKP und IG Chemie-Verwaltungsstelle, es handele sich um gefälschte Betriebszeitungen unter der Überschrift „Zweifelhafte Merck-Wahlhilfe von linksaußen? – Kripo ermittelt gegen Verfasser eines radikalen Flugblattes“ ein Leitartikel, in dem es heißt:

„Der Wahlkampf zur heutigen Betriebsratswahl bei Merck hat Formen angenommen, die jetzt Gegenstand polizeilicher Ermittelungen sind. OB Sabais hat – wie es in einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Stadt Darmstadt heißt – gegen die Herausgeber der Zeitung „Der Chemiewerker“ wegen des Verdachtes der Aufreizung zu strafbaren Handlungen eine polizeiliche Untersuchung angeordnet. Die inkriminierte Ausgabe des „Chemiewerker“ – mit Hammer und Sichel und als Extraausgabe gekennzeichnet – ist als „Betriebszeitung der DKP-Betriebsgruppe E. Merck und Röhm“ ausgewiesen. Die „Betriebszeitung“ fordert dazu auf, am heutigen Donnerstag die Liste 1 der gewerblichen Arbeitnehmer mit Horst Engel und Peter Knopf oder die Liste 3 der Angestellten mit Ludwig Kaufmann und Klaub Kabel zu wählen – es handelt sich hierbei um die Listen der IG Chemie, die sich mit der zweiten Liste der in der IG Chemie, Papier, Keramik organisierten Arbeitnehmer in den letzten Wochen einen harten Wahlkampf geliefert haben . . . Diese zweite Liste von Gewerkschaftern der IG Chemie hatte unter der Wortführung der Betriebsräte Karl Fleckenstein und Heinrich Knierieme bisher unwidersprochen eine linksradikale Unterwanderung der offiziellen IG Chemieliste . . . behauptet.“

Im weiteren folgen einzelne Passagen der gefälschten Zeitung, die Angabe von Peter Knopf von der IG Chemie-Liste als Verantwortlichen im Impressum, die Tatsache, daß die Firma Merck schon einmal wegen eines SAG-Flugblattes wegen 'Volksverhetzung' und 'Aufforderung zur Gewalt' Strafanzeige gestellt hat. Die Angaben der IG Chemie-Verwaltungsstelle, die die Fälschungen mit den „Merck-Würdigkeiten“ der neusten Anschriften der Belegschaft und Angaben der Personalabteilungen als Produkte der Geschäftsleitung entlarven, werden im Darmstädter Echo nicht berichtet. Stattdessen heißt es nur, Peter Knopf habe sich auf Anfrage distanziert und Anzeige erstattet. Weiter dann:

„Auch die Spitzenkandidaten Werner Wesp und Heinrich Biereth von der Liste UAM („Unabhängige“) und Werner Anthes von der DAG haben diese Art des Wahlkampfes auf das schärfste verurteilt und sich energisch vom Inhalt des Flugblattes distanziert. Die Spitzenkandidaten der IG Chemie . . . haben sich weder zu Form noch zum Inhalt geäußert . . . Der Geschäftsführer der IG Chemie H. G. Lang hat dazu gestern mitgeteilt, daß ihm die Verfasser des fraglichen Flugblattes unbekannt seien . . .“

Die gefälschten Betriebszeitungen, deren Hintermännern die Angaben aus Personalakten und die gesamte Anschriftenkartei der Belegschaft zur Verfügung standen, wurden so zur „zweifelhaften Wahlhilfe von linksaußen“, gegen die Kandidaten der „Unabhängigen“ und DAG protestierten, gegen deren Verfasser die Geschäftsleitung schon einmal Anzeige wegen Volksverhetzung gestellt habe, während die IG Chemie-Kandidaten angeblich sich nicht „zu Form und Inhalt äußern“ wollten. Besser ließ sich die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen!

'Kommunistische' Betriebszeitungen aus kapitalistischer Feder

Die 'Rote Fahne' des Tübinger KAB berichtete in ihrer September-Ausgabe über ein Treffen von Unternehmern im Frankfurter „Clubhaus für Handel und Industrie“. Diskutiert wurden „neue Methoden“ im Vorgehen gegen selbstbewußtere Belegschaften. Sie sehen u.a. vor:

- Bei Streiks Einschreibbriefe an die Privatadressen der Streikenden mit sofortiger Entlassungsdrohung zu verschicken,
- vor Arbeitskämpfen die Produktion bewußt zu drosseln, um Angst um den Arbeitsplatz zu entfesseln.

Der Gipfel der „neuen Methoden“ war die Empfehlung, Fälschungen „kommunistischer“ Betriebszeitungen herauszubringen. Einer der Anwesenden, Rudolf Thiels, Direktor der Frankfurter Roland-Werke, wußte von bereits verteilten Fälschungen zu berichten, „die so verblüffend echt in der Aufmachung sind, daß den Leuten zunächst nicht klar war, was da verteilt wurde.“ (RF 9/72)

Großer Erfolg der Linken

Da Fleckenstein und Knierieme völlig siegessicher in die Wahl gingen, glaubten sie, daß trotz Aufstellung einer eigenen Liste und damit Verstoßes gegen Richtlinien und Satzung ein Ausschluß aus der IG Chemie nicht möglich sei. Ihre Argumentation war ja, sie seien deswegen dazu gezwungen gewesen, damit „die IG Chemie nicht zum Tummelplatz und Klassenkampfinstrument der neuen und alten Linksradikalen werden darf und daß in der IG Chemie, Verwaltungsstelle Darmstadt, nicht politische Ideen zum Tragen kommen, die man in der politischen Wirklichkeit nicht verkaufen kann.“ (Aus dem Einspruch der Fleckenstein-Gruppe an den Beschwerdeausschuß der IG Chemie zum Ausschlußverfahren, S. 8) Diese Begründung lag ja völlig auf der Linie der undemokratischen Beschlüsse des IG Chemie-Vorstandes und Beirates im Februar 1971, nach denen durch eine Satzungsänderung Mitglieder, „die antigewerkschaftliche Bestrebungen von Vereinigungen, Parteien oder deren Gruppierungen . . . unterstützen“, ausgeschlossen werden können.

Kurz notiert:

Zusammenarbeit
Die Verbundenheit des neuen Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Knierieme mit der Unternehmensleitung kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Unternehmerpostille „Merck informiert“ ständig Neues aus den Sitzungen des Betriebsrats zu melden hat.
Übrigens: Oft werden dort Termine bekanntgegeben, die den Mitgliedern des Betriebsrats noch nicht bekannt sind.



Man kann die Betriebsverbundenheit ganz entschieden übertreiben!

Aus dem „Gewerkschafter“ nach der Wahl

Damals machte Hauenschild, 1. Vors. der IG Chemie, im Namen des Hauptvorstandes klar, wogegen sich diese Satzungsänderung richtet: „Die Grenze ist da zu ziehen, wo es nicht darum geht, zu neuen Erkenntnissen in der Organisation zu kommen, sondern wo es darum geht, politische Ideen, die man in der politischen Wirklichkeit nicht verkaufen kann, in der IG Chemie oder in den Gewerkschaften zu verkaufen. Der Versuch ist ja wohl häufig gemacht worden und nicht mit Sicherheit auszuschließen.“ (Umschau Nr. 2/71) Damit sollen natürlich die Ansätze verschiedener oppositioneller Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaften diszipliniert werden, die die herrschenden sozialdemokratisch – partnerschaftliche Zusammenarbeit“ im Rahmen der kapitalistischen Ordnung bekämpfen. Dementsprechend führte H. Brockhaus als Vorsitzender der Satzungskommission der IG Chemie zur Satzungsänderung in der gleichen Umschau (2/71) aus: „Nur dort, wo sich unsere Mitglieder politisch so verirren oder in die Bereiche begeben, die die Demokratie und unsere Ordnung gefährden, dann müssen diese Mitglieder auch zur Rechenschaft gezogen werden, das heißt, für diese Leute ist in unserer Organisation kein Platz vorhanden.“

Fleckenstein und Co. konnten sicher sein, daß bei ihrem Wahlsieg, d.h., wenn es den fortschrittlichen Vertrauensleuten nicht gelingen würde, sich bei der Mehrzahl der Mitglieder zu verankern, der Hauptvorstand die Gelegenheit nutzen würde, die Linken auszuschalten und auf seine Linie zu bringen.

Trotz der massiven Bestechungsversuche durch erhebliche „Zugeständnisse“ an die alten Betriebsräte, der verleumderischen Propaganda und kriminellen Fälschungen erhielten Geschäftsleitung und ihre Handlanger Fleckenstein und Co. am Wahltag die Quittung: Das Wahlergebnis:

Arbeiter:
Liste 1 IG Chemie 1491 St. = 9 Sitze
Liste 2 UAM 110 St. = 0 Sitze
Liste 3 Fleckenst. 780 St. = 5 Sitze

Angestellte:
Liste 1 UAM 556 St. = 3 Sitze
Liste 2 DAG 411 St. = 2 Sitze
Liste 3 IG Chemie 798 St. = 5 Sitze
Liste 4 Knierieme 828 St. = 5 Sitze

Damit hatten die fortschrittlichen Vertrauensleute 2/3 der Arbeiter- und 1/3 der Angestellten-Stimmen auf sich vereinigen können und 14 gegenüber vorher 2 Sitzen im Betriebsrat erobert. Kein Wunder, daß Langmann von der GL nach der Wahl feststellen mußte: „Ich bin mit dem Ausgang der Betriebsrats-Wahl nicht zufrieden.“ Zwar stellen die Reaktionäre – jetzt mit Heinrich Knierieme („Heinrich der Große“) an der Spitze – den Vorsitz des BR mit 15 Sitzen (einschließlich DAG und „Unabhängigen“), allerdings steht die geschlossene Front der 14 IG Chemie–Betriebsräte dagegen. Fleckenstein, Knierieme und Co. wird es trotz einer Stimme mehr im Betriebsrat jetzt wesentlich schwerer fallen, ihre arbeiterfeindliche Politik im Interesse der Geschäftsleitung durchzusetzen, da die gesamten Diskussionen und Entscheidungen des BR über den IG Chemie-Vertrauensleutekörper und sein Organ, den „Gewerkschafter“, den Kollegen bekannt werden.

Da sich ihr gewerkschaftsfeindliches Verhalten so breit entlarvt hatte und gleichzeitig durch die Spalterliste formal gewerkschaftsschädigendes Verhalten vorlag, mußte der Hauptverstand dem schon vorher von der Verwaltungsstelle gestellten Ausschlußantrag stattgeben und schloß 6 Wochen später Fleckenstein, Knierieme und Co. vorerst aus der IG Chemie aus.